

Christ und Sozialist

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands

Kirche - Marktwirtschaft - Europa

Karin Bassler

Was dem Andern dient ...

Zur Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ der EKdD

Ulrich Peter

Jugoslawien: Vom Zerfall zum Krisenherd

Claudia Biehler

Kurzanalyse der lettischen Volkswirtschaft

Erhard Griese

Befreiungstheologische Christenlehre für Europa

Oliver Vogelsmeier

Denk ich an Deutschland ...

Im Einzelverkauf DM 5.-

Neue Folge 16.Jg.

November 1992

3-4/92

Zu diesem Heft

Daß dies noch einmal eine Doppelnummer wurde, liegt daran, daß uns zum Zeitpunkt des möglichen Erscheinens von einem Heft 3 noch nicht genügend von der Gesamtreaktion akzeptierte Beiträge auf dem Tisch lagen. Nun sind sie da:

Von **Karin Bassler**, bisher Schatzmeisterin unseres Bundes, Anmerkungen zur EKD-Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“.

Von **Ulrich Peter**, bisher Bundessprecher des B.R.S.D., eine Stellungnahme zu den mörderischen Kriegen innerhalb des einstigen Jugoslawien.

Von **Oliver Vogelsmeier**, künftig Mitarbeiter in der Redaktion von C&S, ein Beitrag zu den Ausschreitungen der Neonazis.

Umfassender sind die Berichte von **Claudia Biehler** aus eigener Anschauung und Erfahrung zur Situation in Lettland und Rußland.

Bei all diesen Beiträgen stehen der ökonomische Aspekt und die Frage nach Europa im Mittelpunkt, so daß damit ein gemeinsames Thema für dieses Heft umrissen ist: **Kirche - Marktwirtschaft - Europa**.

In diesem Heft befindet sich auch der Bericht über die **Jahrestagung 1992 des BRSD**. Auf der Jahrestagung sind eine Reihe von Entscheidungen gefallen, die sich auf C&S auswirken: Reinhard Gaede wird neuer Schriftleiter von C&S; der neuen, vergrößerten Redaktion gehören außerdem Lothar Bücken, Rolf Köhler, Ulrich Peter, Oliver Vogelsmeier, eine Vertreterin der BRSD-Regionalgruppe Nord und ich selbst an. Ab Heft 1/93 wird sich auch das Layout von C&S verändern - und wir werden in allen Texten möglichst männliche und weibliche Sprachformen verwenden, mittelfristig auch in den Namen von BRSD und C&S.

Mit diesem Jahrgang 1992 geht also meine Verantwortung als leitender Redakteur/Schriftleiter von „Christ und Sozialist“ zu Ende, die ich 1988 übernommen hatte. Auch meine Mitgliedschaft im Vorstand (seit 1986) läuft aus. Alle ehrenamtliche Tätigkeit muß einmal ein Ende haben. Ich werde aber weiterhin in der Redaktion unserer Zeitschrift mitarbeiten, mit der ich mich verbunden fühle. Mein Nachfolger, Reinhard Gaede, ist eigentlich der längstgediente und erfahrenste Mitarbeiter von C&S. Gute Wünsche und Unterstützung zu einem glücklichen und erfolgreichen Wirken für die Zeitschrift wird er dennoch brauchen.

Zeit und Kraft haben in den letzten Jahren bei mir nicht immer zu alle dem ausgereicht, was wünschenswert gewesen wäre. Ich weiß es wohl. Aber ich habe mich bemüht, das Niveau der Zeitschrift zu halten und ihre Aufmachung so gut zu gestalten, wie es ging. Und es hat natürlich auch trotz manchmal zeitlich sehr gedrängter Arbeit Spaß gemacht. Wie es weiter geht, wird weniger von der neuen Redaktion abhängen als davon, welche qualifizierten Beiträge eingehen bzw. erbeten werden können, wie stark sich die Leser selbst um neue Abonnenten mühen - und wie die Situation der christlichen Linken sich entwickelt. Zu letzterer möchte man ja sagen: Jetzt kann's nur noch aufwärts gehen.

Dazu wünsche ich uns allen viel Phantasie, Geschick und Geduld!

Erhard Griese

Inhaltsverzeichnis

Was dem Andern dient ... - Wirtschaftsethische Anmerkungen zur Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ der EKID / Karin Bassler	2
Jugoslawien: Vom Zerfall eines Staates zum europäischen Krisenherd / Ulrich Peter	6
Überblick und Kurzanalyse der lettischen Volkswirtschaft / Claudia Biehler	27
Aus dem Alltag in Lettland und Rußland / Claudia Biehler	37
Denk ich an Deutschland ... - Hoyerswerda, Rostock, Sachsenhausen - Weimar? / Oliver Vogelsmeier	41
Rostock - Sachsenhausen - und wohin danach?? / Resolution von BRSD und ICL	44
Zu einer befreiungstheologischen Christenlehre für Europa / Erhard Griese	48
Ein neues Politikverständnis linker Christen? / Florian Hars	57
Jahrestagung 1992 des BRSD / Ulrich Peter	62
Fusion von Cfs und ReSos? (Teil III) / Udo Fleige	65
Hinweise auf Bücher	67
Christl Wickert: Helene Stöcker. - Henriette Wottrich: Auguste Kirchhoff. (Christa Peter)	67
Willy Spieler: Zeichen der Zeit. - Marc H. Ellis: Schritte auf dem Weg einer jüdischen Theologie der Befreiung. - Gert Rüppell: Einheit ist unteilbar. - Rüdiger Reitz, Manfred Zabel (Hg.): Johannes Rau - Lebensbilder. (Erhard Griese)	71
Termine der BRSD-Jahrestagungen '93 und '94	3. Umschlagseite
Impressum	3. Umschlagseite

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Heftes

Karin Bassler, Philosophenweg 63, W-7400 Tübingen
 Claudia Biehler, Germaniapromenade 24, W-1000 Berlin 47
 Udo Fleige, Schwärzlocher Str. 62, W-7400 Tübingen
 Erhard Griese, Krusestr. 20, W-4156 Willich 1
 Florian Hars, Marienthaler Str. 101, W-2000 Hamburg 26
 Christa Peter, Albertstr. 1, W-1000 Berlin 62
 Ulrich Peter, Albertstr. 1, W-1000 Berlin 62
 Oliver Vogelsmeier, Brückenstr. 5a, O-1020 Berlin

Karin Bassler

Was dem Andern dient ...

Wirtschaftsethische Anmerkungen zur Denkschrift
„Gemeinwohl und Eigennutz“ der EKD

Gemeinwohl und Eigennutz - so ist die Wirtschaftsdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland überschrieben, die vor gut einem Jahr erschienen ist. Schon im Vorwort wird auf das spannungsvolle Verhältnis der beiden Begriffe hingewiesen. Können sie aus christlicher Sicht gleichberechtigt nebeneinanderstehen? Selbst wenn das der Fall sein sollte, dürfen sie so selbstverständlich auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft übertragen werden, wie das in der Denkschrift geschieht? Und schließlich: was haben wir als Religiöse Sozialisten dazu zu sagen? Das sind die Fragen, die in vorliegendem Artikel behandelt werden sollen.

I.

Auf das Gemeinwohl, das Wohl der Allgemeinheit zielen die Aufforderungen der Propheten: „Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! Wenn du einen nackt siehst, so kleide ihn“ (Jes 58,7). Ohne Wohl der Allgemeinheit auch kein Heil für Israel, das ist ihre Botschaft. Nichts anderes sagt Jesus: „Kommt her, ihr Gesegneten meines Vaters, ererbt das Reich, das euch bereitet

ist von Anbeginn der Welt! Denn ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mir zu essen gegeben. ... Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich gekleidet. ... Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,34-36.40). Es ist keine Frage, das Gemeinwohl, die Versorgung aller mit den materiellen Gütern Nahrung, Wohnung und Kleidung ist Gottes Wille. Anders verhält es sich mit dem Eigennutz. In einer Gerichtsankündigung an die Führer des Volkes Israel heißt es: „Es sind gierige Hunde, die nie satt werden können. Das sind die Hirten, die keinen Verstand haben; ein jeder sieht auf seinen Weg, alle sind auf ihren Gewinn aus“ (Jes 56,11). In der Bergpredigt sagt Jesus: „Sorgt nicht um euer Leben, was ihr essen und trinken werdet; auch nicht um euren Leib, was ihr anziehen werdet“ (Mt 6,25). Paulus schließlich ermahnt die Philipper: „Tut nichts aus Eigennutz oder um eitler Ehre willen, sondern in Demut achte einer den andern höher als sich selbst, und ein jeder sehe nicht auf das Seine, sondern auch auf das, was dem Andern dient“

(Phil 2,3f). Daß der Mensch eigen-nützig sei, hat nicht im ursprünglichen Schöpferwillen Gottes gelegen. Eigennutz und Selbstinteresse sind Folgen des Sündenfalls. Der Mensch wollte sich nicht genügen lassen an der Fürsorge des Schöpfers, er meinte, seine eigenen Interessen besser selbst wahrnehmen zu können. Gott verurteilte ihn daraufhin dazu, unter erschwerten Bedingungen für sich selbst zu sorgen: „Verflucht sei der Acker um deinetwillen! Mit Mühsal sollst du dich von ihm nähren dein Leben lang“ (1 Mose 3,17). In unserer unerlösten Welt finden wir uns als solche vor, die zu ihrem eigenen Nutzen arbeiten und mit knappen Gütern wirtschaften müssen, um überleben zu können. So kann Paulus sagen: „Setzt eure Ehre darein, daß ihr ... das Eure schafft und mit euren eigenen Händen arbeitet, wie wir euch geboten haben, damit ihr ... auf niemanden angewiesen seid“ (1 Thess 4,11f). Auch die Denkschrift stellt fest: „Wirtschaftliches Handeln wird von Selbsterhaltung, Eigennutz und Gewinnstreben angetrieben“ (S. 99). Als Christen müssen wir den Unterschied zwischen Gemeinwohl und Eigennutz im Auge behalten: Selbsterhaltung und Eigennutz sind Folgen des Sündenfalls, die wie die Sünde selbst dazu neigen, sich absolut zu setzen. Ihre „Einbindung in eine Ordnung der Gegenseitigkeit“, von der die Denkschrift redet und die dem Gemeinwohl zugute kommt, ergibt

sich keineswegs von selbst, sondern muß im Gehorsam gegen das Gebot der Nächstenliebe ständig neu erkämpft werden. „Gott die Ehre zu geben heißt, der Übermacht der Ökonomie zu widerstehen und legitimen Eigeninteressen ihr Maß zu geben“ (S. 110). Dieser Satz muß den streckenweise spürbaren Tendenzen der Denkschrift gegenüber, das Verhältnis von Gemeinwohl und Eigennutz allzu harmonisch zu sehen, besonders betont werden.

II.

„Die Aufgabe wirtschaftlichen Handelns besteht darin, Strukturen zu schaffen, in denen sich Selbsterhaltung und Sorge für sich selbst mit Fürsorge für andere und Rücksicht auf das gemeinsame Leben verbinden. Von eben diesen Überlegungen ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bestimmt“ (S. 9). Die Denkschrift sieht das Prinzip der Selbsterhaltung und des Eigennutzes im Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft realisiert. Dagegen ist nichts einzuwenden, Marktwirtschaft basiert auf der individuellen Freiheit der einzelnen Wirtschaftssubjekte, sich im ökonomischen Bereich nach eigenem Belieben entfalten zu können. Die Marktwirtschaft als ökonomisches Grundsystem äußert sich wiederum in einer Pluralität von Ordnungsformen:

a) Die kapitalistische, deregulierte oder freie Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch die Vorherr-

schaft der Kapitalinteressen, die nur einer kleinen Minderheit zukommt; Mehrung des Kapitals, bzw. Gewinnmaximierung wird zum eigentlichen Wirtschaftszweck.

b) Die Soziale Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch ein instrumentales Verständnis der Marktwirtschaft, die durch eine staatliche Rahmenordnung, die der Aufrechterhaltung des Wettbewerbs dient, und eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik, die die Marktmechanismen sozial reguliert, ergänzt wird.

c) Die selbstverwaltete sozialistische Marktwirtschaft mit der vorherrschenden Form des Gesellschaftseigentums an Produktionsmitteln und Demokratisierung der Wirtschaft auf allen Ebenen.

Die Denkschrift sieht das Prinzip des Gemeinwohls und des Schutzes der Schwachen nur in der sozialen Komponente der bundesdeutschen Sozialen Marktwirtschaft realisiert, und läßt weitere mögliche Ordnungsformen der Marktwirtschaft, wie beispielsweise die unter c) genannte, außer Acht. Wenn man diese Einschränkung noch damit erklären kann, daß diese Wirtschaftsordnung nun einmal die in unserem Land vorfindliche ist, dann ist umso weniger verständlich, warum nicht berücksichtigt wird, daß die Praxis der Sozialen Marktwirtschaft sich vor allem gegenwärtig stark von ihrer ursprünglichen Konzeption unterscheidet. Systematische Deregulierung, Sozialabbau und

Umverteilung von unten nach oben seit 1982 haben eine Annäherung an die kapitalistische Gestalt der Marktwirtschaft bewirkt, so daß sich das, was sich heute in der Bundesrepublik als Soziale Marktwirtschaft präsentiert, nur bedingt als solche bezeichnen kann. Wenn diese Kritik als systematische Kritik am gegenwärtigen Zustand auch fehlt, so zeigt sich doch, daß einzelne Probleme wahrgenommen werden: „Der Staat darf sich von seiner Verantwortung für die Mitfinanzierung sozialer Leistungen nicht zurückziehen“ (S. 136); „Vergötzung der Wirtschaft kann auch in Formen gesellschaftlicher Prioritätensetzung gekleidet auftreten: Wo der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt unbedingter Vorrang vor der Rücksicht auf soziale und ökologische Verträglichkeit zugemessen wird, wo Exporte von Rüstungsgütern gefördert und durchgeführt werden ohne Rücksicht auf die Verschärfung von Konflikten, wo ökologische Auflagen bewußt umgangen und Entscheidungen zur Schonung der natürlichen Umwelt zugunsten kurzfristiger Interessen gezielt verzögert werden, wird der ökonomische Erfolg zur Allmacht, dem Opfer dargebracht werden“ (S. 111); und leider besonders aktuell: „Auch nach langem Aufenthalt werden Ausländer noch weithin nach der Nützlichkeit auf dem Arbeitsmarkt beurteilt. Trotz erwiesener produktiver Leistungen und gleicher wirtschaftlicher, sozialer und

finanzieller Verpflichtungen sind sie noch weithin aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen oder nur am Rande geduldet. Sie haben weniger allgemeine Rechte, weniger berufliche Chancen und weniger gesellschaftliche Anerkennung und sind spürbarer Ausländerfeindlichkeit ausgesetzt. Hier haben Christen die Aufgabe, sich ihnen zur Seite zu stellen, Ungerechtigkeit abzuwehren und ihnen das Leben in unserer Gesellschaft zu erleichtern.“ (S. 112f) Das sind erfreulich deutliche Worte!

III.

Der Umgang der Denkschrift mit dem Wort „Sozialismus“ geschieht getreu der auf S. 11 eingeführten Devise, „daß ‚Kapitalismus‘ und ‚Sozialismus‘ undeutliche, mehrdeutige Begriffe sind“. Einerseits wird Sozialismus sehr stark in die Nähe der real existierenden und gescheiterten Planwirtschaft im Osten gerückt, andererseits ist von einer „sozialistischen“ Vision einer auf das Gemeinwohl und den Schutz der Schwachen ausgerichteten Gesellschaft die Rede, wobei das „sozialistisch“ aber nur in Führungszeichen stehen darf. Bedauerlich aus religiös-sozialistischer Sicht und auch nicht im Sinn der unter II. erfolgten Begriffsklärung sind folgende Sätze: „Wer in dieser (der sozialistischen) Tradition denkt, steht heute vor dem Befund, daß es gerade die im Sinne

einer Sozialen Marktwirtschaft, also in gewisser Weise ‚kapitalistisch organisierten Gesellschaften sind, die der Zielvorstellung noch am nächsten kommen. Die Probleme der Gegenwart lassen sich in der Alternative ‚Kapitalismus oder Sozialismus‘ nicht mehr sinnvoll erörtern und angehen“ (S. 121). Vor allem im Blick auf die Weltwirtschaft, wo der Kapitalismus pur und ohne jede soziale Rahmenordnung herrscht, aber auch im Blick auf die gegenwärtige Situation in Deutschland bedürfen wir der historisch-materialistischen Analyse und der sozialistischen Politik, die die sozialen Menschenrechte einklagt und verwirklicht. Auch dem Satz, daß „Privateigentum in der Marktwirtschaft eine wichtige und unersetzliche Funktion für verantwortliches Wirtschaften ausübt“ (S. 97) können religiöse Sozialisten nicht zustimmen, denn die aus sozialistischer Sicht erforderliche Vergesellschaftung des produktiven Sachkapitals in Arbeitnehmerhand ist auch nach Auffassung entschiedener Befürworter des marktwirtschaftlichen Grundsystems nicht inkompatibel mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip. Trotz oder gerade wegen dieser Vorbehalte können und müssen sich religiöse Sozialisten an der Diskussion der Fragestellung dieser insgesamt positiv zu wertenden Denkschrift beteiligen: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, daß das marktwirtschaftliche System verträglich wird

in sozialer Hinsicht, im internationalen Kontext, für den Lebensraum der Erde und mit der demokratischen Ausübung und Kontrolle von Macht? Dem, was nach Auffassung der Denkschrift Aufgabe der Kirche sei, ist dabei innerhalb der Kirche immer wieder Gehör zu verschaffen:

- „sich im Umgang mit den Gütern der Erde wie in der Verteilung von Arbeit und Geld an den biblischen Perspektiven zu orientieren und für andere Bereiche in der Gesellschaft beispielgebend sein“ (S. 130),

- „Kräfte gegen die Resignation zu mobilisieren,
- sich seelsorgerlich und diakonisch der Verzweifelten und in Not Geratenen anzunehmen,
- in den sich jetzt vollziehenden wirtschaftlichen Prozessen an die Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit wirtschaftlichen Handelns zu erinnern,
- vor allem den Mund aufzutun für die Stummen (Spr 31,8), also Anwalt für die sozial Benachteiligten im eigenen Land, für die Armen weltweit und für die Mitgeschöpfe zu sein“ (S. 139).

Ulrich Peter

Jugoslawien: Vom Zerfall eines Staates zum europäischen Krisenherd¹

Kein Thema hat seit dem Golfkrieg die deutsche Linke so erschüttert wie der Zerfall Jugoslawiens und der blutige Krieg dort, der mittlerweile zehntausende von Opfern gefordert hat. Es ist der deutschen Rechten gelungen, die Reste der Linken derart unter ideologischen Druck zu setzen, daß selbst hochkarätige Funktionsträger der Grünen wie Lippelt und Roth eine militärische Intervention gegen Serbien fordern. Serbien wird mit Nazi-Deutschland verglichen, statt vom „Genozid“ (Völkermord) der Nazis wird vom serbischen „Ethnozid“ gesprochen. Bundesaußenminister Kinkel forderte gar ein internationales Kriegsgericht gegen die jugoslawische (sprich serbische) Führung.

Deutschland als Mit-Veranstalter eines neuen „Nürnberger Gerichtshofes“! Was könnte besser die neue Rolle der wirtschaftlichen und politischen Großmacht BRD illustrieren?

Was wirklich in Rest-Jugoslawien geschieht, welche Ursachen dies hat und welchen Beitrag die deutsche Außenpolitik daran hatte und hat, spielt in dieser Diskussion keine Rolle.

Um zu verstehen, warum der Krieg in Jugoslawien derart brutal ausgetragen wird, ist es notwendig, sich die jugoslawische Geschichte seit 1878 anzusehen. Hier befindet sich der Schlüssel zum Verständnis für das Auseinanderbrechen des jugoslawischen Staatsverbandes.

1. Serbien bis zum 1. Weltkrieg

Bis 1878 war die Balkanhalbinsel zwischen der österreichischen Monarchie (Slowenien, Kroatien) und dem türkischen Reich (Montenegro, Serbien, Bosnien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland) aufgeteilt. Wirtschaftlich war in der Region die Subsistenzwirtschaft vorherrschend. Dies bedeutet, daß die Bauern nur das produzierten, was sie benötigten, und daß kaum Überschüsse erzielt wurden, die wieder das Fundament eines Handels bilden konnten. Versuche, über die Erhöhung der Steuern die Bauern zu höherer Produktion zu zwingen, scheiterten. Deswegen waren die österreichischen Provinzen auf dem Balkan für die Monarchie ökonomisch bedeutungslos. 1878 kam es zum türkisch-russischen Krieg. Unter der Regie Bismarcks ordneten die Großmächte auf dem Berliner Kongreß von 1878 Europa neu, insbesondere die territoriale Verteilung des Balkan. Slowenien und Kroatien blieben bei Österreich, das zudem für die „nächsten 30 Jahre“ die „Verwaltung“ von Bosnien-Herzegowina übernahm. Nach Ablauf der Mandatsfrist im Jahre 1908 annektierte Österreich die beiden Länder.

Als wichtiges Ergebnis des Berliner Kongresses wurden Serbien und Montenegro unabhängige Fürstentümer. Serbien wurde 1882 unter König Milan Erbmonarchie. In den Balkankriegen von 1912 - 1913 wurden die Türken auch aus Mazedonien vertrieben, das zwischen Bulgarien, Griechenland und Serbien aufgeteilt wird. Die mazedonische Teilung ist bis heute ein ständiger Konfliktherd im Balkan. Etwa in der Zeit der Balkankriege entstand die Idee eines geeinten Südslawischen Reiches als Pendant zum russischen Panslawis-

mus. Das serbokroatische Wort für Südslawien ist „Jugoslawien“.

In Serbien bildeten sich nationalistische Gruppen, die die „jugoslawische“ Idee vertraten und die „österreichische Besetzung“ jugoslawischen Gebietes bekämpften. Österreich wiederum fürchtete die Erosion des Reiches auf dem Balkan. Im Juni 1914 hielt die österreichische Armee riesige Militärmanöver in Bosnien ab, um Serbien einzuschüchtern. Ausgerechnet am serbischen Nationalfeiertag, dem 28. Juni 1914, besuchte der österreichische Thronfolger Prinz Ferdinand die bosnischen Manöver in Sarajewo. Dort wartete eine Terroristengruppe („Junges Bosnien“) aus Serbien auf ihn. Die von Gavrilo Princip abgefeuerten tödlichen Schüsse waren der Anlaß (nicht die Ursache!) für das für Serbien unannehmable österreichische Ultimatum und die darauffolgende Kriegserklärung vom 28.7.1914. Deutschland trat an der Seite Österreichs in den Krieg ein.

Was in den deutschen Geschichtsbüchern permanent ausgespart wird, sind die Kriegsoffer Serbiens. In Serbien, das Kriegsschauplatz geworden und seit 1915/1916 besetzt war, wurde fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung getötet!

2. Der erste jugoslawische Staat 1918-1929

Als ein Ergebnis des Krieges und der Aufteilung des österreichischen Vielvölkerstaates entstand das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“. Die anderen Völker Jugoslawiens wurden nicht herausgehoben, kontrolliert wurde der neue Staat von der serbischen Bürokratie, Verwaltung und Armee. In der Anfangszeit dürfte dies dadurch

verursacht worden sein, daß Serbien als einziger vor 1918 selbständiger Staat auch als einziger über eigene Strukturen in diesen Bereichen verfügte.

Der neue Staatsapparat hatte das Ziel, im Agrarstaat Jugoslawien eine eigenständige kapitalistische Entwicklung nachzuholen und das Land ökonomisch stark zu machen. Auch die Kleinbauern erwarteten vom neuen Staat bessere Lebensverhältnisse. Die eingeleitete Landreform verlief wie Landreformen in Lateinamerika. Einige wenige Großgrundbesitzer wurden teilweise enteignet. Dies betraf meistens die schlechtesten Ländereien. Die Kleinbauern mußten das ihnen überlassene Land sogar noch bezahlen. In der Konsequenz besaß die Mehrzahl der Bauern kleine Parzellen, oftmals gab es für sie keine Zugtiere und als einzige Geräte Holzpflüge. Ende der 20er Jahre besaßen 60 % der landwirtschaftlichen Betriebe weniger als 10 Hektar, ca. ein Drittel besaß zwischen 10 und 50 Hektar und nur 4 % hatten Flächen über 100 Hektar. Aufgrund von Verschuldungen und daraus resultierenden Betriebsaufgaben gab es in den 30er Jahren bereits Millionen von arbeits- und landlosen Bäuerinnen und Bauern. In Kroatien führte die „Kroatische Bauernpartei“ unter Stjepan Radic einen ständigen Abwehrkampf gegen die Zerschlagung der ländlichen Strukturen, was ihr in Kroatien bis zu 50 % der Stimmen bei den Parlamentswahlen einbrachte.

Viele Bauern schickten einen ihrer Söhne auf die Universität, damit dieser die Chance hatte, dem bäuerlichen Dasein und der Perspektivlosigkeit zu entgehen. An den Hochschulen kam es

zu einer starken Radikalisierung und Polarisierung. Es gab viele nationalistisch ausgerichtete Gruppen, aber auch starke kommunistische Organisationen. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) wurde 1919 gegründet und bereits im Dezember 1920 verboten. Allerdings gelang es der KPJ, ihre Strukturen während der Illegalität aufrechtzuerhalten.

Im Ergebnis dieser Epoche von 1918 - 1929 hatte sich an der ökonomischen Schwäche Jugoslawiens wenig geändert. Der Lebensstandard der großen Mehrheit der Landbevölkerung war stark gesunken und die landwirtschaftlichen Erträge erreichten nicht einmal das Niveau der Vorkriegszeit. Immer noch lebten fast 80 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft, die weiterhin von der Subsistenzwirtschaft geprägt wurde. Lediglich 10 % des Nationaleinkommens wurden in der Industrie erzielt. Diese litt unter Kapitalmangel und konnte nur wenig Kohle und Eisenerz importieren, wodurch der Aufbau der Schwerindustrie kaum vorankam. Die „überzähligen“ Arbeitskräfte konnten nicht mehr ins Ausland ausweichen, da die große jugoslawische Emigration in die Überseeländer durch deren Einwanderungsgesetze gestoppt wurde.

Durch diese desolate ökonomische Situation erhielten die Bauernbewegungen und die Nationalisten, aber auch die KPJ, starken Zulauf. Im Parlament kam es ständig zu Zusammenstößen zwischen den Gruppen. 1928 wurden Stjepan Radic, Führer der kroatischen Bauernpartei, und einige seine Freunde im Parlament von Nationalisten erschossen.

3. Jugoslawien bis zum Zusammenbruch 1941

Die völlige ökonomische Katastrophe brachte die Weltwirtschaftskrise ab 1929. So sank in diesem Jahr das Nationaleinkommen von 69 Milliarden Dinar auf 32 Milliarden, wobei noch zu bemerken ist, daß der Dinar sogar abgewertet wurde. Praktisch bedeutet dies, daß 1929 nur ein gutes Drittel der Werte des Vorjahres erwirtschaftet wurde. Wegen dieser Krise und um der befürchteten Stärkung der nationalistischen und kommunistischen Oppositionsgruppen zuvor zu kommen, putschten Bürgertum und Armee. Der König wurde zum Diktator ernannt, die kroatische Bauernpartei verboten, das Parlament aufgelöst und die illegale KPJ mit aller Härte verfolgt². 1940 besaß die Partei nur 6000 Mitglieder. Eine Aktivität der neuen Regierung war die Anknüpfung von Kontakten und diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich.

Auf die Krise der Ökonomie wurde wie überall protektionistisch reagiert. Um die eigenen Fabriken im Bereich Nahrungsmittelherstellung, Holzverarbeitung, Metallurgie, Leder und Textilien zu sichern, wurden für Industriewaren hohe Einfuhrzölle erhoben. Dadurch gelang es tatsächlich, die Binnenfrage aus der eigenen Produktion zu befriedigen. Trotzdem erreichte die internationale Krise auch die jugoslawische Industrie. Gab es 1931 noch ca. 610 000 industrielle Arbeitsplätze, so sank die Zahl bis 1933 auf ca. 520 000.

Im Gefolge der Krise und durch die terroristischen Maßnahmen der Diktatur wurde auch die Gegenwehr angestachelt. Bereits 1929 hatte Ante Pavelic die Ustascha-Bewegung gegründet, die

für die Zerschlagung Jugoslawiens und für ein Groß-Kroatien mit Einschluß Bosnien-Herzegowinas eintrat. Anfang 1930 ging Pavelic nach Italien und richtete dort mehrere Ausbildungslager für Ustaschi ein, in denen u. a. Terroristen geschult wurden. Unterstützt wurde Pavelic von der italienischen Regierung, die ihren Einfluß im Adria-Raum ausweiten wollte und an der Destabilisierung Jugoslawiens interessiert war. 1934 wurde König Alexander bei einem Attentat der Ustascha getötet. Sein Nachfolger, Prinzregent Paul, führte die Annäherung an das Deutsche Reich fort. Besonders wichtig wurde ein Handelsabkommen mit dem Nazi-Reich, das Jugoslawien stark an Deutschland bindet. Es beinhaltete, daß sich Deutschland zur Abnahme überteuerter Agrarprodukte verpflichtete und Jugoslawien dafür deutsche Landwirtschaftsmaschinen einfuhrte. Deutschland kaufte danach das Gros der jugoslawischen Landwirtschaftserzeugnisse auf. Besonders Ölsaaten, Tabak und Industriepflanzen wurden seitdem großflächig produziert und bildeten einen wichtigen Bestandteil bei den Planungen der deutschen Kriegswirtschaft für die Versorgung im geplanten Eroberungskrieg im „Osten“. Jugoslawien wurde im Gegenzug wichtiger Abnehmer deutscher Maschinen und anderer Industrieprodukte und entwickelte sich immer mehr zu einem halb-kolonialen Einflußgebiet Deutschlands.

1938 wurde etwa 1/3 des gesamten Im- und Exports mit Deutschland abgewickelt, und ein großer Teil der Investitionen wurde von deutschen Kapitalgruppen getätigt. Im Inland führte dies zu einer Ankurbelung der Ökonomie. So nahm in Jugoslawien die Zahl der industriellen Arbeitsplätze von 1933 - 1938

um 50 % zu, war aber mit 715 000 immer noch sehr gering. Das Pro-Kopf-Einkommen erreichte 1938 immer noch nur ca. 70 % des Vorkriegsniveaus.

Ende 1939 erhielt Kroatien endlich einen Autonomiestatus. Kroatien (hierzu gehörten auch Teile Bosniens und der Herzegowina, die mehrheitlich von Kroaten bewohnt wurden) erhielt die Kompetenz der Selbstverwaltung in Landwirtschaft, Handel, Industrie, Unterrichtswesen, Kultur, Justiz und Innenverwaltung. Erfaßt von diesem Status war ein Viertel Jugoslawiens mit 4,4 Millionen Einwohnern. Obwohl kroatische nationalistische Gruppen weitergehende Forderungen erhoben (z.B. mehr Gebiete), traten nach dieser Reform fünf Repräsentanten der kroatischen Bauernpartei in die jugoslawische Zentralregierung ein, wobei der Parteiführer zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt wurde.

Im März 1941 tritt Jugoslawien auf Druck Deutschlands dem von Japan, Deutschland und Italien gebildeten „Antikomintern-Pakt“ bei. Nazi-Deutschland hatte dabei zwei Interessen. Zum einen wollte es den Zugriff auf das jugoslawische Rohstoff- und Agrarpotential absichern, zum anderen brauchte es für den kommenden Einfall in die Sowjetunion Ruhe an der Südflanke. Jugoslawien sollte dafür aus dem Krieg herausgehalten werden und unabhängig bleiben. Bereits am Tag der Unterzeichnung kommt es im ganzen Land zu Protestdemonstrationen. Die größte Massenkundgebung findet in Belgrad statt. Hier demonstrieren die Massen unter Parolen wie „Lieber den Krieg als den Pakt“ und „Besser im Grab als Sklave“. Ende März putschen serbische Offiziere und setzen die Regierung ab. Die neue Regierung erläßt

eine Amnestie für die politischen Gefangenen, löst die Gefangenenlager auf und schließt einen Beistandspakt mit der UdSSR ab.

Daraufhin beschließt die deutsche Führung, die mit Hochtouren den Überfall auf die UdSSR vorbereitet, Jugoslawien zu besetzen. Am 6. April marschieren deutsche und italienische Truppen ein, und die deutsche Luftwaffe bombardiert Belgrad. Am 17. April kapituliert die jugoslawische Regierung.

4. Der kroatische Staat und die jugoslawische Partisanenbewegung.

Jugoslawien wird als Staat zerschlagen und unter die Achsenmächte Deutschland, Italien, Bulgarien und Ungarn aufgeteilt. Italien erhält Südslowenien und Teile Dalmatiens, während Serbien unter deutsche Militärverwaltung gestellt wird. In Kroatien bildet die Ustascha einen eigenen Staat. Deutschland hatte versucht, unmittelbar nach dem Putsch der serbischen Offiziere einen separaten kroatischen Staat unter Führung der Bauernpartei zu installieren. Der Hintergrund hierfür war die starke Verankerung der Partei in der kroatischen Bevölkerung, die die Stabilität dieser Regierung garantiert hätte. Bauernpartei-Führer Macek und die Leitung der Bauernpartei ließen sich allerdings nicht als Handlanger mißbrauchen und traten im Gegenzug sogar der neuen Regierung in Belgrad bei. Die deutsche Regierung war somit auf die Ustascha angewiesen, die im Land kaum vertreten war. Am 10.4.1941 erklärte sich die Ustascha als „Staat Kroatien“ für unabhängig und wurde bereits fünf Tage später von Deutschland und Italien anerkannt. Kroatien wurde

von den Siegern in eine deutsche und eine italienische Einflußzone aufgeteilt.

Der „Unabhängige Staat Kroatien (NDH)“ umfaßte 6,5 Millionen Einwohner, wovon nur die Hälfte Kroaten waren. 2 Millionen waren serbischer Nationalität, 800 000 muslimische Bosnierinnen und Bosnier, und 500 000 Menschen waren aus anderen Nationalitäten. Die Ustascha, die auf dem Land keine Basis hatte und auch in den Städten nur minimal verankert war, vertrat demgegenüber das Ziel eines einheitlichen, national homogenen kroatischen Staatswesens.

Der „NDH“ war während seines Bestehens ein treuer Vasall Deutschlands. Bereits 1941 unterzeichneten beide ein Handelsabkommen, in dem Deutschland die unbeschränkte Ausbeutung der industriellen Rohstoffe Kroatiens und der unbeschränkte Export von Mineralien und Erdöl nach Deutschland erlaubt wurde. Zudem durften kroatische Arbeiterinnen und Arbeiter für die deutsche Wirtschaft angeworben werden. Am Krieg gegen die UdSSR nahmen drei kroatische Legionsdivisionen im Rahmen der Wehrmacht teil.

Konstitutiv für das „Kroatentum“ war die gemeinsame Religion, der römische Katholizismus. Die Serben waren demgegenüber orthodoxe Christen, die Bosnier meist Muslime. Zudem gab es in Kroatien eine jüdische Minderheit. Bereits 1941 beginnt in Jugoslawien der Ethnozid der Ustascha, der für Juden, Roma und Serben zum Genozid werden sollte. Die Muslime blieben ausgenommen. Die Ustascha hatte sie als „zum Islam übergetretene Kroaten“ definiert und akzeptiert.

Vor allem die Serben traf ein fürchterliches Schicksal. Ganze Dörfer wurden ausgerottet. Die Serben hatten

nur eine Alternative: Annahme des katholischen Glaubens. Im Verständnis der Ustascha waren sie dadurch Kroaten geworden. Über 250 000 „Konvertiten“, die tatsächlich Zwangsbekehrte waren, zählte ein Memorandum Papst Pius XII. Über die Verwicklung des Episkopats unter Erzbischof Stepinac in diese Greuel hat bereits Anfang der 60er Jahre Karlheinz Deschner berichtet³. Die Ustascha richtete eine Reihe von Konzentrationslagern ein, die der Massenvernichtung dienten. Das größte und wichtigste Lager dieser Art war Jasenovac an der Eisenbahnlinie Zagreb-Belgrad. Kommandant des Lagers war das Mitglied des Franziskanerordens Pater Miroslav Filipovic. Die genaue Zahl der in Jasenovac bestialisch (oft mit Holzhämmern, Beilen und Messern) umgebrachten Menschen ist nicht bekannt, die Schätzungen gehen von 120 000 bis zu mehreren Hunderttausend. Der jugoslawische Historiker und Kampfgefährte Titos, Vladimir Dedijer, hat ein instruktives Buch mit vielen Dokumenten zu Jasenovac, den Ausrottungen, der Zwangsbekehrung und der Verwicklung von relevanten Teilen der katholischen Kirche in diese Politik veröffentlicht⁴.

Im Ergebnis wurden zwischen 1941 und 1945 750 000 Serbinnen und Serben, 60 000 Jüdinnen und Juden und 26 000 Roma ermordet.

Gegen diese Ausrottungspolitik regte sich schnell Widerstand und zwar sowohl auf Seiten der serbischen Nationalisten, den Cetniks, wie auf Seiten der kommunistischen Partei.

Die Cetniks waren monarchistisch ausgerichtet und ursprünglich um 1900 in Serbien zum Kampf gegen das türkische Reich entstanden. Nach der Kapitulation 1941 begannen sie unter

Führung Draza Mihailovacs den Partisanenkampf. Sie rekrutierten sich vor allem aus Offizieren der ehemaligen Armee und aus der serbischen Landbevölkerung. Cetnikseinheiten operierten in Serbien und den serbisch bewohnten Teilen Bosniens und der Herzegowina.

Bereits vier Tage nach Kriegsbeginn bildete die KPJ ein von Tito geleitetes Militärkomitee, das am 4.7.1941 zum Aufstand gegen die Besatzungstruppen aufrief. Die Partisaneneinheiten der KPJ waren zunächst Selbstschutz gegen die Ustascha-Massaker und unternahmen erst später offensive Aktionen. Da die Serben am stärksten unter Ustascha und Besatzung zu leiden hatten, stellten sie auch das Gros der Partisaneneinheiten. Britische Verbindungsoffiziere schätzten den Serbenanteil bei den Tito-Truppen auf ca. 80 %.

In den ersten Monaten des Partisanenkampfes 1941 kooperierten Cetniks und KPJ, aber bereits 1941 beendeten die Cetniks den Kampf gegen die Deutschen. Ein Grund war deren Androhung massenhafter Geislerschießungen. Kurze Zeit später begannen die Cetniks den Kampf gegen die KPJ-Einheiten. Ab dem Frühjahr 1943 kämpften die königstreuen Cetniks offen an der Seite der Wehrmacht gegen die Tito-Partisanen. Ziel der Cetniks war die Schwächung der KPJ, um für sich nach dem absehbaren Kriegsende bessere Voraussetzungen für die Restauration der Monarchie in Jugoslawien zu schaffen. In der berühmten Schlacht an der Neretva gelang es den Tito-Partisanen, die Cetnik-Einheiten fast völlig zu vernichten, so daß diese danach keine Rolle mehr spielten.

Der KPJ gelang es, die wichtigste Partisanenarmee außerhalb der UdSSR aufzubauen. Sie war in Divisionen

gegliedert, besaß Artillerieeinheiten und nach der italienischen Kapitulation 1943 sogar eigene Marine-Einheiten. Zur kämpfenden Truppe zählten ca. 500 000 Menschen. Deutschland war gezwungen, ständig 10 - 20 Divisionen (mehrere Hunderttausend Mann) in Jugoslawien zu stationieren, da es nie gelang, die Partisanen zu besiegen. Diese Truppen fehlten auf anderen Kriegsschauplätzen, wodurch die jugoslawischen Partisanen den Kriegsausgang mitbeeinflussten. Der Kampf von Wehrmacht und SS gegen die Partisanen war nur zu vergleichen mit dem Vorgehen in Rußland. Massenexekutionen, Geislerschießungen und die Vernichtung geschlossener Dörfer schufen ein Klimagnadenloser Erbitterung. Ein befreundeter Historiker nannte mir auf meine Frage, ob es in Jugoslawien etwas ähnliches gegeben habe wie Lidice und Oradour⁵, daß ihm davon hunderte von vergleichbaren Fällen bekannt seien⁶.

Auf deutscher Seite kämpften viele Kollaborateure, vor allem Kroaten. Weniger bekannt ist, daß aus bosnischen Freiwilligen zwei SS-Divisionen gebildet wurden (Division Handschar), die den SS-Totenkopf am islamischen Fez trugen und eigene muslimische Feldgeistliche besaßen. Durch diese Entwicklung waren die Tito-Truppen in die Rolle einer „nationalen Volksbefreiungsarmee“ gerückt. Aber im Gegensatz zu allen anderen Partisanenbewegungen Europas führte die KPJ den „nationalen“ Kampf als Kampf um den Sozialismus. Einige Schlaglichter sind hier zu nennen. Die Tito-Truppen führten als Abzeichen den „roten Stern“ und nicht die jugoslawische Flagge. Sie entzogen sich 1943 dem russischen Druck, mit dem im Exil befindlichen Ex-König Peter zusammenzuarbeiten. So wollte

Stalin Tito zur Anerkennung der Monarchie bewegen, um den Westmächten seine Bereitschaft zu signalisieren, auf revolutionäre Veränderungen außerhalb der SU zu verzichten. Seinem Interesse an einer Zusammenarbeit mit Großbritannien und den USA stand jedoch die Erfahrung der Partisanen gegenüber, daß ein wirkungsvoller Widerstand gegen die italienischen und deutschen Besatzungstruppen nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Umgestaltung Jugoslawiens und der Bekämpfung aller bürgerlichen und restaurativen Kräfte möglich war. Aus diesem Grund scheiterte Stalin mit seiner Einflußnahme. Im Gegenzug erhielt Tito von der UdSSR keine Unterstützung.

Zur Versorgung der Partisaneneinheiten gelang es, in den ländlichen Gebieten erstmals ein Mehrprodukt zu erzeugen, da die Bauern die Subsistenzwirtschaft einschränkten und vorrangig Produkte für die Einheiten anbauten. Parallel zum Aufbau der kämpfenden Einheiten (die zu 20 % aus Frauen bestanden!) bildete die KPJ Massenorganisationen, mit denen sie das Land überzog und in den „befreiten Gebieten“ ihre eigenen politischen und Verwaltungsstrukturen entwickelte. Gegen Kriegsende gehörten allein der „antifaschistischen Frauenfront“ 2 Millionen Frauen an.

Ende 1942 trat in Bihac erstmals der „antifaschistische Volksbefreiungsrat“ zusammen, der das oberste Organ des „neuen Jugoslawiens“ wurde. Am 29.11.1943 beschloß dieser Rat in Jaice die Bildung einer provisorischen Regierung und einer aus sechs Republiken bestehenden „Föderativen Republik Jugoslawien“, die als Geburtsstunde des neuen Staates anzusehen ist.

Die in den „befreiten Gebieten“ aufgebauten „Volksbefreiungskomitees“ bildeten die Grundlage für die Machtübernahme der KPJ nach dem Krieg in Jugoslawien. 1944/45 gelang es der Partisanenarmee, das Land vollständig zu befreien. Für das Selbstbewußtsein der Armee und der KPJ war besonders wichtig, daß Jugoslawien neben der UdSSR das einzige Land war, das sich aus eigener Kraft befreit hatte.

Durch den Krieg entstanden in Jugoslawien materielle Schäden in Höhe von 9 Milliarden Dollar. Die Schäden lagen somit 40 % höher als die Schäden in Großbritannien. Ca. 1,7 Millionen Einwohner kamen um, unzählige hatten Verwundungen davongetragen.

5. Von der Befreiung bis zum Bruch mit Moskau

Jugoslawien war nach 1945 das einzige Land des „Ostblocks“, in dem keine „Volksdemokratie“ aufgebaut wurde. „Volksdemokratie“ bedeutete eine sog. antifaschistische Etappe, in der es um die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte ging und nicht um den Sozialismus. Erinnert sei hier an die paradoxe Situation im Nachkriegsdeutschland, als die SPD verbal den Aufbau des Sozialismus forderte und die KPD dafür eintrat, „die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen“⁷. In Jugoslawien gab es praktisch kein Bürgertum mehr, erst recht kein antifaschistisches. Die Partisanen hatten an den (meist kroatischen) Kollaborateuren grausame Rache geübt. Das sowieso schwache Besitzbürgertum war praktisch ausgerottet worden. Viele kroatische Faschisten waren entkommen, heute wissen wir über die Beteiligung

von Teilen der katholischen Kirche an der Flucht von Ustaschi nach Lateinamerika und nach Spanien. Ante Pavelic, der „Führer“ des „NDH“ starb 1959 friedlich in Madrid. In Nord- und Lateinamerika bestand seitdem eine blühende Ustascha-Emigration, die 1988 wieder in Jugoslawien aktiv werden sollte. Doch dazu später.

Die KPJ, die durch den Partisanenkampf die unangefochtene Führung in Jugoslawien errungen hatte, nutzte diese Macht. Opposition war nicht zu befürchten. Die KPJ versuchte, Jugoslawien analog dem stalinistischen Entwicklungsmodell aufzubauen. Dies beinhaltete eine Bodenreform und den Aufbau einer Schwerindustrie als Grundlage einer Industrialisierung. Die Industrialisierung bedurfte mehrerer Voraussetzungen:

a) Die Landwirtschaft mußte soweit entwickelt werden, daß Jugoslawien Agrarprodukte exportieren konnte, um Kapital für den industriellen Aufbau zu erwirtschaften. Dies beinhaltete die agrarische Großproduktion.

b) Sowjetische Kredite wurden benötigt, um Investitionsgüter kaufen zu können.

c) Sowjetische Experten und sowjetisches Know-How waren für die Entwicklung unverzichtbar.

Die Entwicklung der Landwirtschaft war also der Schlüssel für die weitere Entwicklung. Sie vollzog sich in mehreren Etappen. Im August 1945 wurde der Großgrundbesitz (vor allem in der Vojvodina und Slawonien konzentriert) enteignet. Dies betraf Güter über 20 Hektar und den gesamten Besitz von Kollaborateuren. Insgesamt wurden so 1,57 Millionen Hektar enteignet, was 6,9 % der gesamten nutzbaren Fläche Jugoslawiens entsprach. Ein Teil wurde

an Kleinbauern verteilt, aus dem anderen Teil wurden Staatsgüter gebildet, und die ersten jugoslawischen Kollektivbetriebe entstanden.

Jugoslawien versuchte, sich eine eigene ökonomische Grundlage für den sozialistischen Aufbau zu schaffen. Industrie, Handel und Banken wurden verstaatlicht. Hierzu gehörte auch der Versuch, mit den Nachbarn Bulgarien und Albanien eine „Balkanföderation“ zu bilden.

Die UdSSR versuchte sofort nach der Befreiung, Einfluß auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes zu nehmen. Diesem Zweck diente die Bildung „sog. gemischter Gesellschaften“, der Abschluß von Handelsabkommen und die Überziehung Jugoslawiens mit einem Netz von Agenten und Informanten des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. Vladimir Dedijer, Kampfgefährte Titos, schrieb hierüber: „Wie die Wespen fielen die sowjetischen Geheimdienstleute über alle für sie wichtigen Punkte in der Armee, in der Wirtschaft, im ZK-Apparat her. Sogar die Chef-Chiffrierbeamtin des Zentralkomitees wollten sie in ihr Netz einbeziehen.“

Die KPJ hatte an sich nichts gegen den NKWD, aber was zu Verärgerungen führte und den Stolz verletzte, war die herablassende Behandlung. Immerhin verstand sich die KPJ als Partei, die die zweite erfolgreiche sozialistische Revolution der Geschichte (nach Rußland) durchgeführt hatte, während der Sturz des Kapitalismus im sonstigen Ostblock das Werk der Roten Armee gewesen war.

Zudem wollte sich Jugoslawien selbst entwickeln und nicht nur als Rohstofflieferant und Zulieferer der sowjetischen Ökonomie fungieren. In den

Augen der Jugoslawen wurde die sowjetische Politik so wahrgenommen: Die Sowjetunion übervorteilt uns im Handel; sie versucht, unsere Wirtschaft zu kontrollieren (der Direktor jeder gemischten Gesellschaft war aus der SU) und uns zum untergeordneten Bestandteil ihres Wirtschaftssystems zu machen.

6. Der Bruch mit Moskau und der „eigenständige jugoslawische Weg zum Sozialismus“

Neben diesen innen- und wirtschaftspolitischen Faktoren kamen noch außenpolitische Faktoren hinzu. In Griechenland tobte von 1946 - 1948 ein Bürgerkrieg zwischen den vom Westen unterstützten königstreuen Kräften und der kommunistischen Partisanenarmee ELAS, die die Hauptlast des Kampfes gegen die Deutschen getragen hatte. In Jalta und Potsdam war Griechenland der anglo-amerikanischen Einflußzone zugeschlagen worden, und Stalin rührte für die ELAS keinen Finger, um nicht die Übereinkunft mit den Westmächten zu stören. Nur Jugoslawien unterstützte die ELAS und setzte sich über Moskauer Direktiven hinweg. Als nach 1947/48 die Teilung der Welt in zwei antagonistische Machtblöcke vollzogen war, reagierte die SU auf die Bildung des „freien Westens“, in dessen Gefolge in allen westlichen Ländern die Kommunisten aus den Regierungen ausschieden, mit dem Abbruch der sog. „volksdemokratischen“ Entwicklungen. Es ging im Kern um die Herstellung eines zentralisierten, monolithischen Herrschaftssystems als Widerpart gegen den Westen. Diesem Ziel diente die Gründung des sog. „Informationsbüros kommunistischer Parteien“ (Komin-

form) als Nachfolger der 1943 aufgelösten Komintern.

Jugoslawien weigerte sich, sich der SU unterzuordnen. Die SU wiederum konnte nicht akzeptieren, daß es zwei gleichwertige Parteien im Kominform gab. So kam es zum Bruch.

Jugoslawien wurde am 29.6.1948 aus dem Kominform ausgeschlossen, und das Kominform rief auf zum Sturz des „US-amerikanischen und britischen Agenten und Faschisten“ (Originalton Kominform!). Tito und seine Anhänger, die überhaupt nicht verstanden, warum sie so behandelt wurden, setzten sich entschieden zur Wehr. In einer Blitzaktion wurden die moskautreuen Kräfte aus Armee, Staat und Partei festgenommen und interniert. Etwa fünfzehntausend jugoslawische Kommunisten wurden eingesperrt, es gab eine Reihe von Prozessen und Hinrichtungen. Die personelle Grundlage für einen UdSSR-freundlichen Putsch bestand so nicht mehr. Sowjetische Truppen waren in der Erwartung eines Umsturzes bereits entlang der Grenzen zu Ungarn, Rumänien und Bulgarien aufmarschiert. Auf ein direktes Eingreifen verzichtete die Rote Armee, hatten doch die Jugoslawen vorexerziert, zu welchen Leistungen im Partisanenkampf sie fähig waren.

Im Gegensatz zum Bruch Chinas mit der SU elf Jahre später fehlten Jugoslawien alle Ressourcen für einen selbständigen sozialistischen Aufbau. Einige Punkte sollen dies verdeutlichen.

- Während 1946 75 % aller Im- und Exporte mit der SU abgewickelt wurden, war dieser Handel nach 1948 praktisch auf Null heruntergegangen. Die SU hatte Jugoslawien vor allem mit lebenswichtigen Gütern

wie Maschinen und mit Rohöl versorgt.

Die SU strich alle Wirtschaftshilfen, zog ihre Berater ab, und alle osteuropäischen Staaten verhängten eine Wirtschaftsblockade gegen Jugoslawien.

7. Auf dem Weg nach Westen

Es blieben Jugoslawien praktisch kaum Auswege übrig: Ob der BKJ wollte oder nicht, es gab keine andere Hilfe als die seitens des Westens. 1949 erhielt das Land einen ersten 20-Millionen-Dollar-Kredit der USA, weitere Kredite aus Großbritannien und den Niederlanden folgten. Diese Kredite setzten Jugoslawien instand, die notwendigsten Importe finanzieren zu können. Ebenfalls erhielt Jugoslawien seit 1950 amerikanische Militärhilfe und Waffen.

Im Inland wurde die Industrialisierung intensiviert und auch die Kollektivierung wurde forciert. 1951 waren bereits 1/5 der bäuerlichen Haushalte kollektiviert mit mehr als der Hälfte der nutzbaren Gesamtfläche. Die Kollektivierung, die in weiten Regionen Zwangscharakter besaß, zeitigte die gleichen Ergebnisse wie in der SU und der DDR. Die kollektivierten Bäuerinnen und Bauern arbeiteten kaum noch, weite Landstriche lagen brach, und die Agrarproduktion sank drastisch ab. Die Landwirtschaftspolitik hatte das Gegenteil von dem erreicht, was als Ziel gesetzt war! Nach zwei katastrophalen Mißernten 1950 und 1952 revoltierten die Bauern. Sie waren nicht mehr bereit, durch Zwangskollektivierung und immens hohe Abgaben die Industrialisierung zu finanzieren, von deren Ergebnissen sie nichts bemerkten und von der sie nicht unmittelbar profitierten.

Da es um den Aufbau der schwerindustriellen Basis ging, war die Versorgung mit Konsumgütern planmäßig vernachlässigt worden. Am 31.12.1953 zog die Regierung die Konsequenzen aus dem Scheitern ihrer Politik. Der Austritt aus den Agrar-Kollektiven wurde erlaubt. Diese brachen daraufhin weitgehend zusammen. Von rund 6 800 bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften Anfang 1951 bestanden Anfang 1954 nur noch 1 200. 1972 verschwanden die letzten Kollektive. Auch die Abgaben und Steuern wurden stark reduziert. Seitdem war die Landwirtschaft wieder durch kleine Betriebe geprägt, die in Privatbesitz waren und deren größter Teil wieder Subsistenzwirtschaft betrieb. Die Landwirtschaft Jugoslawiens hat die kapitalistische Entwicklung anderer europäischer Agrargesellschaften (vgl. das massenhafte Sterben der Bauernhöfe in Deutschland!) nie nachvollzogen.

Seit 1950 wurde in den Betrieben eine erste beschränkte „Arbeiterselbstverwaltung“ eingeführt. Diese Selbstverwaltung wurde in den folgenden Jahrzehnten zu einem wichtigen Punkt der Attraktivität Jugoslawiens für die deutsche nichtkommunistische Linke. Außenpolitisch fuhr Jugoslawien einen neutralistischen Kurs mit Anlehnung an den Westen. Hierauf ist noch zurückzukommen.

8. Die sozialistische Marktwirtschaft

Die Industrialisierung Jugoslawiens bedingte den möglichst sparsamen Umgang mit Ressourcen und Kapital. Um Infrastrukturkosten zu sparen, wurden das Kosovo und Montenegro praktisch nur wenig erschlossen und

die Investitionen dorthin gelenkt, wo es um Rohstoffgewinnung und Energiesicherung ging. 1954 wurde eine Wirtschaftsreform beschlossen, die die zentrale Planung und Investitionssteuerung einschränkte. Für die unterentwickelten Regionen bedeutete dies, daß sie sehr schwer an Investitionen kamen. Im Kosovo, in Bosnien, Montenegro und Mazedonien wurde zwar investiert, aber es entwickelte sich eine nationale Arbeitsteilung. Im Südosten konzentrierten sich die Energie- und Rohstoffproduktionen und die arbeitsintensiven Fertigungen, während sich im Nordwesten (vor allem in Kroatien und Slowenien) die weiterverarbeitende Industrie konzentrierte, in die verstärkt investiert wurde.

1958 wurden Kosovo, Montenegro und Mazedonien staatlicherseits als „unterentwickelte Regionen“ ausgewiesen, was ihnen einen bestimmten Teil des staatlichen Investitionsfonds sicherte. Seit dieser Zeit gab es in Jugoslawien die sog. „politischen Fabriken“. Damit war gemeint, daß aus politischen Gründen in einer dieser Regionen eine Fabrik gebaut wurde, die von Anfang an nicht rentabel arbeiten konnte, sei es aus Gründen mangelnder Infrastruktur oder zu langer Verkehrswege für die Materialzulieferung und die Güterverteilung. Da aber der planwirtschaftliche Staat die Löhne der Beschäftigten, die Finanzierung der Fabrik und die Deckung der Verluste garantierte, entstand ein regelrechter Wildwuchs. Eine entstehende Bürokratie in diesen Fabriken akkumulierte immer mehr vom gesellschaftlichen Reichtum und lenkte sie so in ein Faß ohne Boden. Die Bevölkerung der jew. Region stützte diese Politik ab, da sie von ihr profitierte und es entstand ein gegenseitiges, korruptes

Verhältnis, was in Jugoslawien dazu führte, daß von mafiosen Strukturen⁸ gesprochen wurde.

Da diese Fabriken zum einen gute Löhne garantierten und zum anderen einen ständig wachsenden Arbeitskräftebedarf hatten, entwickelte sich in Jugoslawien eine massive Landflucht. Ein Bauer verdiente ca. 45 % des Lohnes eines Industriearbeiters. Auf dem Land blieben die Frauen zurück (1961 waren 68 % aller erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft tätig), während über die Hälfte der Männer in der Industrie arbeiteten.

Da die „politischen Fabriken“ immer stärker den staatlichen Kapitalfonds aufbrauchten, aber kaum etwas erwirtschafteten, wurde diese Entwicklung über die Stagnation des gesamtgesellschaftlich sehr niedrigen Lebensstandards finanziert. Dies führte 1960/61 zu Hunderten von Streiks mit dem Ergebnis eines Produktionsrückganges von 10 %.

Dadurch wurde ein weiterer Schub von Wirtschaftsreformen eingeleitet. Ein massiver Streitpunkt unter den Republiken war die Unterstützung des Südostens, in dem sich die meisten „politischen Fabriken“ konzentrierten. Die Vertreter des Nordwestens kritisierten die „unproduktive Vergeudung der Gelder“ die vor allem durch die profitablen Betriebe Sloweniens und Kroatiens erwirtschaftet wurden. Innerhalb des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ, Nachfolger der KPJ) kam es darüber zu Fraktionskämpfen, die 1966 mit dem Sturz des autoritären Innenministers Rancovic endeten.

Gewinner dieser Fraktionskämpfe war eine Gruppe, die mehr Betriebsautonomie und die Einführung der Marktwirtschaft forderte. Die Wirtschafts-

reform reduzierte die staatliche Planung noch weiter und dezentralisierte den jugoslawischen Staat. Den Republiken wurden viele bislang zentralstaatliche Kompetenzen abgetreten, dies war die Geburtsstunde der unterschiedlichen nationalen Ökonomien der jew. Republiken, die im Ergebnis Jugoslawien auseinander Sprengen sollten. Die Einzelbetriebe konnten jetzt auch selbstständig investieren, ohne in Belgrad nachfragen zu müssen. Gleichzeitig wurde allerdings auch ein Bundesfonds gegründet, in den die reichen Republiken einzahlen mußten und aus dem die unterentwickelten Regionen unterstützt wurden.

Um Anreize für die Belegschaften zu schaffen, wurde das System der Arbeiterselbstverwaltung ausgebaut. Als politische Begründung wurden seitens des BKJ die Schriften von Karl Marx über die „Pariser Kommune“ und Lenins „Staat und Revolution“ genannt, aber Anklänge an den spanischen und französischen Syndikalismus waren nicht zu übersehen. Die „Ideologie der Arbeiterselbstverwaltung“ war für die nicht-kommunistische Linke Westeuropas faszinierend. Hier hatte der langgesuchte „dritte Weg“ zwischen dem Kommunismus russischer Prägung und dem westlichen Kapitalismus offensichtlich Gestalt angenommen. Jugoslawien war neben Schweden für linke Sozialdemokraten das „Modell“ an sich⁹. Auch in den Gewerkschaften war dieses Modell attraktiv und es gab kaum Gewerkschaftsschulen, in denen es nicht positiv dargestellt wurde.

Der Arbeiterrat war von jetzt an das formell wichtigste Organ des Betriebes, in dem der Direktor und Delegierte des Managements und der Belegschaft vertreten waren. Die Vertreterinnen und

Vertreter der Belegschaft stellten nominell die Mehrheit im Rat. Zu entscheiden hatten sie über die soziale Infrastruktur und auch über die Löhne. Die Löhne waren an das Betriebsergebnis gekoppelt. Dies führte zu Entlassungen, weil die Betriebe mit weniger Personal mehr erwirtschaften wollten, wodurch auch für die Beschäftigten die Löhne stiegen. Das aufgeblähte Personal der „politischen Fabriken“ wurde so rapide aufgebaut. Gleichzeitig ging die Landflucht weiter, so daß im Ergebnis die Arbeitslosigkeit anstieg.

Als Retter in der Not bot sich der europäische Arbeitsmarkt an. Jugoslawien wurde zum Großexporteur von Arbeitskräften. 1963 begannen mehrere jugoslawische Arbeitsvermittlungsstellen, mit deutschen Unternehmen zu kooperieren, und bereits 1964 bestanden im ganzen Land Vermittlungsstellen für Arbeitsemigranten. 1964 arbeiteten 115 000 jugoslawische Arbeiterinnen und Arbeiter im Ausland (davon 53 000 in Deutschland). 1976 waren dies bereits 750 000, davon 390 000 in Deutschland. Die erste Emigrationswelle erfaßte die Belegschaften des Nordwestens und erst später auch die übrigen Regionen.

9. Der Anfang vom Ende: Jugoslawien zwischen 1968 und 1980

1968 gab es in Jugoslawien eine der stärksten europäischen Studentenbewegungen. Ausgelöst war dies zum einen von dem Widerspruch zwischen Liberalisierung der ökonomischen Basis bei gleichzeitiger Beibehaltung der Einparteienherrschaft und autoritärer gesellschaftlicher Strukturen. Zum anderen gab es im BKJ selbst Bestrebungen intellektueller Kreise nach einer

gesellschaftlichen Liberalisierung. Zu nennen ist insbesondere die sog. „Praxis-Gruppe“ mit ihren Sommerakademien auf der Insel Korcula, die den Studenten das geistige Rüstzeug für die Revolte lieferte. Im Kosovo griff die Bewegung von den Hochschulen auf die Bevölkerung über, so daß dort sogar das Militär eingriff.

In diesem Kontext wurden die Parteien der Republiken aktiv. Besonders der BKJ in Kroatien und Slowenien forderte mehr Autonomie, womit vor allem wirtschaftliche Autonomie gemeint war. Mit der Instrumentalisierung der Autonomiedebatte versuchten sie, die Kontrolle über die von ihnen erwirtschafteten Devisen zu erhalten und sich vom nationalen Ausgleichsfonds abzukoppeln und die Zahlungen an diesen einzustellen. Dies wurde durch die Zentrale vorerst noch verhindert, aber daran war der Grad der Krise des jugoslawischen Gesamtkonsenses zu ersehen. Die „Reichen“ waren nicht länger bereit, für die „Armen“ zu zahlen.

1976 erfolgte ein weiterer Schub von Wirtschaftsreformen. Sie führten zu einem großen wirtschaftlichen Wachstum und zur Steigerung des Lebensstandards. Besonders die Leichtindustrie in Slowenien, Nordserbien und Teilen Kroatiens erzielte immer bessere Positionen auf dem Weltmarkt. Anfang der 70er Jahre erzielte die Industrie ein Drittel des Nationaleinkommens und erreichte einen Exportanteil von 85 % und einen Importanteil von 95 %. Ausländische Kredite strömten ins Land und schufen die Grundlage für die Entwicklung von Exportbetrieben (Elektroindustrie, Schiffbau) und der Infrastruktur (Fahrzeugbau). Außerdem wurde die Erdölindustrie als Energiegrundlage und Basis der Petrochemie

vorangetrieben. Gleichzeitig wurden defizitäre Bereiche geschlossen, so viele Kohlegruben.

10. Die Erosion der Ökonomie und die Zange des IWF

Durch die erhöhte Kreditaufnahme hatte sich Anfang der 80er Jahre die jugoslawische Auslandsverschuldung auf 14 Milliarden Dollar erhöht. Diese Schulden sind zum einen durch die rapide Erhöhung der Energiepreise (Stichwort: Ölkrise!) und der sich verteuernenden Rohstoffe entstanden, zum anderen durch die rasante Steigerung der Kreditzinsen durch die Hochzinspolitik.

Demgegenüber besaß Jugoslawien neben den Exporten nur die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus und den Überweisungen der Arbeitsemigranten. Die Einnahmen aus dem Tourismus betrugen Anfang der 80er Jahre 2 Milliarden Dollar. Da davon aber die Hälfte im sog. „grauen Markt“ versickerte, erhielt die Staatsbank für ihren Devisenfonds nur 1 Milliarde. Ähnlich war es bei den Überweisungen der Arbeitsemigranten, die die Staatsbank nur in jugoslawischen Dinar ausbezahlte. Das Resultat war, daß die Devisen dann direkt bei Heimatbesuchen importiert wurden und an der Staatsbank vorbei in die jugoslawische Wirtschaft flossen und dort de facto als Zweitwährung fungierten. Für DM war in Jugoslawien alles zu bekommen. So bauten z. B. die Arbeitsemigranten in großem Maßstab und ohne Baugenehmigung Häuser (allein in Skopje sollen es 30 000 gewesen sein). Die Devisen, die die Staatsbank dringend benötigte, um Kredite zu tilgen und dringend notwendige Importe von Maschinen zu finanzieren, flossen so der Konsumtion zu

und bereicherten kleine Gruppen der Bevölkerung, während diejenigen, die nicht über Devisen verfügten, das Nachsehen hatten. Ein Zustand, der uns aus der DDR bestens bekannt ist.

Anfang 1980 wird Jugoslawien Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) und erhält gleichzeitig den größten Kredit, der jemals vom IWF vergeben wurde. Gleichzeitig erhielt Jugoslawien die aus der dritten Welt bekannten IWF-Bedingungen zur Sanierung seiner Ökonomie. Dies bedeutete: Lohnbegrenzungen für zahlungsunfähige Betriebe, Freigabe der Mehrzahl der Preise, Erhöhungen der Zinsen und eine 25-%ige Abwertung des Dinar. Im Ergebnis sinkt der Reallohn in Jugoslawien von 1980 - 1985 um 40 %, was wiederum zu Massenstreiks der Lohnabhängigen führt. Dadurch kann die Regierung das IWF-Konzept nicht wie geplant durchführen. Die notwendigen Subventionen nicht konkurrenzfähiger Betriebe und Branchen erfolgt durch die Notenpresse, was den Dinar immer mehr entwertet und wieder zu Massenstreiks führt, denn von den Papierdinaren kann sich niemand mehr ernähren. Im Kosovo erzwingen die streikenden Bergarbeiter den Rücktritt der Gewerkschaftsführung, in Bosnien/Herzegowina streiken 40 Großbetriebe, in Split und Rijeka wird der Hafen bestreikt. In Kroatien greifen sogar Armeeeinheiten ein, um den Streik zu beenden.

Da die Gewerkschaften versuchen, das „objektive Arbeiterinteresse“, also die Gesamtinteressen, gegen die tatsächlichen subjektiven Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu vertreten, verlieren sie immer mehr die Unterstützung ihrer Mitglieder. Als die Gewerkschaften die staatliche Politik der Schließung unrentabler Betriebe

unterstützen, entziehen sie sich den Boden bei ihren Mitgliedern völlig. Das uns aus Polen und der DDR vertraute Dilemma vollzieht sich auch hier. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verlangen von der Regierung die Erhöhung ihrer Kaufkraft und die Garantie sicherer Arbeitsplätze, während die Arbeitsproduktivität stagniert oder sogar sinkt. Die Beschäftigten verkonsumierten also das Geld, das für verbesserte Maschinenausrüstungen dringend gebraucht wurde. Die Arbeitsmotivation sinkt beständig, so werden in den 80er Jahren statt offiziell sieben Stunden tatsächlich nur drei bis vier Stunden real gearbeitet. Die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter arbeiten „ausgeruht“ auf ihrem heimischen Hof (die sog. „Teilzeitbauern“) oder als Schwarzarbeiter. Die Schwarzarbeit machte in dieser Periode ca. 40 % des durchschnittlichen Familieneinkommens aus. Obwohl die Reallohne um 40 % gesunken waren, nahmen die Konsumausgaben nur um 5 % ab!

11. Der Kollaps der Ökonomie: Rette sich, wer kann!

1986 kommt die Regierung Mikulic ans Ruder und verspricht einen halbjährigen Lohnstop und Preiserhöhungen. Bereits nach 2 Monaten werden nach Massenstreiks die Preiserhöhungen zurückgenommen und gleichzeitig, bei sinkender Produktivität, die Reallohne um 8 % erhöht. Die Regierung finanziert dies wieder durch den Druck neuer Banknoten und kurbelt die Inflation weiter an, die 1986 90 % beträgt. Der IWF erreicht ein neues Devisen- und Bankengesetz. In der Folge ist es nicht mehr möglich, bankrotte Betriebe mit ungedeckten Wechseln der Banken vor

der Pleite zu bewahren. In Jugoslawien kursieren nach Meldungen westlicher Zeitungen ungedeckte Wechsel im Nennwert von 66 Milliarden DM.

Danach geht es Schlag auf Schlag. In Titograd geht eine Baufirma mit 2 000 Beschäftigten in Konkurs, in Bosnien verlieren 13 500 Beschäftigte eines Handelskonzerns die Arbeit und in Belgrad wird im Sommer 1986 Tausenden von Familien Strom und Gas abgestellt, da sie mit der Bezahlung in Verzug geraten sind. 1987/88 erreichen die Streiks einen neuen Höhepunkt. Zehntausende von Streikenden demonstrieren in den Städten. Im Oktober 1988 kommt es in der Hauptstadt Montenegros, Titograd, zu zweitägigen Straßenkämpfen zwischen ca. 120 000 Streikenden und Spezialeinheiten von Armee und Polizei. Die Stadt wird 2 Tage hermetisch abgeriegelt. Schließlich tritt die Regierung Montenegros zurück. Ende 1988 ist das Machtgefüge stark erschüttert, und in mehreren Republiken treten die Regierungen zurück.

Auch die Zentralregierung unter Miculic gibt auf. Die Auslandsschulden sind auf 21 Milliarden Dollar gestiegen und der IWF gibt keine weiteren Kredite, da Jugoslawien die IWF-Auflagen nicht eingehalten hat.

Der Kollaps der Ökonomie und die galoppierende Auflösung der Zentralgewalt greift auch auf den BKJ über, der an den Rand der Spaltung gerät. Nach harten Auseinandersetzungen im ZK des BKJ setzt sich dort der Parteichef Milosevic durch. Seine Orientierung ist die Rücknahme des Autonomiestatus von 1974 und die Wiederstärkung der Zentralgewalt. Demgegenüber versuchen die kommunistischen Parteien Kroatiens und Sloweniens, mehr Autonomie durchzusetzen. Sie verlangen eine

unabhängige Wirtschaftspolitik, anteilige Rückzahlung der IWF-Kredite und eine von Belgrad ungestörte Ausgabenpolitik. Dies hätte dazu geführt, daß Kroatien und Slowenien als gesundeste Bereiche der jugoslawischen Ökonomie sich von dem „fußkranken Rest“ abgekoppelt hätten. Dies konnten die anderen Republiken unmöglich akzeptieren. Zum einen waren vor allem im strukturschwachen Süden staatliche Verlustbetriebe mit diesen Krediten finanziert worden, zum anderen erwirtschaftete der Süden nicht genügend Devisen, um den Schuldendienst tätigen zu können. Während Kroatien und Slowenien wesentliche Teile ihres Exports mit dem Westen abwickelte, exportierte Serbien 40 % nach Osteuropa und konnte dort schwerlich auf Devisen hoffen.

Im Dezember 1988 kommt die Regierung Markovic an die Macht. Diese Regierung gibt die Preise frei und erhöht die Kreditzinsen. Danach steht ein relevanter Teil der Großbetriebe des Südens vor dem Aus. 1989 erreicht die Streikwelle einen neuen Höhepunkt. Erreicht wird eine bis zu 100-%ige Lohnerhöhung. Gleichzeitig machen Teile der Arbeiterinnen und Arbeiter ihre eigenen wirtschaftspolitischen Vorschläge. In Belgrad fordern Streikende die Einführung der DM als jugoslawischer Leitwährung und im September fordern die Eisenbahner einen Mindestlohn von 1 000 DM, auszahlbar zum jeweils aktuellen Kurs in Dinar. Im Dezember 1989 streiken 650 000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Regierung und erreichen trotz der desolaten ökonomischen Situation die Verdoppelung ihrer Löhne. Zur gleichen Zeit vereinbart die Regierung Marcovic mit dem IWF ein neues Reformprogramm. Doch noch während die Verhandlungen

laufen, bringen die Massenstreiks den letzten Versuch einer zentralen Wirtschaftspolitik zum Scheitern. Zum 1.1.1990 wird ein neuer Dinar im Wert von 10 000 alten Dinar eingeführt. Die Inflation beträgt zu diesem Zeitpunkt 2 000 Prozent (1986 90 %, 1987 167 %, Ende Oktober 1988 236 %). Die Regierung plant einen Lohnstop, die erneute Freigabe der Zinsen und Preise und Massenentlassungen im Umfang von 2 Millionen Arbeitsplätzen. Im März 1990 stehen sogar die ersten „Joint-Ventures“, vor allem Großbetriebe in Serbien und Slowenien vor der Pleite. Ökonomisch wird es immer schlimmer. Die Zahl der Beschäftigten ist weitgehend konstant geblieben, die Produktivität ist um 12 % gesunken, während die Löhne um 30 % gestiegen sind. Ende 1990 droht der IWF mit der Sperrung der Kredite.

Bereits vorher haben die Differenzen zwischen den Republiken auch den BKJ zersetzt. Ende 1989 löst er sich als Zentralorganisation auf. Danach besteht nur noch die Armee als letzte funktionierende gesamtjugoslawische Institution.

In den Republiken kommt es zu regionalen Parteigründungen. Alle diese Parteien entwickeln kein wirtschaftliches Konzept, sondern bieten nur den jew. „Republik-“ Nationalismus als Allheilmittel an. Im Regelfall bilden Altkader aus dem BKJ das Gerüst dieser Parteien. In Kroatien heißt die Partei „HDZ“ (Kroatische demokratische Vereinigung) und in Slowenien „DEMOS“ (Demokratische Opposition Sloweniens). 1990 finden in vielen Republiken Wahlen statt, die mangels Alternativen von den neuen Parteien gewonnen werden. In Kroatien siegt die „HDZ“, die aus Extrem-Rechten und Ex-

Kommunisten besteht. Dagegen gewinnen in Serbien und Montenegro die dort noch bestehenden kommunistischen Parteien die Wahlen. In Belgrad wird Milosevic so legal Ministerpräsident!

12. Der Bürgerkrieg beginnt

Es ist klar, daß jede dieser Regierungen vor einem unlösbaren Dilemma steht. Zum einen müssen sie ihr Versprechen einlösen, die Ökonomie zu sanieren und den Lebensstandard zu heben, andererseits können sie es sich nicht leisten, Massenentlassungen vorzunehmen und die Löhne der Arbeitsproduktivität anzupassen. Parallel nimmt die Angst vor einem Militärputsch zu. Die ersten Republiken beginnen mit dem Aufbau eigener Streitkräfte.

Eine neue Qualität erreichen die Auseinandersetzungen, als im Oktober 1990 die neuentstandenen kroatischen Spezialeinheiten ausgerechnet mit Ustascha-Fahnen in die von Serben bewohnten Gebiete einmarschieren. Teile Kroatiens und Sloweniens sind von Serben bewohnt, was bei uns kaum jemand weiß. Die serbischen Bewohner geraten in Panik, fühlen sich wieder in die Zeit der Massenausrottung von 1941 - 1945 zurückversetzt, bauen Barrikaden und bewaffnen sich. Bei den wochenlangen Auseinandersetzungen gibt es die ersten Toten. In Bosnien-Herzegowina kommt es zu Straßenschlachten zwischen Moslems und serbischen Nationalisten. Alle Seiten bewaffnen sich.

Ende Dezember erklären sich Kroatien und Slowenien de facto zu souveränen Staaten. Anfang 1991 kommt es noch einmal zu Spitzenverhandlungen zwischen den Republiken, um eine einvernehmliche Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu erreichen. In diesen

Verhandlungen verständigen sich Serbien und Kroatien auf die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas. Der Nordwesten soll an Kroatien fallen, der Südosten an Serbien, während in der Mitte eine muslimische Pufferzone bestehen soll.

Am 2. März 1991 kommt es aber zur ersten kroatischen Provokation. Kroatische Spezialeinheiten besetzen den mehrheitlich von Serben bewohnten Ort Pakrac, um dort die Gemeindeverwaltung abzusetzen. Daraufhin besetzt die Bundesarmee den Ort und vertreibt die Kroaten. Über diesen Vorfall kursieren anschließend in der kroatischen und serbischen Öffentlichkeit völlig verrückte Darstellungen. Es wird von vielen Toten und von 20 000 vertriebenen Serben berichtet und so das psychologische Feld für die Kriegsbereitschaft bereitet.

Es ist wie in vielen anderen Fällen in der Geschichte: wenn nichts mehr zu erreichen ist und die Probleme unlösbar geworden sind, wird auf einen Krieg orientiert. Der Wille der Bevölkerung spielt dabei keine Rolle. Am 9. März 1991 demonstrieren in Belgrad über 100 000 Menschen gegen die Regierung. Es kommt zu Straßenschlachten und die Armee setzt über 100 Panzer ein.

In den Krisensitzungen des jugoslawischen Staatspräsidiums geht es nur noch um die Abwicklung des Bundesstaates. Wie werden die zentralen Betriebe wie z. B. die jugoslawische Fluggesellschaft und die Ölpipelines verteilt und vor allem: Wer bezahlt die Auslandsschulden in Höhe von 17 Milliarden und die Binnenschulden von immerhin 40 Milliarden Dollar? In den ersten Monaten 1991 ist die Produktion um weitere 30 % gesunken, die Schließung von 1 653 Betrieben ist angekün-

dig und 1 Million Beschäftigte erwartet die Arbeitslosigkeit.

An der Adriaküste, dem touristischen Zentrum Jugoslawiens, beginnen kroatische Kräfte mit der Vertreibung tausender serbischer Saisonarbeitskräfte. Als weitere Maßnahme führt Kroatien eine 3%-Strafsteuer für Ölimporte nach Serbien ein. Da die Pipelines alle durch Kroatien führen, kommen mehrere serbische Ölraffinerien aus Rohstoffmangel zum Erliegen, was wiederum die Energiegrundlage der serbischen Industrie existentiell bedroht. Im Mai 1991 kommt es im slawonischen Kroatien zu einer weiteren Steigerung der Auseinandersetzungen. Slawonien, in dem 20 % Serben und 70 % Kroaten leben, ist ein wirtschaftlich reiches Gebiet, was entsprechend attraktiv für die jeweiligen Gruppierungen ist. Hier operieren auf beiden Seiten Freischärlergruppen. Hierzu gehören anfänglich vor allem bezahlte Söldner aus Australien, Frankreich, Nordirland, der BRD und Südafrika. Eine serbische Truppe besetzt den Ort Borovo Selo und ersetzt die kroatische Flagge durch die serbische. Als kroatische Polizei eingreift, kommt es zu einem Gefecht, bei dem 12 Kroaten und 4 Serben sterben. Die Armee greift nicht ein. In den folgenden Tagen kommt es in mehreren Städten zu Gefechten.

Währenddessen ist ein weiterer Konflikttherd entbrannt. Slowenien versucht, seinen finanziellen Verpflichtungen den anderen Republiken gegenüber zu entgehen und wurde vom jugoslawischen Staatspräsidenten aufgefordert, diesen Verpflichtungen zu entsprechen. Daraufhin erklärt sich Slowenien am 25.6.1991 zum unabhängigen Staat. Als Reaktion schließen Armeeeinheiten die Grenzübergänge Sloweniens zum

westlichen Ausland und es kommt zum sog. 10-Tage-Krieg. An dieser Stelle greift erstmals die Europäische Gemeinschaft (EG) ein. Unter ihrer Schirmherrschaft wird das „Friedensabkommen von Brioni“ ausgehandelt. Die Armee öffnet die Grenzen und zieht sich in die Kasernen zurück, während Slowenien verspricht, die vereinbarten Zahlungen an „Belgrad“ zu leisten.

Im Juli 1991 verselbständigen sich die Ereignisse und erhalten eine Dynamik, die von keiner Seite mehr gesteuert werden kann. In der kroatischen Banija (südlich von Zagreb), wo Serben und Kroaten leben, richten Killerkommandos Massaker unter der Zivilbevölkerung an. Als die Armee eingreift, kommt es zu Gefechten mit der kroatischen Polizei. In dieser Region beginnt auch der sog. „Ethnozid“. Trupps dringen in ein Dorf ein und vertreiben die jew. andere Nationalität. Die ganze Banija taumelt im Bürgerkrieg. Die Armee greift immer wieder ein, erobert mit Panzern die Orte und geht später sogar zur Bombardierung über. Die Bevölkerung flieht in die Städte und die benachbarte Regionen. Die Armee, die vom Anspruch ihrer Führung her noch das letzte Bindeglied Jugoslawiens ist, versucht, den bereits politisch und wirtschaftlich auseinandergefallenen Staat militärisch „zurückzuerobern“. In der Banija und in Slawonien werden die Städte und Industriezentren angegriffen, bombardiert und eingenommen. Städte wie Vukovar und Ossiek sind uns seitdem bekannt. Die UNO vereinbart mit den kämpfenden Parteien ein Waffenstillstandsabkommen nach dem anderen. Am 3.1.1992 wird nach dem 14. Abkommen eine endgültige Feuerpause vereinbart. Bis zu diesem Zeitpunkt waren nach Schätzungen bereits

10 000 Menschen getötet und 700 000 vertrieben worden. Die restliche Entwicklung (Blauhelmeinsatz) ist bekannt und braucht hier nicht referiert werden. Ich möchte allerdings davor warnen, unserer Regierung und der veröffentlichten Meinung auf den Leim zu gehen. Wer aufmerksam die deutsche Presse verfolgt, liest von Greueln der Serben, allenfalls noch von denen der Montenegriner. Kroaten, Bosnier und Slowenen kommen nur als Opfer vor. Jetzt möchte ich die Leiden dieser Menschen nicht verniedlichen, aber in der französischen Presse z. B. wird auch von Massakern kroatischer Truppen an Serben usw. berichtet. Mir ist wichtig, daß wir begreifen, daß es im jugoslawischen Bürgerkrieg auf allen Seiten Terroristen und Scharfmacher gibt, wie auch Vergewaltigte, Mißhandelte, Massakrierte. Zu den wenigen Ausnahmen in unserer Presse gehört ein TAZ-Bericht vom 18.9.1992. Im Bericht „Bosnische Lager gleichen Nazi-KZ's“ über den Besuch einer KSZE-Delegation heißt es dort: „In ihrem Bericht betonen die Mitglieder der Delegation nach Befragung von Hunderten von Gefangenen, die Grausamkeiten in den Lagern erinnerten an die Konzentrationslager der Nazis. Bei den Gefangenen seien Spuren von Mißhandlungen zu sehen gewesen. Dies gelte sowohl für serbisch als auch für die kroatisch und moslemisch kontrollierten Lager“. Die Grenzen verlaufen auch hier nicht zwischen den Nationalitäten, sondern zwischen den Mächtigen und den Ohnmächtigen.

13. Die Rolle der BRD in Jugoslawien

Bereits sehr früh erhielten kroatische Einheiten Waffen aus ehemaligen NVA-

Beständen. Wie die Waffen nach Kroatien gelangt sind, ob mit oder ohne Wissen der Regierung, ist nicht zu belegen. Jedenfalls war die BRD das europäische Land, das am massivsten die kroatischen und slowenischen Interessen vertrat. Am 17.1.1992 beschloß die EG nach starkem Druck aus Bonn die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Somit hatten die wirtschaftlich stärksten Republiken den Absprung aus dem untergehenden Jugoslawien geschafft und sich gleichzeitig ihren finanziellen Verpflichtungen den anderen Republiken gegenüber entzogen. Ein kleiner statistischer Exkurs über die Entwicklung des Lebensstandards in den jugoslawischen Republiken zwischen 1970 und 1987 mag das Interesse an Slowenien und Kroatien erklären.

Republik/Provinz	1970	1987
Slowenien	100	177
Kroatien	100	130
Serbien	100	98
Bosnien-Herzegowina	100	72
Montenegro	100	68
Kosovo	100	32

Die Republiken Slowenien und Kroatien sind als Handelspartner nicht uninteressant. Eine Studie des Bundesministeriums der Verteidigung vom 20.1.1992 nannte als deutsche „Sicherheitsinteressen“ u.a. die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“. In der Tat ist Jugoslawien reich an Rohstoffen wie Bauxit, Quecksilber usw. Auch am Krieg läßt sich gut verdienen. So ist in der Öffentlichkeit kaum registriert worden, daß ein Vorstoß der EG-Kommission, das Handelsembargo gegen Serbien und Monte-

negro zu verschärfen, ausgerechnet am Widerstand der Bundesregierung scheiterte. Immerhin gehe es um monatliche Ausfuhr in Höhe von 400 Millionen DM, war zu hören. Dankenswerterweise berichtete die „Frankfurter Rundschau“ am 18.8.1992 in ihrem Wirtschaftsteil über diesen Vorgang, der in völligem Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen steht.

Zudem ist Jugoslawien der Bereich, an dem die „Großdeutschland“-Fraktion der CDU/CSU Stärke zeigen will. Herta Däubler-Gmelin vom SPD-Parteivorstand nannte dies zutreffend „Machospiele an der Adria“ (Spiegel v. 27.7.1992). Hierzu gehört auch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes in die Adria, um zu „beobachten“, ob und wie die Blockade eingehalten wird. Die Waffenschmuggler, die auch deutsches Kriegsgerät transportierten, benutzten andere Wege. Während Sprecher aus CSU/CDU den Militäreinsatz in Jugoslawien forderten, rieten ausgerechnet (verkehrte Welt!) die Militärs davon ab. Im Gegensatz zu den Zivilisten haben unsere Generäle und die der Nato zumindest Grundzüge der Militärgeschichte gelernt und die Wunden des Partisanenkampfes während des 2. Weltkrieges sind noch frisch.

14. Die Friedensbewegung in Jugoslawien und bei uns

Wer unsere Presse verfolgt, bekommt mitgeteilt, daß **die** Serben gegen **die** Kroaten kämpfen und gegen **die** Bosnier. Dies ist schlichter Unfug und hat mit der Realität nichts zu tun. Diese Form der Desinformation ist u. a. vom SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Glotz in der TAZ in einem Beitrag „Die deutsche Lesart - vorläufige Bemerkun-

gen über Krieg und Medien am Beispiel der bosnischen Tragödie¹⁰ als „Meinungsmache“ kritisiert worden.

Bereits beim Krieg in Kroatien stand die Mehrheit der Bevölkerung abseits. In Serbien folgten 80 % der Wehrpflichtigen nicht ihrer Einberufung, und es gab massenhafte Wehrdienstverweigerungen und Desertionen. Im März/April 1992 kam es in Bosnien, Montenegro und Serbien zu Anti-Kriegsdemonstrationen mit Hunderttausenden von Menschen. In Sarajewo forderten ebenfalls 100 000 Menschen das Ende des Kriege und den Rücktritt der nationalistischen Parteien. In Serbien kam es Ende Juni 1992 eine Woche lang zu Demonstrationen vor dem Parlament in Belgrad. Jeweils über 100 000 Menschen demonstrierten für den Rücktritt des Präsidenten Milosevic und gegen die drohende Intervention des Auslandes. (Über die jugoslawische Friedensbewegung berichtet „JUGOMEDIA, Dienst der Initiative zur Unterstützung der Friedensbewegung in Jugoslawien“¹¹, ein unersetzliches Medium der Gegeninformation.)

Über beide Friedensbewegungen wurde in unseren Medien faktisch nicht berichtet. Hier sei zustimmend das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ zitiert:

„Über das, was wir getan haben, aber auch darüber, wie wir den Balkankrieg politisch beurteilen, und warum wir die Politik der Bundesregierung kritisieren, konnten wir uns leider fast nur über bezahlte Anzeigen oder über Flugschriften gegenüber der Öffentlichkeit äußern. Wir könnten viel mehr tun und damit auch viel mehr helfen und nicht zuletzt Menschenleben retten helfen, wenn die Medien über solche ‚privaten‘ Hilfsaktionen berichteten (aber das

stünde dann ja im Widerspruch zu der immer wiederholten dümmlichen Frage: Was tut die Friedensbewegung?)“¹²

Anmerkungen

- 1 Überarbeitetes Manuskript eines Vortrages, der im Oktober 1992 in 2 Treffen der Berliner BRSD-Gruppe diskutiert wurde. Da die Anmerkungen aufgrund der Fülle der nötigen Nachweise zu umfangreich ausfallen würden, wird darauf in der Regel verzichtet. Hingewiesen sei insbesondere auf wichtige Materialien des Berliner „Osteuropa-Archivs“.
- 2 Manes Sperber hat in seinem Buch „Wie eine Träne im Ozean“ diese Zeit plastisch geschildert.
- 3 „Abermals krähte der Hahn“, S. 565 - 569. Meine Ausgabe erschien 1972 in Reinbek bei Hamburg.
- 4 „Jasenovac - das jugoslawische Auschwitz und der Vatikan“, Freiburg, Ahriman-Verlag, 1988. Es ist ein Verdienst des ansonsten eher mit Vorsicht zu betrachtenden Ahriman-Verlages, dieses Buch in Deutschland publiziert zu haben.
- 5 In Lidice/Tschechoslowakei war 1942 die männliche Bevölkerung erschossen worden, die Kinder kamen nach Deutschland, die Frauen ins KZ und das Dorf wurde dem Erdboden gleich gemacht. In Oradour in Frankreich hatte 1944 eine SS-Einheit ein Massaker angerichtet.
- 6 Hinzuweisen ist hier auf den gerade erschienenen Band „Süd-Osteuropa“ der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“, die ehemals im Ost-Berliner „Deutscher Verlag der Wissenschaften“ erschien. Dieser von Martin Seckendorf herausgegebene Band bietet eine Menge von offiziellen Dokumenten zu dieser Zeit.
- 7 Aus dem Aufruf der KPD vom 11.6.1945.
- 8 So ein jugoslawischer Gewerkschafter Anfang der 70er Jahre im Gespräch mit dem Verfasser.
- 9 Aus der Fülle der zeitgenössischen Literatur seien nur zwei Titel genannt: David Jenkins „Job power“, Stuttgart 1973, S.98 - 139, und Miloško Drulovic „Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand- Erfahrungen in Jugoslawien“, (mit Vorwort von Herbert

Wehner), Bonn-Bad Godesberg 1976.

10 TAZ v. 22.8.1992.

11 Kostenlos gegen Rückporto zu beziehen bei „JUGOMEDIA“, c/o Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, W-1000 Berlin 33.

12 Das Komitee hat mit 100 000 Auflage ei-

ne sehr empfehlenswerte Flugschrift „Helft Kriegsflüchtlingen! Was tut die Friedensbewegung im Balkankrieg?“ herausgegeben. Sie ist beim „Komitee für Grundrechte und Demokratie“, Postf. 1250, 6124 Beersfelden zu beziehen.

Claudia Biehler

Überblick und Kurzanalyse der lettischen Volkswirtschaft

Vorwort

Die Vorarbeiten dieser verkürzten Arbeit entstanden während eines längeren Aufenthaltes in Lettland (Sept. 1990 - Okt. 1991) im Rahmen einer Diplomarbeit. Zum damaligen Zeitpunkt war die weitere Entwicklung Lettlands völlig offen, und die Weltöffentlichkeit beachtete die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bevölkerung völlig skeptisch und gestand ihnen keinerlei ökonomische Chancen zu. Meine Arbeit entstand genau mit dem Ziel, die Perspektiven eines unabhängigen Lettlands in wirtschaftlicher Hinsicht zu analysieren und die mit diesem Thema wenig vertrauten Leser darüber zu informieren, indem in einer Art Bestandsaufnahme die Verflochtenheit mit der Sowjetwirtschaft und den heutigen GUS-Staaten sowie die damit parallel verlaufende Wirtschaftskrise in Lettland ausführlich beschrieben wurde. Dadurch soll das Informationsdefizit, das in den westlichen Industrieländern vorherrscht, vermindert und für Verständ-

nis gewonnen werden, denn die deutsch-lettischen Wirtschaftsbeziehungen werden in der Zukunft an Bedeutung gewinnen und werden von der lettischen Seite ausdrücklich gewünscht.

Weiterhin kann das „Fallbeispiel“ Lettland auch bis zu einem gewissen Grad Verständnis über die Lage der anderen GUS-Staaten wecken, deren Probleme oft ähnlich gelagert sind.

In dieser Analyse der lettischen Volkswirtschaft wurde versucht, trotz des Fehlens lettischer Wirtschaftsanalysen so genau wie möglich das vorhandene Material auszuwerten. Dazu wurden hauptsächlich Statistiken und nicht veröffentlichte, interne Kurzanalysen des Lettischen Staatlichen Statistischen Komitees (Goskomstat) verwendet, die für Ministerien und Verwaltungen bestimmt waren. Das Goskomstat (in der Arbeit wird diese russische Abkürzung benutzt) ist diejenige Einrichtung, die über sämtliche Daten über Lettland verfügt und eine Art Daten- und Informationsmonopol besitzt. Im Prinzip beruhen alle Berechnungen, die

in der LR auch von anderen Institutionen z. T. vorhanden sind, auf den Daten vom Goskomstat.

Weitere Informationsquellen waren die Berechnungen lettischer Ökonomen und die wichtigsten Zeitungen Lettlands. Eine besondere Rolle spielte dabei die Tageszeitung „Diena“ (Der Tag), die sowohl in der lettischen als auch in der russischen Sprache erscheint, da sie durch einen Beschluß des Ministerrates der Lettischen Republik (LR) dazu verpflichtet wurde, alle Beschlüsse und neuen Gesetze zu veröffentlichen und über die aktuelle lettische Politik sehr präzise informiert und die Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft zu Wort kommen läßt. In der vorliegenden Arbeit wurde die russische Ausgabe verwendet.

1. Grundkennziffern der lettischen Volkswirtschaft und ihre Entwicklung

Die lettische Volkswirtschaft befindet sich wie die sowjetische in einer tiefen Krise, d. h. wichtige Kennziffern der Wirtschaft zeigen einen zunehmend negativen Trend auf (vgl. Tab. 1).

Das Bruttogesamtprodukt, die Gesamtheit aller materiellen Güter, die aus der Summe der Bruttoproduktion der Branchen der materiellen Produktion errechnet wird, wies bis 1989 einen stagnierenden Trend auf und fiel ab 1990 zurück. Parallel damit verlief das Nationaleinkommen, das den Wert der materiellen Produktion in den Industriezweigen ausdrückt.

Ab 1990 mußte mehr als die Hälfte der Unternehmen einen Rückgang des Produktionsumfanges hinnehmen. Ähnliche Probleme hatten die staatlichen Landwirtschaftsunternehmen, deren

Produktion von wichtigen Lebensmitteln einen Engpaß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln hervorrief. Gleichzeitig stieg der Einzelhandelsumsatz jährlich um das Doppelte an, dies ist größtenteils durch Preissteigerungen für Waren zu erklären. Hier kam auch die zunehmende offene und verdeckte Inflation zum Ausdruck.

Die lettische Volkswirtschaft war nicht in der Lage, das Wohnungsbauprogramm für die Bevölkerung, die bereits in einer sich verschärfenden Wohnungsnot bzw. Wohnverhältnissen wohnen mußte, zu halten. Die Bereitstellung von nutzbarer Wohnfläche verringerte sich 1990 gegenüber 1989 um 25 % und im 1. Hj. 1991 gegenüber der Vorjahresperiode nochmals um 34 %.

Die Zunahme der Arbeitsproduktivität wurde durch die Zunahme des Einkommenstempos jährlich überproportional überschritten und erreichte im 1. Hj. 1991 das 13fache der entsprechenden Arbeitsproduktivität.

Der Einzelhandelspreisindex nahm bis 1990 jährlich kontinuierlich zu und wurde ab dem 1.1.1991 durch die damalige Preisreform für Waren und Dienstleistungen unterbrochen und setzte bei einem Wert von 230 % neu an.

Der Beschluß des Ministerrates der LR Nr. 350 vom 9. Dez. 1991 „über die Liberalisierung der Lebensmittelpreise“ führte ebenfalls dazu, daß die Einzelhandelspreise im Febr. 1992 verglichen mit dem Vorjahresmonat um 594 % anstiegen.

Die Exporterlöse der LR nahmen mit jedem Jahr bedeutend ab, im 1. Hj. 1991 sogar um 42 % gegenüber dem 1. Hj. 1990. Der gleiche Trend war bei den Importen aus dem Ausland

	1988 geg. 1987	1989 geg. 1988	1990 geg. 1989	1. Hj. 1991 geg. 1. Hj. 1990
Bruttogesamtprodukt (in vergleichbaren Preisen)	+3,4 %	+3,2 %	-3,2 %	-6,6 %
Nationaleinkommen (in vergleichbaren Preisen)	+6,2 %	+4,1 %	-3,2 %	-6,1 %
Umfang der Industrieproduktion (in vergleichbaren Preisen)	+3,3 %	+2,4 %	-2,0 %	-4,8 %
Auftragseingang	n. v.	n. v.	196 Unternehmen (65 %) kürzten den Produktionsumfang	175 Unternehmen (53 %) kürzten den Produktionsumfang
<i>Erzeugung von landwirtschaftl. Produkten in Kolchosen und Sowchosen</i>				
Fleisch (Lebendgewicht)	+1,5 %	-4,3 %	-8,9 %	
Milch in 1000 t	-0,1 %	-1,0 %	-5,0 % (mit Fleisch und Eiern)	-15 %
Eier in Mio. St.	+0,9 %	-3,3 %		-13 %
Einzelhandelswarenumsatz im Staats- u. Kooperativhandel in Mio. Rubel	+8,4 %	+9,8 %	+18 %	+57 %
Fertigstellung von nutzbarer Wohnfläche in 1000 m ²	-6,0 %	-6,7 %	-25 %	-34 %
Arbeitsproduktivität	+4,3 %	+5,0 %	+4,0 %	+3,5 %
Einkommenswachstum	+9,2 %	+13 %	+16,9 %	+46 %
Einzelhandelspreisindex	+2,3 %	+2,6 %	+9,7 %	+230 %
	1988	1989	1990	1. Hj. 1991
Export in Mio. Rubel	380,9	334,2	192,285	40,5
Inlandspreisen				
Import in Mio. Rubel	958,4	1415,7	n. v.	n. v.
Inlandspreisen				

n. v. = vergleichbare Angaben nicht verfügbar

Ergänzung: Vergleich von Jan./Febr. 1992 mit den entsprechenden Vorjahresmonaten: Der Umfang der Industrieproduktion verringerte sich um -23,7 %. Insgesamt kürzten 365 Unternehmen den Produktionsumfang oder 62 % der Gesamtanzahl. Die Produktion von Fleisch verringerte sich in der o. g. Zeitspanne um -14 %, Milch um -7 % und die Eierproduktion um -8 %. Der Einzelhandelswarenumsatz stieg um das 3,6fache an und der Einzelhandelspreisindex um 594 %.

Tab. 1 Grundkennziffern der lettischen Volkswirtschaft und ihre Entwicklung: Jährliche Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr seit 1988 in Prozent (Quelle: Goskomstat LR)

festzustellen, wo allerdings nicht lückenlos vergleichbare Daten zu finden waren.

Bestimmte Kennwerte, die in westlichen Statistiken üblich sind, konnten aus Mangel an vergleichbaren Daten

nicht aufgeführt werden, so z.B. Geldmenge, Zinsen, Arbeitslosenquote, Leistungsbilanzsaldo usw. Für das Jahr 1992 waren nur wenige aktuelle Daten erhältlich; sofern sie zugänglich waren, wurden sie in der Tabelle 1 aufgeführt.

2. Bodenschätze und Deckung des Energiebedarfs der LR

Lettland ist kein rohstoffreiches Land und besitzt nur Torf, Ton, Dolomit, Kalkstein, Granit und Sand als verwertbare Bodenschätze.

Zudem verfügt die LR nicht über ausreichend Energiequellen um ihren Bedarf zu decken und muß rund 50 % der notwendigen Energie einführen. Die Hauptelektroenergielieferanten sind Estland, Litauen und Rußland, wobei durch den Transport rund ein Viertel im Netz verloren geht.¹ Den übrigen Energiebedarf deckt Lettland durch seine Wasser- und Wärmekraftwerke. Für das letztere sind Heizöllieferungen aus Rußland und Weißrußland erforderlich. Zudem wird Gas aus Westsibirien angeliefert. Die LR ist somit hochgradig vor allem auf Rußland zur Deckung ihres Energiebedarfs angewiesen und muß dafür enorme Ausgaben aufbringen, in Weltmarktpreisen berechnet entspricht dies 1,15 Mrd. Dollar, die die Hauptelektroenergielieferanten früher oder später verlangen müssen (1,15 Mrd. US-Dollar entsprechen je nach Wechselkurs ca. 138 Mrd. Rubel, der lett. Staatshaushalt aber, der für das Jahr 1991 geplant war, umfaßte auf der Einnahmeseite nur veranschlagte 2,9 Mrd. Rubel).²

Eine weitere Unsicherheit bei der Energieversorgung besteht darin, daß z. B. Rußland, aufgrund von eigenen technischen Schwierigkeiten Mühe hat, die Energieversorgung aufrechtzuerhal-

ten. Ein alternatives Konzept, um die- sen Risiken auszuweichen, existiert of- fensichtlich noch nicht.

3. Wissenschafts- und Ausbildungspotential

Die Effektivität der wissenschaftlichen Arbeit in der LR ist relativ gering, da von ihr keine Impulse zu einem techni- schen Fortschritt für die Industrie und Gesellschaft ausgehen. Bisher wurde Forschungsarbeit zu wenig und zu pau- schal finanziert und nicht zielgerichtet, zudem ist die Bezahlung und das Pre- stige eines Wissenschaftlers vergleichs- weise gering.

Das Ausbildungspotential liegt über dem UdSSR-Durchschnitt, reicht aller- dings nicht an westliche Industrielän- der heran, besonders auf dem Gebiet der Technik. Auffallend ist die über- durchschnittliche Ausbildung und Be- schäftigung von Frauen, die westliche Niveaus übersteigt.

4. Die Versorgung der LR mit Rohstoffen und Rohmaterialien

Die LR weist bei der Versorgung mit Rohstoffen und Rohmaterialien eine sehr ungünstige Struktur auf, dies gilt vor allem für die Schwerindustrie, aber auch für Teile der Leichtindustrie, denn in Lettland ist selber dafür keine Res- sourcenbasis vorhanden und deshalb wird diese aus der UdSSR eingeführt und ihre Endprodukte nach der Verar- beitung wieder aus Lettland ausge- führt.

Von der gesamten Importlieferung der LR im Jahre 1989 von 1 415,7 Mio. Rubel wurden 38,7 % der Gesamtsum- me für die Einfuhr von Produkten mit Produktionsbedeutung und technischer

Bestimmung (547,2 Mio. Rubel) ausge- geben. Gleichzeitig wurden 39,6 % der genannten Produkte mit einem Wert von 132,2 Mio. Rubel aus der LR ausge- führt.³

Die größten Posten in diesem Liefer- transfer nahmen die Maschinen und Ausrüstungen und die Rohstoffe und Halbfabrikaterzeugnisse ein, d. h. in der LR befinden sich Industriezweige, für deren Produktion ein enormer Ma- terial- und Kostenaufwand geleistet werden mußte und deren Erzeugnisse verglichen mit dem Warenwert beim Export einen bescheidenen Erlös ein- brachten, z. B. wurden in Lettland für 45,3 Mio. Rubel chemische Produkte, Mineraldünger und Kautschuk einge- führt, aber nur für 1,4 Mio. Rubel aus- geführt.⁴

Für die Leichtindustrie ergab sich für wichtige Industriezweige das glei- che Bild: Für die Produktion von Natur- fasern mußten 40 % der Rohmaterialien importiert werden (aus dem Ausland), ca. 55 % stammten aus den Unionsre- publikten und der Rest aus heimischen Quellen, bei der Chemiefaserproduktion ca. 97 % der Rohmaterialien von der Union und das übrige wurde aus dem Ausland importiert. Bei der Herstellung von angewandten Materialien (ca. 93 % aus Unionsquellen, der übrige Teil aus dem Ausland) und Chemikalien, Fär- ber, Ersatz- und Einzelteile (ca. 70 % bzw. 30 %).⁵

Hinzu kommt noch, daß die Liefer- verpflichtungen durch die Wirtschaftskrise in der UdSSR, aber auch in Lett- land, im großen Umfang nicht mehr eingehalten werden.

5. Überblick über die Industrie und allgemeine Informationen

Das größte Gewicht am Gesamtproduk- tionsumfang (in Großhandelspreisen der Unternehmen gemessen) nimmt in der lettischen Industrie der Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung (1989: 27,6 %) und die Nahrungsmittel- und Leichtindustrie ein (25,7 bzw. 19,0 %).⁶ Fast in allen Industrieberei- chen ist mit jedem Jahr ein stärkerer Produktionsrückgang zu verzeichnen, im wesentlichen durch die unzureichen- den Rohstoff- und Materiallieferungen.

6. Landwirtschaft

In der lettischen Landwirtschaft sind die wichtigsten Produzenten die Kolcho- sen und Sowchsen, jedoch ist dieser Bereich am Abnehmen, während der private Sektor im Steigen begriffen ist.

Die Hauptanbauerzeugnisse in der Landwirtschaft sind Getreide- und Fut- terkulturen, Kartoffeln, Gemüse, Zuckerrüben und Früchte. Manche Kol- lektivbetriebe haben sich auf die Schweine-, Vieh- und Geflügelmast spe- zialisiert. Die Landwirtschaftstätigkeit im staatlichen Sektor ist im höchsten Maße unrentabel und wird aus dem Staatshaushalt subventioniert. Ein Grund dafür liegt in den staatlich fest- gesetzten Aufkaufpreisen für landwirt- schaftliche Erzeugnisse durch den Staat, die teilweise unter den Produk- tionskosten liegen. Auch in diesem Sek- tor ist ein rapider Produktionsrückgang zu verzeichnen, da durch die Unrenta- bilität weniger angebaut oder die Tiermast durch Futterkonzentrat- und Futtermangel nicht mehr aufrechter- halten werden konnte. Dies führte zu zunehmenden Engpässen bei der

Lebensmittelversorgung. Aber auch durch die Privatisierungswelle in der Landwirtschaft und die Rückgabe von Grundstücken an ihre früheren Eigentümer und dem damit verbundenen Abnehmen der Tätigkeit der Kolchosen und Sowchosen ist ein weiterer Produktionsrückgang zu verzeichnen, insbesondere, da die privaten Landwirtschaftsbetriebe aufgrund mangelnder Technik und Finanzressourcen diese Lücke nicht schließen können.

Im Jahre 1989 gab es in der Landwirtschaft der LR pro 1000 ha Acker (ohne Gärten) 24 Traktoren und pro 1000 ha Getreidekultur der Saatfläche (außer Mais) 11,4 Mähdrescher, in der BRD aber (1987) jeweils 201 Traktoren und 32 Mähdrescher pro 1000 ha Erntefläche.⁷

7. Handel

Der lettische Handel besteht aus dem staatlichen und dem privaten Sektor. Im staatlichen Sektor nahm das Warenangebot rapide ab und die Produktpreise erhöhten sich. Ein beträchtlicher Teil der Ware verschwand in dunklen Kanälen und gelangte nicht in das Geschäft.

Im Privathandel bieten die sog. „Kommerz- und Kommissionsgeschäfte“ aus dem Westen importierte Konsumwaren oder selber produzierte zu hohen Preisen an. Der gesamte Warenumfang des Jahres 1989 im Einzelhandel (in % und tatsächlichen Preisen der entsprechenden Handelsform) wurde zum größten Teil (64,3 %) durch den staatlichen Handel verkauft. Der Anteil des kooperativen Handels betrug 34,2 % und des Kolchosmarktes 1,5 %. Beim Verkauf von Lebensmitteln betrug der staatliche Anteil 1989 57 %, der kooperative

40,5 % und der Anteil des Kolchosmarktes 2,5 %.⁸

8. Transport- u. Kommunikationssystem der LR

In der LR gab es 1989 pro 1000 qkm insgesamt 319 km Autostraßen, in der BRD waren es schon 1985 1908 km und in der gesamten UdSSR (1989) 44 km.⁹ Im selben Jahr waren in der Republik pro 100 qkm des Gebietes 3,7 km Schienennetz in Benutzung, davon 11,3 % von der Gesamtlänge elektrifiziert; in der UdSSR waren es 1988 0,7 km bzw. 36,1 % und in der BRD 1987 12,3 km Schienennetz pro 100 qkm des Gebietes, wobei 38,9 % davon elektrifiziert waren.¹⁰

Am Gesamtumfang der Personenbeförderung waren 1989 in der LR die Eisenbahn mit 37,3 %, das Auto mit 40,2 % und das Flugzeug mit 22,5 % beteiligt, in der BRD waren es 1988 entsprechend 6,8 %, 88,2 % und 5,0 %.¹¹

In Lettland gab es 1989 pro 1000 Einwohner 94 Eigentümer eines Pkws und in der BRD 1987 471 Autos.¹²

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung durch Busse und Taxis (staatliche) waren rückläufig und erreichten 1988 nur noch 1,1 Mio. Rubel weniger als im Vorjahr. Dies war hauptsächlich eine Folge des permanenten Fahrermangels, da alleine 1988 täglich 750 intakte Lastwagen, 115 Busse und 67 Taxis stillstanden. Gleichzeitig stieg der Dienstleistungsumfang der privaten Kooperativunternehmen an.¹³

Im Jahre 1989 gab es in der LR 0,7 Mio. Stück Telefone im Gesamtbenutzungsnetz und pro 100 Einwohner 26,4 Apparate, in der BRD waren es 1986 entsprechend 39,1 Mio. bzw. 66,1 Stück.¹⁴

Die Beschleunigung der Telefoninstallationen wird durch den Mangel an Ausrüstung und Kabeln gebremst.

9. Unternehmens- u. Monopolstruktur in der lettischen Industrie

Bisher sind in Lettland folgende Unternehmenskategorien von Bedeutung: Republikanische, ehemals unionsunterstellte und kooperative Unternehmen, sowie Joint Ventures. Die Gewinne der Unternehmen konnten durch Preiserhöhungen erheblich gesteigert werden, während gleichzeitig der Produktionsumfang, die Arbeitsproduktivität und Warenqualität zurückgingen. Dies ist deshalb möglich, weil die Unternehmen in der LR in einzelnen Produktionsbereichen Monopole bilden und ihre Produkte in jedem Falle absetzen können.

Eine Analyse der Anzahl und der Erzeugnisstruktur der lettischen Industrieunternehmen in der jeweiligen Branche und ihren Untergruppen, die eigenständige, von einander isolierte Erzeugnisse oder Produktsortimente herstellten, ergab folgendes Bild:

In der Schwerindustrie existierten 1990, nach einer Tabelle des Goskomstats der LR, 44 Monopolunternehmen (1985: 40), in 26 Produktbereichen produzierten die Unternehmen zu zweit bis zu fünf (1985: 28), in 6 zu sechst bis zu zehnt (1985: 6), sowie in 14 Erzeugnisgruppen, wo zusammen mehr als zehn Unternehmen ein Erzeugnis bzw. -sortiment herstellten (1985: 17). Der Metallurgiebereich bestand nur aus Monopolen, ebenso die petrochemische und Gummi-Asbestindustrie, während die chemische und elektrotechnische Industrie und der Maschinenbau sich

überwiegend aus Monopolunternehmen zusammensetzte.

In der Leichtindustrie gab es 1990 14 Monopolunternehmen (1985: 17) und 16 Bereiche mit einer Oligopolstruktur (1985: 16), in 6 Produktgruppen produzierten Unternehmen zu sechst bis zu zehnt (1985: 1) und in 7 Unternehmen ab zu elft (1985: 10).

Die lettischen Unternehmen bildeten teilweise nicht nur in der LR Monopole beim Produzieren und Verkauf der Produkte, sondern in einigen Fällen sogar auf dem UdSSR-Markt, dies galt besonders für Erzeugnisse des Maschinenbaus.¹⁵

Beispiele:

Anteil der LR an der Produktion einzelner Maschinenbauerzeugnisse am UdSSR-Markt im Jahre 1988:

Erzeugnis	in Prozent
Waggons für Diesel- u. Elektrozüge für den Passagierverkehr	100
Telefonapparate	56
Melkanlagen	48
Mopeds	58

10. Technologisches Potential der LR

Aufgrund von mangelnden Investitionen im Laufe der Jahre produzieren nun die Unternehmen und Betriebe mit veralteter Technik, die einen enormen Material- und Energieaufwand benötigen und rapide verschleifen. Im Jahre 1990 betrug der Restwert des gesamten Produktionsbestandes der LR am ursprünglichen Wert nur noch 63 %, beim Produktionsbestand 58 %, in der Industrie 48 %, in der Landwirtschaft 79 %, in der

bei der Transport- und Straßenwirtschaft 52 % und bei den nichtproduzierenden Branchen 72 % des Ursprungswertes.¹⁶ Aus diesem Grunde wurde für das Jahr 1991 eine Verringerung des Gesamtproduktionsumfanges um 1,06 Mrd. Rubel und des Nationaleinkommens um 0,74 Mrd. Rubel gerechnet (bei einem Vergleich der Preise mit dem Jahre 1983).¹⁷

Dazu kam eine zunehmende Überalterung der Industrieausrüstung mit 10 Jahren und älter (1988: 36 %). Ungeachtet dieser Situation vollzog sich die Erneuerung des aktiven Teiles des Bestandes äußerst langsam. Nach den Vorgaben sollten jährlich 3 - 6 % der veralteten Ausrüstung abgeschrieben werden, im Maschinenbaubereich 6 - 8 %, in der Realität waren es allerdings weniger: 1988 2,7 % und im Maschinenbau nur 2,5 %.¹⁸ In der Landwirtschaft sollten die Traktoren nach 8 Jahren abgeschrieben werden, sie wurden jedoch aus Knappheit 15 Jahre verwendet.¹⁹ Zum großen Teil waren die notwendigen Maschinen und Anlagen sogar vorhanden, wurden aber nicht in einem genügendem Umfang montiert, da oft die Einbauprogramme nicht mit der notwendigen materialtechnischen Basis abgestimmt wurden.

Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1988, die auf Baustellen durchgeführt wurde, die mit dem Bau bereits vor 1986 begonnen hatten, waren damals fast 90 % der Produktionsbaustellen nicht mit der geplanten Menge Baumaterialien versorgt. Auf der anderen Seite führte die nicht rechtzeitige Inbetriebnahme der Kapazitäten und Objekte zu einem bedeutenden Anstieg der nichtmontierten Anlagen in den Lagern, 1988 alleine im Wert von 59,8 Mio. Rubel, dies waren 83 % der zu

montierenden Anlagen. Fast die Hälfte der Lagervorräte bestand aus nichtaufgestellten, importierten Anlagen, deren Wert im Laufe von Jahren auf 17,6 Mio. Rubel oder um das 2,6fache anstieg.²⁰

11. Ökologie

Die ökologische Situation der LR muß als kritisch betrachtet werden. Der forcierte Ausbau der chemischen, petrochemischen, Holzverarbeitenden Industrie sowie den Zellulose- u. Papierindustriestrukturen ohne entsprechende Umweltschutzmaßnahmen führte dazu, daß bestimmte Industriestandorte wie Riga, Ventspils, Olaine und Jurmala, die Umwelt hochgradig verschmutzten, angefangen von der Luft bis zum Wasser. Die Flüsse Daugava und Lielupe sind besonders stark geschädigt, ebenso die Meeresbuchten. Die Ursachen dafür waren die direkte Einleitung der Industrie-, Landwirtschafts- und Haushaltsabwässer in die Flüsse, ohne daß Kläranlagen und ein entsprechendes Kanalisationssystem auch nur minimale Abwassermengen gereinigt hätten. Der Bau von Kläranlagen und Abgasfiltern bzw. Auffanganlagen wurde vernachlässigt und geriet beim Bau durch Materialmangel in Verzug. Die Industrie reinigt nicht nur das Abwasser nicht, sondern verwendet auch zu große Mengen an Trinkwasser für industrielle Zwecke.

Die veraltete Technik der Fahrzeuge aller Art ließ den Straßenverkehr zum Hauptluftverschmutzer werden (alleine in Riga mit ca. 70% des Schadstoffausstoßes). Die Situation wird sich auch in der Zukunft nicht wesentlich ändern.

12. Verbrauchermarkt und Soziales

Der Warenmangel führte in der LR wie in der UdSSR auch zu einer sich steigernden Inflation. Der Preisanstieg betrug im 1. Hj. 1991 gegenüber der Vorjahreshälfte im Einzelhandel 230 % und im 1. Vj. 1992 gegenüber der Vorjahresperiode 594 %. Im 1. Hj. 1991 verringerte sich das Produktionsvolumen bei 90 von 114 wichtigen Produkten, davon betrafen 52 Arten die Konsumgüter. Insgesamt wurden im 1. Hj. 1991 9,2 % weniger Konsumgüter produziert, verglichen mit der entsprechenden Vorjahresperiode. Beispiele:

Vollmilchprodukte -18,1 %, Zucker -66,2 %, Wollstoffe -21,8 %, Strümpfe -21,3 %, Lederschuhe -13,0 %, Radios -16,8 %, Waschmaschinen -22,5 %, elektrische Birnen -70,8 %, usw.²¹

Das Einkommen der Bevölkerung sowie die notwendigen Ausgaben für den Lebensunterhalt nahmen permanent zu, während sich das Warenangebot und ihre Qualität von Jahr zu Jahr verschlechterte und den Stand einer Versorgungskrise erreichte. Die Lebensmittelpreislberalisierung vom 10. Dez. 1991 führte zwar zu einer Vervielfachung des Warenangebotes in den Geschäften, allerdings auch zu astronomischen Preisen, die die Kaufkraft der Bevölkerung schwinden ließ, d. h., von dem Mehrangebot profitiert nur eine Minderheit.

Somit sind die Hauptprobleme im sozialen Bereich die zunehmende Verarmung breiterer Bevölkerungsschichten und zusätzlich die extreme Wohnungsnot, die Familien 15 - 20 Jahre auf eine Wohnung warten läßt. Ein großer Teil der Bevölkerung lebte in Wohnungen, in denen kein warmes Wasser, Bad oder Innentoilette vorhanden war oder in

Wohnungen, die sich in einem baufälligen oder einsturzgefährdeten Gebäude (im 1. Hj. 1991 wurden 6,8 % des gesamten Wohnbestandes der Republik dazugerechnet) befanden.²²

13. Reformmaßnahmen und Wirtschaftsplanung der lettischen Regierung

Die lettische Regierung strebt den Umbau der Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft an und erließ deshalb eine Vielzahl von Gesetzen, die die Eigentumsfragen und die unternehmerische Tätigkeit regeln, ebenso die Privatisierung der Landwirtschaft, neue Steuerarten und -erhebung und neue Ein- und Ausfuhrbestimmungen. Als perspektivreichste Branchen gelten die Zellulose-Papierindustrie, die Holzverarbeitende, pharmazeutische und biotechnologische Industrie, die Bereiche Flachs- und Wollproduktion, Montageoperationen, Touristik, Elektronik und Medizintechnik. Eine besondere Bedeutung kommt dem Ausbau Lettlands zu einem Transitland für Waren und Dienstleistungen zu, das die Haupteinkaufsquelle für Devisen werden soll. Das Erstarken der privaten Landwirtschaft ist ebenfalls ein besonderes Anliegen der lettischen Regierung. Künftig werden Wirtschaftsbeziehungen nur noch mit den einzelnen Republikregierungen abgeschlossen, die Aufnahme in internationale Wirtschaftsorganisationen wird angestrebt und die engere Zusammenarbeit mit westlichen Industrieländern, um den Zugang zum Weltmarkt effektiv vorbereiten zu können.^{23,24}

Ein weiterer Schritt zu einer freien Marktwirtschaft hin wird in der Preisfreigabe und der Einführung der

eigenen Währung im Jahre 1992 gesehen.

14. Resümee

Die eingeleiteten Reformmaßnahmen laufen erst an und deshalb kann über ihren Erfolg oder Mißerfolg noch wenig gesagt werden. Allerdings zeichnet sich aber ab, daß oft neubeschlossene Gesetze sich in der Realität nicht so praktikabel erweisen, ungenau formuliert sind und durch die Verwaltungsbürokratie nicht rechtzeitig umgesetzt werden können.

Insgesamt entscheidet sich die erfolgreiche Entwicklung der LR zu einer stabilen Marktwirtschaft nach westlichem Muster, wie es angestrebt wird, nicht nur durch rein ökonomische Faktoren, sondern auch im starken Maße durch politische und psychologische: Ausschlaggebend wird die Akzeptanz der Bevölkerung sein, vorübergehende Belastungen und eine Verschlechterung des Lebensstandards zu tragen, sich auf neue „Spielregeln“ einzustellen mit neuen Anforderungen an Selbstständigkeit, Verantwortungsbewußtsein, Qualifikation, Disziplin und rechtsstaatlichem und demokratischem Denken. Das Verständnis für ökonomische Prozesse und persönliches Verantwortungsbewußtsein sind weder in der Bevölkerung noch bei den Neuunternehmern ausreichend vorhanden.

Die lettische Regierung müßte die Öffentlichkeitsarbeit verstärken und die Bevölkerung umfassend über ihre Schritte und Maßnahmen realistisch informieren und keine nichteinhaltenbaren Versprechungen machen, damit sich die Bevölkerung nicht betrogen fühlt und auch bei notwendigen, unpopulären Entscheidungen ein gewisses

Verständnis aufbringt oder Entscheidungen nachvollziehen kann. Dies ist besonders wichtig, da die LR ein Staat mit vielen Nationalitäten ist und sich daran viel Konfliktstoff entzünden könnte. Deshalb ist es wichtig, daß keine Gruppe benachteiligt wird und daß die ökonomischen Belastungen gleichmäßig verteilt bzw. behoben werden, insbesondere beim Aufkommen der Arbeitslosigkeit und in der Bildungspolitik, die allen Gruppen gleiche Chancen einräumen soll. Die langfristig relativ guten ökonomischen Aussichten der LR werden sich durch die Bewältigung politischer und sozialer Probleme entscheiden.

Anmerkungen

- 1 Goskomstat LR: Jahrbuch der lettischen Volkswirtschaft für das Jahr 1989, Riga 1990, S. 155
- 2 Council of Ministers Republic of Latvia: An economic profile for the foreign investor, Department of Foreign Economic Relations, Riga, September 1991, S.9
- 3 Goskomstat LR: Informacija valdibas ekonomikas programmas izstradasanai, Riga 1990, S. 6
- 4 ebda., S. 6
- 5 Ministerrat der LR: Entwicklungspolitik der Volkswirtschaft der Lettischen Republik und Prognosen für das Jahr 1991, Riga 1991, Beilage: Tabelle 13,14
- 6 Goskomstat der LR, 1990
- 7 Goskomstat der LR: Latvijas un pasaules valstis, S. 133
- 8 Jahrbuch 1989, S.75 f.
- 9 Goskomstat LR: Latvija un pasaules valstis, S.162
- 10 ebda., S. 152
- 11 ebda., S. 166, 165
- 12 ebda.
- 13 Goskomstat LR: Über die ökonomische Lage der Lettischen SSR am Anfang des Jahres 1989, S. 55, 56
- 14 Goskomstat LR: Latvija un pasaules valstis, S.163
- 15 Goskomstat LR: Latvija sodien social-

- ekonomisku aprakstu krajums, Riga 1990, S. 81
- 16 Ministerrat der LR: Entwicklungspolitik und Prognosen für 1991, Beilage 4 (Tab.)
 - 17 Atmoda, 28. Febr. 1991, S. 3: Veröffentlichung des Programmes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Regierung der LR, Autor des Artikels: Ints Krievkalns
 - 18 Goskomstat der LR: Über die ökonomische Lage anfangs 1989, S. 37 - 40
 - 19 Diena, 3. April, 1991, S. 4: Interview mit O. Tautietis, Direktor der Abteilung für Landwirtschaftsmaschinenbau des Landwirtschaftsministeriums der LR
 - 20 Goskomstat LR: Über die ökonomische Lage anfang 1989, S. 51
 - 21 Goskomstat LR: Meldung über 1. Hj. 1991, S. 4
 - 22 Diena, 8. August 1991, S. 4: Bericht des Ministerrates der LR
 - 23 Ministerrat der LR: Entwicklungspolitik der Volkswirtschaft, S. 1 - 20;
 - 24 Council of Ministers Republic of Latvia: Department of Foreign Economic Relations: Latvia - An economic profile for the foreign investor, Riga, September 1991, S. 18

Claudia Biehler

Aus dem Alltag in Lettland und Rußland

Sturm

Jelgava (größere Stadt Lettlands, ca. 40 km von Riga, der Hauptstadt, entfernt) im November 1990:

Es ist ein ungemütlicher Novembertag, grau in grau, naßkalt und es schneit. Die Versorgungslage und die Stimmung der Menschen entspricht dem Wetter. Meine Bekannte (eine Reporterin bei der lokalen Zeitung) und ich sind im Stadtzentrum unterwegs. Plötzlich nehmen wir eine Schlange vor dem Keramikgeschäft wahr. Schlangen bedeuten, daß es etwas gibt! Unsere obligatorische Frage an die Wartenden ist natürlich, was es denn da gäbe. „Gläser“, war die Antwort. Ein Blick in das Schaufenster bestätigte dies: Tatsächlich, in Jelgava waren Gläser angekommen! Es gab, jeweils in einer 6er-Packung, zwei Modelle zur Auswahl: Die einfacheren für 8 Rubel und die besseren für 13 Rubel. Jede Person mit einer Kaufberechtigung durfte maximal

vier Packungen mitnehmen. Wir entschlossen uns auch für das Anstellen. Gläser kann man ja immer gebrauchen, vor allem wird sie es monatelang nicht mehr geben. Es schneite heftig. Je nach Lage in der Schlange, wurden wir einmal von vorne, dann von hinten und schließlich von der Seite beschneit. Inzwischen wuchs die Schlange auf ca. 70 Personen an. Nach eineinhalb Stunden wuchs die Spannung, denn das Geschäft hatte von 13.00 bis 14.00 Uhr seine Mittagspause und es war nicht klar, ob wir es noch vorher schaffen würden, aber die vollbepackten Leute, die aus dem Geschäft kamen, ermutigten uns alle. „Reichen die Gläser noch?“, „Wieviele Verkäuferinnen stehen da drinnen?“, „Warum brauchen die solange?“ waren die erbosten Fragen. Inzwischen war es kurz vor 13.00 Uhr. Vor uns waren noch zwei Frauen. Es wurden nur ca. fünf Personen gleichzeitig eingelassen und dies auch nur, wenn fünf andere das Geschäft verließen. Die

Wartenden hofften natürlich, daß die Verkäuferinnen bis zum Verkauf aller Gläser weiterarbeiten würden, denn es standen zuviele Leute draußen, die man nicht weiter warten lassen könne. Die Tür ging auf und eine Verkäuferinnenstimme ordnete barsch an: „Die letzten fünf vor der Pause!“. Wir waren gerade im Geschäftsraum, als wir ein wildes Handgemenge zwischen zwei Verkäuferinnen und wartenden Frauen vor der Tür sahen: Die Menge wollte in das Geschäft stürmen und die Verkäuferinnen prügelten die Menge zurück, um im letzten Moment die Türe zu schließen. „Zu viert steht Ihr da drin und tut nichts“, schrie es von draußen herein. „Wir wollen auch unsere Pause“, zeternten die Verkäuferinnen zurück. Als wir unsere Gläser eingepackt hatten, ebenso die anderen Frauen, öffneten die Verkäuferinnen nochmals die Tür und schoben uns raus, ohne dabei den anderen eine Chance zu geben. Auf der Straße sahen wir, daß nur noch wenige Leute entschlossen waren, den Platz in der Schlange zu halten und die 3. Stunde zu warten.

Jelgava, ebenfalls im November 1990:

Es war erneut ein naßkalter Novembertag und bereits dunkel. An der Bushaltestelle im Zentrum, gegenüber dem ehemaligen Leninplatz (Lenin wurde bereits demontiert), standen bereits fast eine Stunde lang Menschen, die nach Arbeitsschluß endlich nach Hause in die Gemütlichkeit strebten. Es kam einfach kein Bus, der stadtauswärts fuhr. Die Busse fuhren sonst im Intervall von zehn Minuten. War wieder der Treibstoff ausgegangen oder fehlten Ersatzteile oder hatten die Fahrer einfach keine Lust? Die Leute wollten nur eins: Nach Hause. Endlich ein Bus in Sicht.

Ein kleiner, ausgedienter Werksbus hielt an und entließ Arbeiter. „Wohin fährst Du?“, wurde der Chauffeur gefragt. „Stadtauswärts“, war die desinteressierte Antwort während dem Anfahren. Das war das Signal zum Sturm! Ein ganzer Menschenpulk rannte zum Bus und kletterte, während dieser mit noch geöffneten Türen langsam davonrollen wollte, in den Bus hoch. Auf die „Zurück“-Schreie des Chauffeurs hörte niemand mehr, auch sein vergebliches Türemschließen und Beschleunigungs- und Bremsversuche konnten die nicht-aufhörenwollende Menschenmasse nicht mehr stoppen. Schließlich gab der Chauffeur resigniert auf. Er wartete bis auch das alte Mütterchen mit ihren Gummistiefeln doch noch hochgeklettert war und Halt fand. Schließlich schloß er nach mehrfachen Versuchen die Türen und fuhr los stadtauswärts in die Dunkelheit. Eine wartende Menschenmenge blieb zurück.

Tragödie

St. Petersburg Ende Dezember 1991:

Die Versorgungslage mit Lebensmitteln war katastrophal, das meiste war rationiert und doch kaum zu haben, besonders jetzt, vor der Preisliberalisierung zum 1. Januar 1992. Es war wieder an der Zeit für mich und für viele auch, etwas Eßbares zum Wochenende zu besorgen. Nicht weit von meiner Wohnung gab es ein Geschäft für Milchprodukte, das „gut“ sei, d. h. es waren immerhin ständig Milch, saure Sahne und Butter im Verkauf. Allerdings mußte man dafür Wartezeiten von bis zu mehreren Stunden in Kauf nehmen. Als ich mich kurz vor Ablauf der Mittagspause um 14.00 Uhr in die

Schlange einreichte, standen bereits über hundert Personen an. Ein langer Nachmittag stand bevor, das war allen klar. Der Tag war klar, aber kalt. Vor mir unterhielten sich zwei Frauen über Pflanzen und Haustiere. So eine Schlange hat ein wahres Eigenleben. Man kommt miteinander ins Gespräch, berichtet, tauscht Informationen aus, politisiert, polemisiert oder, was auch vorkommt, manche Hitzköpfe prügeln sich vereinzelt. Wichtig ist prinzipiell, daß man sich die Personen merkt, die vor und hinter einem stehen, damit man seinen Platz in der Schlange wieder findet. Beim zeitweiligen Verlassen der Schlange sollte man sich unbedingt abmelden, um von den anderen wiedererkannt zu werden, ansonsten wird man nicht mehr reingelassen. Eine andere Frau im roten Mantel, die direkt vor mir stand, meldete sich bei mir ab, denn sie wollte noch schnell in das Gemüsegeschäft neben uns gehen und sich Weißkohl holen, der sei sehr schön. Auch Karotten gebe es. Viele Menschen verlassen die Schlange und melden sich in einer anderen an, um die Zeit so rationell wie möglich auszunutzen. Die Frau mit dem roten Mantel kam nach 20 Minuten zurück und zeigte uns ihre Einkäufe. Sie versuchte mit mir ins Gespräch zu kommen, fragte nach meiner Herkunft, nachdem sie meinen Akzent wahrgenommen hatte. Ich gab mich als eine lettische Studentin aus. „Wie läuft's bei Euch in Lettland? Besser?“, wollte sie wissen. Inzwischen war es schon kurz nach 15.00 Uhr. In mir kroch die Kälte hoch. Die Schlange bewegte sich langsam vorwärts, aber bis zum warmen Geschäft waren es noch Stunden. „Sie sind ja schon ganz erfroren“, sprach mich die Dame im roten Mantel erneut an, „gehen Sie sich doch

aufwärmen ins Gemüsegeschäft!“ Dies tat ich auf ihren Ratschlag hin auch mehrmals. Eine andere junge Frau, die Studentin war, wie sich es herausstellte, mußte die Schlange vorzeitig verlassen, da sie an diesem Nachmittag an der Universität noch eine Prüfung vor sich hatte. Inzwischen standen wir schon dreieinhalb Stunden, es wurde bereits dunkel. Schließlich kam dann der große Moment: Wir durften das Geschäft betreten. Dort war auch eine riesige Schlange. Die Milch war inzwischen schon ausgegangen. Es gab nur noch Butter, Margarine und zwei Sorten saure Sahne, die aus Kannen ausgeschöpft wurden. Es war ein Muß, ein verschraubbares Glas dabei zu haben, denn im Geschäft wurden keine ausgegeben und Plastiktütchen wurden nicht akzeptiert. Der Mann, der sich nun mit der Dame im roten Mantel unterhielt, hatte ebenfalls ein Glas dabei, das er vor den anderen zeigte. Plötzlich ein Klirren, das Glas des Mannes lag zerbrochen am Boden. Ein anderes hatte er nicht mehr. Die anderen brauchten ihre selber. Vier Stunden Warten umsonst! „Gehen Sie schnell in ein Geschäft und holen Sie wenigstens eine Plastiktüte! Wir sagen im Geschäft Bescheid, daß Sie noch nachkommen“, bemühte sich die Frau im roten Mantel. Der Mann ging wortlos raus. Die Ordner wurden informiert. Nach wenigen Minuten wurden wir in den Verkaufsraum gelassen und standen bald in der Schlange zur Kasse. Der Mann ist nicht mehr zurückgekommen und wenn er dies etwas später täte, so wird sich niemand mehr an ihn erinnern.

Der Deal

Moskau im März 1992:

In dem kleinen Obst- und Gemüsegeschäft neben unseren Wohnblocks gab es Orangen im Verkauf. Das Kilo kostete nur 30 Rubel, also ein Mehrfaches weniger als auf den Märkten, wo sie es immer gab, allerdings für die meisten Leute nicht bezahlbar. Die Orangen wurden aus Ägypten importiert und waren in der Bevölkerung sehr beliebt, da sie „richtig süß“ seien und „nicht so sauer“ wie die kubanischen. Das Geschäft umfaßte drei Verkaufstheken, eine davon war wie immer geschlossen. Orangen gab es nur an unserer. Inzwischen hatten sich etwa sieben Frauen angesammelt, die die Orangen einstimmig als „gut“ befanden. Unsere Verkäuferin war sehr jung, trug einen weißen, schmutzigen Kittel, hatte kurzgeschnittenes, blondiertes Haar und grellviolett geschminkte Lippen und in der gleichen Farbe lackierte Nägel. Es war offensichtlich, daß sie sich etwas interessanteres vorstellen konnte, als uns Obst zu verkaufen. Nachdem die erste Frau

bedient wurde, betraten zwei „Südländer“, vermutlich aus Georgien, das Geschäft. Die jungen Männer waren mit einer dunklen Karottenhose und einem Lederblouson bekleidet. Sie tuschelten kurz mit der Verkäuferin, die dann mit einem von ihnen im Lager verschwand und in Abständen von zehn Minuten kurz zu erblicken war. Eine geschlagene halbe Stunde standen wir da und beobachteten das Treiben. Schließlich winkte die Verkäuferin dem zweiten Mann zu, der dann ebenfalls im Lager verschwand. Eine der wartenden Frauen machte ihrem Unmut Luft und wetterte: „Überall diese Schwarzen, wo man hinblickt.“ Wir konnten nun beobachten, wie die zwei Männer sechs Kisten mit Orangen aus dem Lager schleppten, quer durch das Geschäft. Schließlich kehrte die Verkäuferin wieder zu uns zurück und bediente uns lustlos. An der nächsten Straßenecke wird man sicher die zwei aus dem Süden wieder antreffen, wie sie zu einem doppelten Preis die Orangen verkaufen werden und ihr „Business“ machen.



NICARAGUA '93

Postkartenkalender für 1993 mit 13 Motiven aus Lateinamerika zur Unterstützung der Ausbildung von GrundschullehrerInnen und der Volksbildung in Nicaragua.

Herausgegeben vom Verein zur Erforschung und Förderung lateinamerikanischer Theologie, dem Nicaragua-Arbeitskreis christlicher SozialistInnen u.a.

Preis:
1 Exemplar DM 12,50
ab 5 Exemplaren DM 12,00 je Stück
ab 10 Exemplaren DM 11,50 je Stück
(zuzüglich der Versandkosten)
In den neuen Bundesländern jeweils DM 1,00 weniger;
bei größeren Mengen Rabatte auf Anfrage

Zu beziehen bei:

**Helga Vandirk
Borngasse 7**

D-W 6253 Hadamar

Tel.: 0 64 33 - 62 95

Oliver Vogelsmeier

Denk ich an Deutschland ... Hoyerswerda, Rostock, Sachsenhausen - Weimar?

Eine aufgewühlte Stimmung

Die alte braune Brandfackel, die im Januar 1933 durch das Brandenburger Tor getragen wurde, bevor sie Häuser, Synagogen und Menschen in Brand setzte, brennt seit Hoyerswerda wieder und zieht in Deutschland, in dem das Brandenburger Tor nach einer langen Zeit wieder geöffnet ist, eine beständig länger und breiter werdende Spur verbrannter Erde nach sich. Skinheads, die neuen Nazis, legen Feuer bei unseren Mitmenschen und begehen wieder politische Morde. Politiker weichen zurück und legen Feuer an wichtigste Verfassungsgrundsätze des demokratischen Deutschlands, das Asylrecht und den Rechtsschutzparagraphen. Sind wir Deutschen unserer Freiheit unwürdig und unfähig? Stehen wir vor einem neuen Weimar?

Angst. Dieses Wort hat wohl schon lange nicht mehr die Stimmungslage in unserem Land durch alle Generationen, sozialen Schichten und politischen Ansichten hindurch so treffend charakterisiert. Nachdem in der Wendezeit vor drei Jahren eine ungeheure Hoffnung

die Angst vor dem nuklearen Ost-West-Konflikt ablöste, geht die neue Angst noch tiefer und weiter, weil sie von Gefühlen der tiefen Ohnmacht und Orientierungslosigkeit begleitet wird. Zu mannigfaltig sind die Krisen und Konflikte, die uns bedrohen. Anfängen von der wahrnehmbaren Vernichtung der menschlichen Lebensgrundlagen, den damit zusammenhängenden Hungerkatastrophen in Afrika, weiter zu den vielen Kriegen dort, in der ehemaligen Sowjetunion und vor allem mitten in Europa, die gekennzeichnet sind von zunehmendem religiösen Fundamentalismus und nationalem Chauvinismus, bis hin zu einer der schlimmsten Weltwirtschafts- und Verschuldungskrisen dieses Jahrhunderts - diese Krisen schlagen sich alle in der tiefen Krise, in der sich das seit zwei Jahren wiedervereinigte Deutschland befindet, nieder, sind aber auch zum Teil dort verursacht worden. Deutschland ist einmal mehr der Brennspeigel der weltpolitischen Lage. Dies darf bei aller Beschäftigung der Deutschen mit sich selbst nicht vergessen werden.

Deutschland und seine Identität

Und dies gilt auch und gerade bezogen auf das herausragende Problem der Deutschen, den Umgang mit dem zunehmenden Einwanderungsstrom. Die Krisen der Welt kommen zu uns in Form von Menschen, die vor ihnen fliehen. Doch Deutschland hat seine eigene Krise durch die Bewältigung seiner neu gewonnenen Einheit, der Vereinigung zweier deutscher Inseln: zum einen die Insel des Wohlstands im Westen, bis in die Mitte der achtziger Jahre mit einem eisernen Vorhang zum Osten und seinen Problemen, und zum anderen die Insel der Sicherheit und Einfachheit im Osten, wo man als Kind an der Hand von Vater Staat an einem Schaufensterplatz zum Westen stand.

Doch diese Inseln gibt es nicht mehr. Im Osten herrschen nun Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Ratlosigkeit bei komplexen politischen und persönlichen Entscheidungen, im Westen sieht man sich nun einem Berg von Problemen gegenüber, der seit dem Wegfall des eisernen Vorhangs abzutragen ist und trotz großer Anstrengung nicht kleiner wird und zunehmend den eigenen Wohlstand gefährdet. Krampfhaft versucht man einen kleinen Teil des ehemaligen Ostblocks im Hauruck-Verfahren auf

das quantitativ hohe Lebensniveau des Westens zu bringen. Ein wenig erhält noch Osteuropa, Krümel aber nur bekommt weiterhin die Dritte Welt. Dahinter steht das Bestreben, aus der größer gewordenen Bundesrepublik eine ähnliche Wohlstandsinsel zu machen, wie es die kleine war. Doch die zunehmende Zahl von Flüchtlingen aus den Teilen Europas und der Welt, die wir vernachlässigen, zeigt, daß dies nicht mehr funktioniert. Wir sind nicht allein mit uns und unseren Problemen, sondern uns umgibt ein Meer weltweiter Probleme. Da kommt eben diese Angst und in dieser Situation wird man auch noch weitgehend mit seiner Angst allein gelassen, weil in diesem Land wie leider in den meisten jungen oder alten Demokratien dieser Welt zur Zeit keine geistig-moralische Führung in Sicht ist, weder in den politischen Parteien, noch in den Kirchen oder Gewerkschaften.

Es fehlt vielen in diesem Land ein Fundament an Idealen und Werten, daß angesichts der Angst noch tragen könnte. Hier hat die Werteskala von 10 Jahren konservativ-wirtschaftsliberaler Regierung im Westen und der Zusammenbruch der sozialistischen Werteskala im Osten vor allem bei der jungen Generation eine Wüste hinterlassen. Besitzstand wahren und vermehren, Leistung durch Einsatz

der Ellenbogen gegen mögliche Konkurrenz, Karriere anstelle von Gemeinschaft, Geschwisterlichkeit und Solidarität stehen ganz oben an. Doch diese Werte wirken nicht ängstmindernd, sondern verstärken diese. EinwandererInnen können unter diesen Vorzeichen nicht als hilfsbedürftige Geschwister, sondern nur als Konkurrenz, die den Besitzstand gefährdet, verstanden werden, was zudem langfristig gesehen mit Blick auf das Rentenproblem auch sachlich falsch ist. Die erwähnte Wüste wirkt aber auch fatal im interkulturellen Austausch. Im bekannten Satz „Wir sind wieder wer“ basierte das Wiedererlangen einer positiven deutschen Identität in der alten Bundesrepublik allein auf dem neuen materiellen Reichtum und nicht auf einer wiedererlangten kulturellen Identität. Hier hat die Linke in Deutschland auch einiges versäumt, indem sie eine neue positive Identitätsstiftung verneinte und damit das Terrain ausschließlich der Rechten überließ. So gibt es leider nur das Bild des reichen, fleißigen, ordentlichen und pünktlichen Deutschen, der sich nur arrogant als der „häßliche Deutsche“ im eigenen Land und im Ausland erweist und eifersüchtig seine Sekundärtugenden gegenüber allem, was fremd ist verteidigt. Wo bleiben die romantischen, die idealistischen, die

mystisch veranlagten, die dichten, die denkenden, die kreativen, die kameradschaftlichen deutschen Europäerinnen und Europäer?

Die alte und die neue Aufgabe der religiösen SozialistInnen

Wenn nun wieder in Deutschland an Weimarer Zeiten erinnert wird, wobei man solche Gespenster nicht zu oft beschwören sollte, so weist uns die Geschichte an den Platz, an dem religiöse SozialistInnen sich auch damals befunden haben - im Kampf um die Demokratie in Deutschland im aufrechten Gang wider allen Zeitgeist das andere Deutschland repräsentierend und verteidigend. Was aus damaligen Fehlern gelernt werden muß, ist die Notwendigkeit, auch mit tagespolitischen Gegnern gegen den Faschismus einig einzustehen. Auch in den Kirchen müssen wir darauf drängen, daß diese diesmal geschlossen auf der richtigen Seite stehen und offen Partei für die neuen und alten „Sündenböcke“ ergreifen, für die Sinti und Roma, Juden und Ausländer. Wir müssen als PädagogInnen, PastorInnen und Eltern, als ChristInnen und SozialistInnen den Kampf gegen die Wüste in den Köpfen der Menschen aufnehmen, in denen die dumpfe Angst regiert, aus der heraus Haß und Gewalt gegen das Fremde entsteht. Wir

müssen den Mut haben, Orientierungen zu geben in einer orientierungslosen Zeit und eine positive Identität zu stiften, obwohl wir selbst um unsere Identität als ChristInnen, SozialistInnen und gerade als Deutsche in letzter Zeit ständig heftig ringen müssen. Dies bedeutet zum Beispiel, daß wir unsere Mitmenschen auffordern, gemeinsam Flüchtlingswohnheime zu schützen. Die Straße ist heute wie zu allen Krisenzeiten mehr das Feld der

Politik als die Parlamente. Deshalb dürfen wir die Straße nicht den Rechtsextremisten überlassen, gerade auch wenn es um die Verteidigung wertvoller Verfassungsprinzipien geht.

LASST UNS UNSERN MUT, UNSERN GLAUBEN UND UNSERE ALLEN ZEITGEIST ÜBERWINNENDE HOFFNUNG AUF DAS REICH GOTTES AUF DIE STRASSE TRAGEN.

Rostock - Sachsenhausen - und wohin danach??

Gemeinsame Resolution des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten und der Initiative Christliche Linke

Es vergeht kein Tag mehr, ohne daß Wohnheime von Flüchtlingen überfallen werden, ohne daß Ausländer angegriffen und zusammengeschlagen werden.

Aber es vergeht auch kein Tag, an dem die Regierenden nicht darüber ihr Bedauern ausdrücken und gleichzeitig die Änderung des Grundgesetzes als Allheilmittel zur Lösung aller Probleme des politischen Radikalismus und aller Flüchtlingsfragen empfehlen und vorbereiten.

Es vergeht leider auch kein Tag mehr, an dem nicht führende Vertreter der SPD die Argumente der Regierung übernehmen und ankündigen, daß sich die Gesamtpartei an der Grundgesetzänderung beteiligen wird.

Leider hören wir auch immer mehr Stimmen aus den Spitzen der evangelischen Kirchen, die auf diesen Zug aufspringen und den Boden des Evangeliums verlassen.

In dieser Situation fühlen wir uns aufgerufen, aus unserer Sicht dazu ein Votum abzugeben. Wir sind Christinnen und Christen evangelischer und katholischer Konfession aus West- und Ostdeutschland, zusammengeschlossen in den Organisationen:

- Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (alte Bundesländer)
- Initiative christliche Linke (neue Bundesländer)

1.) Angriffe auf Ausländer kommen nicht nur in Ostdeutschland vor!

Hoyerswerda, Rostock, Greifswald usw. flimmern über die Mattscheiben. Nicht in den Blickwinkel kam, daß 2/3 aller Anschläge bislang in den Alt-Bundesländern geschahen. Rechtsradikalismus und Rassismus sind nicht die logische Frucht der DDR-Geschichte und erst recht nicht auf die fünf neuen Länder beschränkt. Wenn die Regierenden in unserem Lande dies wider besseren Wissens erklären und den Rechtsradikalismus zu einem „Ossi-Phänomen“ abstempeln, verschweigen sie die Täter der Alt-Bundesrepublik, die 40 Jahre Demokratie nicht daran gehindert haben, Brandsätze auf schlafende Kinder zu werfen wie im rheinischen Hünxe.

2.) Die Regierenden nennen nicht die sozialen Ursachen für die Ausschreitungen in Rostock und in anderen Orten der Ex-DDR!

Auf lange Sicht gefährlicher als 2-300 militante Neonazis sind einige Tausend applaudierende Bewohner in Rostock-Lichtenhagen. Der Applaus dieser Menschen wurde in den Medien gezeigt, aber nicht gezeigt wurden die sozialen Probleme, die wir für ursächlich halten für das Verhalten dieser Menschen.

Was hätten die Medien berichten können: Zum Beispiel, daß es in Lichtenhagen 60 % Arbeitslose gibt; daß die Jugendklubs geschlossen sind und es für die Jugendlichen keine Angebote mehr gibt; daß die heutigen Schülerinnen und Schüler nicht mehr wissen, wo sie eine Berufsausbildung erhalten; daß die meisten Bewohner heute nicht das Geld haben, um die Reisen zu machen,

die ihnen in der DDR nicht erlaubt waren. Früher nicht erlaubt, heute erlaubt, aber finanziell unmöglich!

Diejenigen, die über die SED und die DDR enttäuscht waren und mit großen Hoffnungen die Wiedervereinigung begleiteten - genau die sind es jetzt, die sich als Opfer dieser Entwicklung sehen. Wer nicht in den neuen Bundesländern lebt, vermag sich nicht vorzustellen, wie groß die Enttäuschung dieser Menschen ist!

3.) Die Regierenden nennen nicht die sozialen Ursachen, da sie sich selbst mit nennen müßten!

Wer erinnert sich nicht mehr an Helmut Kohls „Vielen wird es besser, aber niemandem wird es schlechter gehen“. Wir haben diesen Versprechungen nicht geglaubt, aber wir wenden uns dagegen, daß interessierte Kreise und Medien die Millionen, die im Osten CDU gewählt haben, jetzt als geistig Minderbemittelte und Naive abqualifizieren, die jetzt, nachdem die von ihnen gewählte CDU regiert, die Konsequenzen dieser Politik bejammern.

Wir bedauern, daß die Arbeitslosen von Lichtenhagen und die perspektivlosen Jugendlichen von Rostock ihre Wut, ihre Enttäuschung und ihre Hoffnungslosigkeit gegen andere Opfer gerichtet haben und nicht gegen die wirklichen Verursacher ihrer Situation. Die Werften und die anderen Rostocker Betriebe wurden nicht von Angolanern geschlossen, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden nicht von Vietnamesen aufgelöst und die Gewinner des Anschlusses von „Neufünf-land“ sind nicht die rumänischen Roma. 500 000 Asylbewerber werden als Ziel-

scheibe präsentiert und lenken damit ab von der Bonner Regierung, der Treuhand, ...

4.) Der Rechtsradikalismus wird weiter verharmlost!

Seit Jahren wurde von linker Seite daraufhingewiesen, daß die deutschen Rechtsradikalen durchorganisiert und vernetzt sind und daß es mittlerweile eine faschistische Logistik in der BRD gibt, die gut funktioniert. Bundesregierung und Verfassungsschutz ignorieren dies und präsentieren nach jedem Anschlag von rechts „Einzeltäter“. Nach dem 300. Einzeltäter und den generalstabsmäßig organisierten Angriffen in Rostock usw. gibt die Regierung zu, daß es in der Tat diese Logistik gibt. Wofür haben die mehrere Tausend Beamte des Verfassungsschutzes bisher ihr Geld bekommen, wenn sie nicht in der Lage sind festzustellen, was einige „Linke“ sogar ohne Bezahlung ermittelten?

Wenn die staatlichen Stellen nicht willens sind, den braunen Sumpf trockenulegen und das Strafrecht genauso gegen Rechts einzusetzen wie bisher gegen Links, macht sich dieser Rechtsstaat schuldig an den nächsten Anschlägen und dokumentiert damit, daß seit Weimar nichts dazugelernt worden ist!

5.) Rechts und Links ist nicht das gleiche.

Nach Rostock und den bisherigen Überfällen haben wir den Eindruck, daß dieser Staat sich von dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz „Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich!“ verabschiedet hat.

- In Rostock ist die Polizei „aus Personalmangel“ nicht in der Lage, die Asylbewerberunterkunft (1 Haus!) vor dem Pogrom zu schützen. Aber einige Tage später sind fast 7 000 Polizisten im Einsatz, um „linksradikale Krawalle“ in Rostock zu verhindern! Wer um Himmels Willen hat denn die Asylbewerber angegriffen!
- Bis jetzt sind in einem Jahr mindestens 10 Menschen Opfer rechtsradikaler Gewalt geworden. Wie hätte der Staat reagiert, hätte die „RAF“ im letzten Jahr 10 Leute umgebracht? Wir befürchten, daß dann bei uns die Notstandsgesetze angewandt würden und der Staat alle seine Machtmittel einsetzt.
- In Rostock ist die Polizei nicht in der Lage oder nicht willens, brandbombenwerfende Faschisten abzuwehren - in München kesselt die Bereitschaftspolizei friedliche „linke“ Demonstranten ein, deren Bewaffnung aus Trillerpfeifen besteht.
- Rechtsradikale Organisationen arbeiten weitgehend ungestört - der Strafrechtsparagraf 129 (kriminelle Vereinigung) gilt offensichtlich nur für linke Gruppierungen.
- Bei Verfahren gegen militante Linke wurden Höchststrafen verhängt, Militanz von Rechts wird mit Bewährungsstrafen „geahndet“. Selbst für die Tötung von Menschen gibt es nur 4 Jahre Gefängnis! Wir erinnern uns an Fälle, wo eine Person bereits für das Pinseln einer „RAF“-Parole 1 Jahr ohne Bewährung erhielt!

6.) Verständnis für die Motive der Täter.

Was die aktuellen Ereignisse in der BRD unerträglich macht, ist die

Reaktion vieler Politiker auf die Krawalle. Statt sich unmißverständlich davon zu distanzieren, wird Verständnis dafür aufgebracht, die Schuld anderen zugeschustert und Opfer zu Tätern gemacht. Es ist der Gipfel der Perfidie, wenn etwa CDU-Politiker erklären, hätte die SPD der Grundgesetzdemonstrierende eher zugestimmt, hätte es diese Ausschreitungen nicht gegeben.

7.) Rettet das Grundgesetz vor der Regierung!

Wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, wird das Grundgesetz nicht als Verursacher der heutigen Flüchtlingsströme sehen können. Die Zunahme der Asylbewerber in der BRD hat ihre Ursache im Zusammenbruch des bisherigen Ostblocks und des Kollapses der dortigen Ökonomien. Die dortige Lage wird durch eine Grundgesetzänderung nicht besser. Da bedürfte es vieler Milliarden. Auch die Zahl der Asylbewerber bei uns würde nach einer Grundgesetzänderung kaum sinken. Sinken würde etwas anderes:

- Weiter absinken würde die politische Moral der CDU/CSU. Wer weiß, was sie dem gesunden Volksempfinden noch alles an demokratischen Errungenschaften opfert, um Schönhuber zu verhindern und dabei zu überholen?
- Sinken würden die demokratische Kultur der SPD. SPD-Genossen, denkt daran, daß Willy Brandt und Herbert Wehner und viele Tausend andere Sozialdemokraten Asylanter gewesen sind! Eine Asylpraxis, wie sie jetzt Hardliner der CDU diskutieren, hätte sie zum sicheren Tod verurteilt! Die SPD ist erneut dabei, aus

Angst vor dem politischen Tod Selbstmord zu begehen!

8.) Für eine Wende in der Asylpolitik:

- Die demokratische Substanz unserer Verfassung muß erhalten werden. Wie in der Weimarer Republik und wie in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist es Aufgabe der demokratischen und liberalen Öffentlichkeit dieses Landes, die Verfassung gegen ihre Demontage von Rechts zu verteidigen. Wir treten ein gegen die geplanten Grundgesetzänderungen!
- SPD, Bürgerbewegung und Gewerkschaften sind aufgerufen, sich dem rechten Druck zu entziehen und sich auf ihre Grundlagen zu besinnen. Wir unterstützen die Initiative der „Liga für Menschenrechte“ für einen nationalen Proteststreik als Symbol und Zeichenhandlung des demokratischen Deutschlands. Was in Schweden bereits nach einem Opfer möglich war - ein landesweiter Streik - sollte auch bei uns möglich sein!
- Von den evangelischen Kirchen fordern wir, jede Annäherung an die Ausländerfeindlichkeit zu unterlassen. Die christliche Ethik fordert von Christinnen und Christen, sich der Fremdlinge anzunehmen, die Schwachen zu unterstützen und sich gegen diejenigen zu wenden, die mit missionarischem Eifer die Veränderung und Außerkraftsetzung des Asylrechts betreiben. In der Weimarer Republik hat die ev. Kirche zu spät begriffen, wohin der Zug ging. Heute ist es noch früh genug, zu sehen! Von den Regierenden und den Spitzen von Staat und Gesellschaft erwarten wir außer Sonntagsreden

eindeutige Zeichen. Bisher wurden Flüchtlingsheime nie in den sogenannten „guten Wohngegenden“ eingerichtet. Wir fordern, hier mit der Chancengleichheit Ernst zu machen. Warum gab es Container für Flüchtlinge auf Schulhöfen und nicht im Schloßgarten von Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten. Auch innendrin ist ausreichend Platz.

Wir bitten die Leserinnen und Leser dieser Erklärung, sich an lokalen Aktio-

nen zur Unterstützung der Flüchtlinge zu beteiligen und bei SPD, DGB, Bündnis 90/Grüne und den Kirchen gegen die geplanten Grundgesetzänderungen zu protestieren.

Berlin, den 1.10.1992

Klaus Körner,
Initiative christliche Linke
Ulrich Peter,
Bund der religiösen Sozialisten
Deutschlands

Erhard Griese

Zu einer befreiungstheologischen Christenlehre für Europa

*„Wenn ich könnte und noch jung wäre,
würde ich diese Länder hier verlassen
und würde in die wilden Länder gehen, nach Europa,
und versuchen, dort das Evangelium zu predigen.“
(Las Casas, in: Alfred Döblin „Amazonas“)*

I. Vorbemerkungen

„Glaubenskurse“ sind in den letzten Jahren in größerer Zahl aufgetaucht. Sie haben zum Ziel, - vor allem wenig kirchlich sozialisierte Erwachsene oder vom Konfirmandenunterricht (zu) wenig geprägte Jugendliche - in elementarer Weise in eine grundlegende Orientierung am Wesentlichen des Christentums und die entsprechende Lebenspraxis einzuführen. Dabei spielt je nach der theologischen Ausrichtung

die Didaktik, d.h. die Auswahl und Abfolge der Inhalte, zumeist an Texten festgemacht, eine bestimmende Rolle. Die Theologie steckt zuerst in der Didaktik, dann erst in einzelnen Interpretationen. (Eine gute Übersicht, aber ungenügende Auseinandersetzung mit dem Angebot bieten die Besprechungen von Glaubenskursen in der Mitarbeiterhilfe des CVJM-Gesamtverbandes, Kassel, 4/92, S.41-47.)

Aus einer befreiungstheologisch/religiös-sozialistischen Sicht

ist längst ein didaktisch reflektierter Alternativentwurf nötig. Die meisten üblichen „Glaubenskurse“ stehen dem pietistisch-charismatischen Milieu nahe und haben - trotz bemerkenswerter Ansätze - die herkömmliche, fragwürdig gewordene bürgerlich-idealistische Deutung der christlichen Religion nicht überwunden oder halten an der metaphysisch-ontologischen Interpretation der antik-mittelalterlichen Gläubigkeit fest, wie sie sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert entwickelt hat.

Ein befreiungstheologische Christenlehre, die eine Art neuen Katechismus, Einführung in das gemeinsame Bibellesen sowie Anleitungen zu Gottesdienst und praktisch-politischem Engagement einer entsprechenden Gemeinde oder Basisgruppe umfaßt, wird nur in einer gemeinsamen Arbeit zu erstellen sein. Andererseits dürfte ein derartiges Werk nicht abgeschlossen und objektiviert, sondern immer im Prozeß befindlich, veränderbar, weiterentwickelbar, je neu und situationsbezogen zu konkretisieren sein. Darum soll hier zunächst der grundlegende theologische und didaktische Ansatz beschrieben werden, auf den dann - in einem der nächsten Hefte von C&S - Entwürfe von Materialien und Skizzen, „Bausteine einer befreiungstheologischen Christenlehre“ folgen, die in unterschiedlicher Dichte bzw. Breite und mit unterschiedlichen methodischen Elementen (Gruppen-

gespräch, Bibliodrama, Singen, kreative Formen u.a.) ausprobiert werden können.

II. Befreiungstheologie als biblische Theologie

Diese Konzeption ist zu begründen. Es könnte ja in Europa eine falsch verstandene Rezeption lateinamerikanischer Theologie und Praxis der Befreiung darin bestehen, die Bibel nicht zuletzt wegen ihrer tief internalisierten bürgerlich-religiösen Auslegung erst einmal beiseite zu lassen und statt dessen die Situation zu analysieren und daraufhin politische Bedürfnisse und Proteste zu formulieren.

Die große Bedeutung einer analytischen Gesellschaftskritik und vor allem die einer ständig reflektierten politischen Praxis ist gar nicht zu leugnen. Im Gegenteil, sie werden der Arbeit mit der Bibel korrespondierende Erkenntniselemente sein. Aber zum einen kann in Europa die Anstrengung des Aufarbeitens einer fragwürdig gewordenen Frömmigkeit und des Erarbeitens einer „relectura“ der Bibel nur vom Umgang mit der Bibel selbst getragen werden, einschließlich der Einbeziehung unseres europäischen Erbes der Aufklärung und der historisch-kritischen Forschung. Alles andere wäre illusorisch und wenig effektiv. Wir haben eine andere Geschichte hinter uns als Lateinamerika. Zum anderen bedarf gerade die notwendige politische Bewußt-

seinsbildung der Orientierung am biblischen Zeugnis, um nicht ihrerseits fragwürdig und menschenfeindlich zu werden, ebenso wie andererseits die - wahrscheinlich dem Menschen schöpfungsmäßig mitgegebene - religiöse Ausrichtung in ihren jeweiligen Erscheinungsformen fundiert kritisierbar bleiben muß. Und zu beidem ist die Bibel da. Sie ist die Quelle der kritischen Besinnung, der Ermutigung und des Trostes.

Was herkömmlich „Christentum“ oder „Christsein“ heißt, und was wir lieber *vertrauenden Glauben* (hebr. „emuna“) und *Jesusunachfolge* nennen, hat seine Identität in der immer wieder kritisch zu erarbeitenden Ausrichtung auf eine biblisch begründete Religionskritik, die aber auch das anthropologische Grundphänomen „Religion“ und die Gestaltwerdung des biblischen Zeugnisses im Horizont von „Religion“ anerkennt; und zugleich in der ständigen Überschreitung des bloß Religiösen auf konkrete Weltgestaltung im politisch-gesellschaftlichen Horizont. Jesus wollte nicht eine neue Religion, sondern einen neuen Weltzustand.

Wir wollen also „bibeltreu“ sein. Daß das nicht Biblizismus oder gar Fundamentalismus bedeutet, wird im folgenden ausreichend deutlich werden. Pinchas Lapide hat das immer wieder so gesagt: Es gibt zwei Wege, sich mit der Bibel zu befassen, die sich aber voneinander grundlegend unterscheiden: Man

kann die Bibel wörtlich nehmen, oder aber man kann sie „beim Wort nehmen“.

Im weltweiten Horizont dürfte für eine befreiungstheologische Arbeit mit der Bibel der wichtigste Partner im Streit um „Bibeltreue“ nicht eine liberale Theologie europäischer Herkunft sein, die wenig Herausforderungen bietet, sondern der weit verbreitete, mehr oder weniger stark evangelikal bestimmte Biblizismus, der viele aus der Mission hervorgegangene „Junge Kirchen“, Erweckungsbewegungen, Freikirchen, Pfingstgemeinden, charismatische Gruppen prägt. Hier wäre ein fröhlicher Wettbewerb in der Auseinandersetzung um das, was „bibeltreu“ wirklich heißt, ein Segen für alle.

III. Charismatische Basisgemeinde als Instrument und Ort befreiender Theologie und Praxis

Nicht nur der Ort des politischen Engagements in der Welt ist für befreiungstheologischen Glauben wichtig, sondern auch die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde. Das wird in der Regel so etwas wie eine Basisgemeinde sein, bei uns wie in den Ländern der Südhalbkugel. Der Einzelne kann nicht ausreichend Jesusunachfolge leben; er braucht die Geschwister, zum Austausch, zur gemeinsamen Entscheidungsfindung - und für das geistliche Leben, das Wurzelgrund der Jesus-

nachfolge ist. Im Unterschied zu anderen Religionen ist für den jüdisch-christlichen Glauben dieser Bezug auf die Gemeinschaft wesentlich und spezifisch. Die Gemeinde ist Instrument für das neue Leben und Ort, an dem das neue Leben schon erlebbar beginnt. Mit einem anderen Wort (von Heinz-Manfred Schulz): sie ist „Schaufenster Gottes“.

Wir wollen auch „charismatisch“ sein. Charisma bedeutet nicht - wie der Begriff heute journalistisch und in der Religionssoziologie verwendet wird - die besondere Begabung eines herausragenden Einzelnen, sondern eine Gabe, die in dieser oder jener Form jedem glaubenden Menschen gegeben ist, damit er sie in die Gemeinschaft und in das gemeinsame Engagement für die Welt einbringt. Zu dieser Perspektive gehören auch die mitunter vielleicht enthusiastischen Erlebnisformen, sofern sie Glauben und Engagement stärken, korrigieren und lebendig machen. Die pfingstlich-charismatische Dimension und die prophetisch-politische gehören zusammen und sollen zusammenwirken. Gerade politisch engagierte Gruppen und Gemeinschaften brauchen ein tragendes Gemeinschaftsleben und eine begeisternde Art, Gottesdienst als Fest des Lebens zu feiern. In den Basisgemeinden ist das miterlebbar. Kein Wunder, wenn die lateinamerikanische Befreiungstheologie uns Europäern sagt: „Wenn eine Gruppe nicht in

der Lage ist, über die Bibel zu sprechen ... (und) zusammen zu beten, baut sie keine Kirche auf. Das haben wir wiederentdeckt in den Basisgemeinden, und deshalb ist für die Europäer die Befreiungskirche viel zu fromm.“ (Fernando Castillo, siehe C&S 3/91, S.46)

IV. Die Diastase von Bibel und „Christentum“ als Ansatz einer befreiungstheologischen Didaktik

Johannes, Bischof zu Meißen, Anno 1508 sagte einmal: Wann er die Bibel lese, so finde er viel ein ander Christentum, Religion und Leben darin, als man heutigen Tages führe. (aus: Julius Wilhelm Zingref: Der Deutschen scharfsinnige kluge Sprüche, 1683; Reclam Leipzig 1982, S.10)

Ein Indianer sagte zu Bartolomé de Las Casas: „Sie kamen. Sie hatten die Bibel und wir das Land. Und sie sagten: „Schließt die Augen und betet.“ Und als wir die Augen öffneten, hatten sie das Land und wir die Bibel.“ (Harald Nehb: Der große Karfreitag. Dt. Allg. Sonntagsblatt 17.7.92, S.15)

Schwarze im Befreiungskampf in Südafrika sagen: „Der einzige Fehler, den die Weißen gemacht haben, war: Sie haben uns die Bibel gebracht.“

Befreiungstheologie entsteht, wo die übliche Theologie überhört, was die Bibel sagt; wo Unterdrückte die Bibel zu lesen bekommen, und wo

Menschen merken, daß zwischen dem, was die Bibel sagt, und dem „Christentum“ ihrer Umwelt ein erheblicher Unterschied besteht.

Die Bibel in den Händen der Unterdrückten und Ausgebeuteten Die Kolonialmächte ahnten nicht, was sie damit taten: Sie gaben das Instrumentarium für den Protest gegen ihre Kolonialherrschaft weiter. Sie bereiteten ihr eigene Entmächtigung vor. Sie hatten die Bibel nicht wirklich gelesen.

Die Bibel ist nämlich nicht ein Buch für unpolitische Innerlichkeit, für metaphysische Spekulation, für religiöse Beruhigungsstrategien. Die weißen Kolonisatoren lasen sie mit der Brille ihrer eigenen religiösen Bedürfnisse, mit der Präferenz der Interessen, die Reiche an der Religion haben, verschoben und verzerrt ins Jenseitsbezogene, vermeintlich „Überweltliche“, Ewige - und mit der Angst vor einem mächtigen strafenden Gott, der nur der an den Himmel projizierte Despot war, den sie auf Erden kannten. Oder gar - im Extremfall - in vermeintlicher Gläubigkeit als Sammlung von Beweismaterialien für ihre Unterdrückungsmechanismen und Herrschaftsansprüche. (Zu erinnern sei nur an die bei den „Bibeltreuen“ des 19. Jahrhunderts weit verbreitete Auslegung von Gen 9,18-27: Ham als Urvater der schwarzen Menschen, die als Sklaven zu dienen hätten ...)

V. Der theologische Ansatz für einen neuen Glaubenskurs

a) Wir haben bisher den Begriff „*Befreiungstheologie*“ gewählt, um Ausgangsort und Ziel unserer Bemühungen theologisch zu charakterisieren. „*Befreiungstheologie*“ ist wahrscheinlich der weitestverbreitete, anschaulichste und populärste Begriff für die im folgenden genannten, allesamt miteinander in enger Verbindung stehenden theologischen Ansätze und schließt sie mit ein. Grundgedanke der Befreiungstheologie im engeren Sinne, der sich auch methodisch auswirkt, ist die Zusammenschau der Erfahrungen der Armen mit dem Zeugnis der biblischen Schriften („Synopse von Erfahrung und Überlieferung“). Es muß beides zusammentreffen: die Situation der Armen und das Wahrnehmen der Bibel. Eines allein für sich reicht nicht hin.

Der Standort des Lesenden und Hörenden, seine Lebensgeschichte, bereitet Wahrnehmung vor. „Gleichzeitig“ mit der Bibel sind die Unterdrückten und Ausgebeuteten, die vom System der Zerstörung Bedrohten, die Entwürdigten, die Nichtanerkannten, die Flüchtlinge, die Hungernden, die Weinenden, die Armen. Wir gehören nur indirekt dazu, sofern wir „... die Option für die Armen nicht einfach den armen Kirchen allein überlassen“ (Joh. Bapt. Metz). Wir können vom Zeugnis der Armen und vom Text der Bibel lernen. Wenn wir nicht

beides tun, verfehlen wir Geist und Wortlaut der Bibel zugleich.

b) Der entsprechende theologische Ansatz in Europa ist historisch älter: der *religiöse Sozialismus*, der vor allem auf Christoph Blumhardt und Leonhard Ragaz aufbaut. Das Bibelwerk von Leonhard Ragaz und seine beiden Bände über die „Gleichnisse Jesu“ und „Die Bergpredigt Jesu“ (GTB Siebenstern 450 und 451) können als Beispiele bzw. umfassende Dokumentation des religiös-sozialen Verständnisses der Bibel gelten. Wir sehen im religiösen Sozialismus die bedeutsamste historische Wurzel einer aus biblischer Erweckung herauswachsenden europäischen „Befreiungstheologie“, die sich heute mit den hier aufgeführten Ansätzen zu einem gemeinsamen Stamm entwickelt.

Der religiöse Sozialismus hat - abgesehen von seinem unmittelbar politischen Engagement - wiederentdeckt, daß es in der jüdisch-christlichen Tradition um konkret irdische Befreiung geht: aus Unterdrückung und Ausbeutung, aus „Mammonismus“ und „Konsumismus“, aus seelischer Versklavung und Angst, aus Resignation und Hoffnungslosigkeit. Diese Grundausrichtung des biblischen Zeugnisses wurde und wird verdeckt und geleugnet durch eine „Theologie“, die an den Interessen der Mächtigen oder den Mußestunden der Reichen orientiert ist. Darum ist die politische Parteinahme für die Ausgebeuteten, in der Entstehungs-

und Blütephase des religiösen Sozialismus vor allem für Proletariat und Arbeiterbewegung im Europa des Industriezeitalters, immer aber auch mit dem Blick auf den weltweiten Kolonialismus und Militarismus, Grundentscheidung, die aus dem Hören auf die Bibel erfolgt.

c) In der wissenschaftlich-exegetischen Arbeit hat sich seit den 70er Jahren die „*sozialgeschichtliche Bibelauslegung*“ als Bezeichnung für eine Arbeitsintention und Arbeitsform eingeführt, die in einer Linie mit Befreiungstheologie und religiösem Sozialismus zu sehen ist. Vor allem in der französischen Frühphase wurde auch - mit gewissen, m.E. nicht unbedeutend anderen Akzentsetzungen („strukturalistisch“, „pragmalinguistisch“) - von „materialistischer Exegese“ gesprochen. Andere Bezeichnungen, die nur gelegentlich auftauchten, sind: „realistische Exegese“ (Helmut Gollwitzer) oder „induktive Theologie“ (George Casalis). Als Gegenentwurf hebt sie sich ab von (im philosophiegeschichtlichen Sinne) idealistischer, spiritualisierender, allegorisierender und individualistischer Bibelauslegung.

Sozialgeschichtliche Bibelauslegung wird nicht nur auf Hochschulen getrieben (die Namen Luise und Willy Schottroff, Frank Crüsemann, Ekkehard und ehemals auch Wolfgang Stegemann stehen dafür), sondern bewährt sich vor allem in der religions- und gemeindepäda-

gogischen Arbeit - und auch in der Predigt.

„Sozialgeschichtliche Exegese versucht, neue Dimensionen der biblischen Texte zu erschließen, indem sie vor allem die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Realitäten erfragt und bewußt macht, die in den Texten transparent werden und die das geschichtliche Umfeld bestimmen, in dem die Texte entstanden sind.

Sie liest und versteht biblische Texte als Produkte einer Praxis nicht aus bloß historischem Interesse oder um zeitlose Ideen zu konsumieren, die vom gesellschaftlichen Ort des Lesers unabhängig wären, sondern um Signale der Orientierung, Wegweisung und Hoffnung für die Jesusnachfolge heute zu entdecken und sich von ihnen korrigieren, leiten und ermutigen zu lassen.

Sie stellt damit zugleich schon zu Beginn der Lektüre die Frage nach dem Ort des Lesers in seinem heutigen gesellschaftlichen Kontext ...“ (C&S 2/89, S.31)

Bezeichnenderweise wird der brasilianische evangelische Befreiungstheologe Milton Schwantes in dem „Votum des Theologischen Ausschusses der Arnoldshainer Konferenz „Das Buch Gottes. Elf Zugänge zur Bibel“ (Neukirchen 1992) als einer der Gewährsleute für die „sozialgeschichtliche Bibelauslegung“ angeführt, die somit als „wissenschaftlich-exegetischer Arm“ der Befreiungstheologie im umfas-

senden Sinne charakterisiert werden kann.

d) Mit dem allen berührt sich eng die Rede von „politische Theologie“ im Sinne der Sozialkritik und, vor allem in der Ökumene, von einer „prophetischen Kirche“, die den gesellschaftskritischen Auftrag der Christen wahrnimmt. Hierher gehört auch der in Genf erarbeitete Ansatz einer „Ökumenischen Gemeinde-Erneuerung: Mission als Überwindung von Grenzen“, der u.a. mittels einer zur gemeinsamen Lektüre vorgeschlagenen Reihe von Bibeltexten eine Neubesinnung in der Arbeit von Ortsgemeinden anregt.

e) Ebenfalls berühren sich mit dem allen eng die Ergebnisse des *jüdisch-christlichen Gesprächs*, in welchem jüdische Bibelausleger entscheidende, m.E. noch lange nicht genügend gewürdigte und ernstgenommene Impulse in der Arbeit mit der Bibel einbrachten, auch wenn immer wieder Unterschiede zwischen heutigem jüdischen Bibelverständnis und dem historisch-kritisch erarbeiteten „hebräischen Denken“ der Schriften des Ersten Bundes auftreten mögen. Martin Buber, zugleich klassischer Vertreter des Religiösen Sozialismus, sei hier noch vor Gershom Scholem, Pinchas Lapide, Schalom Ben Chorin und David Flusser genannt.

f) Schließlich ist hier Dietrich Bonhoeffers nicht zur deutlichen Ausarbeitung und Exemplifizierung

gelangte Forderung nach „nicht-religiöser Interpretation biblischer Begriffe“ zu nennen, die trotz (oder gerade wegen!) einer vermeintlich neuen Welle von Religiosität einen ganz aktuellen Impuls zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation, vor allem der Unsicherheit in kirchlichen Institutionen angesichts der Kirchenaustritte, darstellt.

g) Von der *historisch-kritischen Exegese* (als Hintergrund und Vorarbeit, in der allerdings der Theologe und Bibelleser nicht steckenbleiben darf) war schon die Rede.

h) Im Bereich der Praktischen Theologie, der Homiletik und Katechetik, gehört hierher, was „*narrative Theologie*“ genannt wird: die Wiederentdeckung der Tatsache, daß Glaubensüberlieferung vor allem in der Bibel im wesentlichen nicht in abstrakt-lehrhafter Form, sondern erzählend geschieht. (Die jüdische Tradition - wie m.E. auch die Evangelienüberlieferung aus Markustext und Logienquelle - stellt „Haggada“ = Erzählung und „Halacha“ = Lehre als zwei einander ergänzende Formen nebeneinander.)

i) (Beinahe) last - not least ist hier die *feministische Theologie* anzuführen, und zwar in ihrer „ethischen“ (befreiungstheologisch-religionskritisch-„hebräischen“) Form, wie sie Dorothee Sölle mit Rosemary Radford Ruether von der „ästhetischen“ (matriarchalen, kosmisch-religiösen, antijüdischen) abhebt und treffend beschreibt (Dorothee

Sölle: Und ist noch nicht erschienen, was wir sein werden, dtv 10835, im Vorwort). Der Name von Luise Schottroff gehört sowohl in der sozialgeschichtlichen Exegese wie in der feministischen Theologie an vordere Stelle. Ob und wie weit ein zunächst nur von einem Mann zu Papier gebrachter Grundriß feministischer Theologie gerecht wird, bleibt natürlich die Frage. (Aber irgendwann kommt doch der Tag, an dem auch ein Mann die Theologie zu treiben vermag, die von Frauen als „feministisch“ charakterisiert wird.)

k) Als letztes möchte ich einen theologischen Aspekt formulieren und herausstellen, auf den m.W. noch nicht überall genügend geachtet wird und der noch nicht auf einen festen Begriff gebracht wurde. Vielleicht könnte er „Theologie der konkreten Menschlichkeit“, „hagiologische Befreiungstheologie“ oder „Wolke-der-Zeugen-Theologie“ heißen:

Konkrete Menschen spielen in den biblischen Erzählungen eine große Rolle. Es ist eben nicht „Gott“ und „der Mensch“ abstrakt und schlechthin (wie im herkömmlichen Katechismus), sondern es sind Menschen von Fleisch und Blut, bestimmte Menschen, mit individuellem Schicksal, wenn freilich für den vertrauenden Glauben exemplarisch, *Namen von Menschen*, von Frauen ebenso wie von Männern, die bezeugen, worum es geht: Schifra und Pua, Mirjam, Judith,

Esther, Maria Magdalena, Maria von Nazareth; Mose, Amos, Jesaja, Micha, Joseph von Nazareth, Johannes der Täufer, Petrus, Paulus - um nur die zu nennen, die in unserem Entwurf auftauchen.

Traditionell ist das der Heiligenkalender, biblisch die „Wolke der Zeugen“ (Hbr 11; 12,1). Die hier aufgestellte „alternative Hagiologie“ kann dann durch die Christentumsgeschichte hindurch fortgesetzt werden zu einer nicht sichtbaren, aber hörbaren „Ikonostase der Befreiung“. Aus Lateinamerika kennen wir das Rufen der Namen, das mit dem gemeinsamen „presente“ aufgenommen wird. Marie Veit hat einmal - unter Beibehaltung der gregorianischen Melodie - eine überlieferte Allerheiligen-Litanei auf solche Weise mit neuen Namen gefüllt:

Oscar Romero - Gott ist mit den Mutigen

Elisabeth Käsemann - Gott ist mit den Mutigen

Dietrich Bonhoeffer - Gott ist mit den Mutigen

Hans und Sophie Scholl - Gott ist mit den Mutigen

Sei mir gnädig, Herr, und hör mein Flehn, fülle mich mit deines Geistes Gaben.

Helder Camara - Gott ist mit den Liebenden

Ihr Mütter der Plaza de Mayo - Gott ist mit den Liebenden

Janusz Korczak - Gott ist mit den Liebenden

Maksimilian Kolbe - Gott ist mit den Liebenden

Sei mir gnädig, Herr, und hör mein Flehn, fülle mich mit deines Geistes Gaben.

Martin Luther King - Gott ist mit den Hoffenden

Volk von Nicaragua - Gott ist mit den Hoffenden

Bischof Tutu - Gott ist mit den Hoffenden

Alle, die für Frieden kämpfen - Gott ist mit den Hoffenden

Sei mir gnädig, Herr, und hör mein Flehn, fülle mich mit deines Geistes Gaben.

Florian Hars

Ein neues Politikverständnis linker Christen?

Bericht von der Tagung der CfS Münster, 10.-12. Juli 1992

Unter dem von Bert Brecht entlehnten Motto „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“ hatten die *Christen* (so in der Einladung) für den Sozialismus Münster, auch als Reaktion auf den Brief des BRSD vom letzten Jahr, zu einer Tagung vom 10. bis 12. Juli 1992 in Mainz eingeladen. Hier sollten „gemeinsame Versuche über ein neues Politikverständnis linker Christen in der neuen Westordnung“ unternommen werden. Die Beteiligung war mit gut 40 Anwesenden besser als erwartet.

Am Anfang stand eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der anwesenden Gruppierungen, die ihre Gruppe jeweils vorstellten:

ChristInnen (so offiziell) für den Sozialismus: Die deutschen CfS entstanden 1973, zum Teil als Reaktion auf die Ereignisse in Chile, aus dem Politischen Nachtgebet in Köln. Die Wurzeln liegen in der gleichnamigen Bewegung in Lateinamerika, von der sie sich jedoch durch die Herkunft aus dem bürgerlich-studentischen Milieu unterscheiden. Dementsprechend liegt der Arbeitsschwerpunkt auch nicht in der praktischen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, sondern im theoretisch-ideologischen Bereich.

Christliche Friedenskonferenz:

Die CFK wurde in den 50er Jahren in Prag gegründet, zu ihren Zielen gehörte die „friedliche Koexistenz“. Sie verstand sich nicht als „sozialistisch“, sondern es ging (im Osten) um ein „Christsein im Sozialismus“. Im Verlauf der Diskussion gab es einige Auseinandersetzungen um die Rolle der CFK in den realsozialistischen Gesellschaften, nach deren Zusammenbruch die CFK jetzt jedenfalls „vor einem Scherbenhaufen steht“.

Initiative Christliche Linke: Die ICL entstand Anfang 1990 in der ehemaligen DDR, nachdem es in mehreren Organisationen der Bürgerbewegung (z.B. Demokratischer Aufbruch), der Ost-CDU und der SDP (jetzt SPD) zu einem deutlichen Rechtsruck gekommen war. Sie will u. a. den Dialog mit den Marxisten fortsetzen und die Option für einen menschlichen und demokratischen Sozialismus offenhalten.

JOC-Emigrante: Die Emigrantenorganisation der spanischen Christlichen Arbeiterjugend wurde in den 60er Jahren von Arbeitsemigranten gegründet und versteht sich als eine reine Bildungs- und Erziehungsbewegung, was sie auf

dem Podium etwas deplaziert wirken ließ.

Von unserem *Bund der Religiösen SozialistInnen Deutschlands* waren Martina Ludwig und Florian Hars sowie Udo Fleige und Ulrich Peter anwesend.

Insgesamt krankte die Podiumsdiskussion daran, daß einige Sprecher gern in langatmige theoretische Analysen oder endlose Selbstdarstellungen verfielen und die Gesprächsleitung überfordert schien, dem Einhalt zu gebieten. Auch der mehr oder weniger unterschwellige Austausch von Sticheleien zwischen Cfs und ReSos (der eigentlich die ganze Tagung begleitete) führte vor allem bei den anderen zu Unbehagen.

Die weitere Diskussion über unser christliches Selbstverständnis, die Machtfrage und künftige Arbeitsfelder führte zur Formulierung von drei Themen für die Arbeitsgruppen am nächsten Vormittag.

AG I: Wie müssen wir heute Politik machen, und welche Orientierungskraft hat die marxistische Theorie?

In dieser Arbeitsgruppe wurde das Verhältnis zwischen theoretischem Anspruch und konkreter Praxis diskutiert, das dadurch bestimmt ist, daß die vertretenen Gruppen meist nur Reflexionsgruppen sind. Am konkreten Beispiel der Arbeitslosigkeit wurde erörtert, inwieweit die marxistische Analyse hilfreich ist, oder ob man die Probleme nicht

besser handfest lösen muß, und wie eine Verbindung von Analyse und konkreter situativer Hilfe aussehen kann. Schließlich ging es noch um den Widerspruch, daß der Kapitalismus einerseits übermächtig scheint, die marxistische Analyse aber andererseits ergibt, daß er auf tönernen Füßen steht. Bei der Aufarbeitung dieses Widerspruchs ist es wichtig zu sehen, daß und wie der Kapitalismus Sprache benutzt, um Widersprüche zu verdecken, und auch im Kopf zu behalten, daß der Kapitalismus keiner Utopie Raum anbietet.

AG II: Der Zusammenbruch des realen Sozialismus und die sozialistische Utopie*

Die Bedeutung dieses Zusammenbruchs wurde verschieden beurteilt. Für praktisch arbeitende (Selbsthilfe-)Gruppen hat er faktisch keine Bedeutung, da die Probleme in der unveränderten westlichen Gesellschaft die gleichen geblieben sind und somit die Arbeit weitergeht wie bisher. Dagegen gibt es für viele (westliche) Reflexionsgruppen „keine Koordinaten mehr, die noch stimmen“, da es durchaus Wechselbeziehungen zwischen dem DDR-Sozialismus und der undogmatischen

*) Wenn ich hier und im Folgenden in Bezug auf Osteuropa das Wort „Sozialismus“ benutze, folge ich dem Sprachgebrauch auf der Tagung. Ich behaupte damit nicht, daß dies die beste aller möglichen Sprachregelungen ist.

schen Linken im Westen gegeben hat. Jedoch bleibt für diese Gruppen der Sozialismus weiterhin wichtig.

Teilnehmer aus dem Osten stellten fest, die praktische Bedeutung des Zusammenbruchs könne nur von Leuten beurteilt werden, die ihn miterlebt haben, während die Auswirkungen auf die Utopie eher vom Westen beurteilt werden können.

AG III: Die Bedeutung der theologischen Reflexion für die Entwicklung linker christlicher Politik

Hier gibt es zunächst einmal zwei verschiedene Ansätze: Zum einen der von Ragaz ausgehende, der bereit ist, religiöse Sprache in die Politik zu bringen und diese auch religiös zu interpretieren (mit der Gefahr des Fundamentalismus), zum anderen der Ansatz der Cfs, der von der Autonomie des Politischen ausgeht, der aber die Gefahr des Verlustes des Christlichen und eines rein taktischen Verhältnisses zur Kirche enthält. Letzteres Problem führte z. B. dazu, daß die chilenischen Cfs mangels einer eigenen theologischen Identität zwischen den politischen Parteien zerrieben wurden, was erst durch die in den Basisgemeinden verankerte Befreiungstheologie überwunden werden konnte.

Als eine Möglichkeit, wie wir die Theologie mit unserer Praxis zusammenbringen können, wurde

genannt, daß wir „Gegengeschichte“ gegen die herrschenden („pharaonischen“) Geschichten unserer Gesellschaft haben, die wir neu erschliessen und erzählen müssen.

Politik und Offenbarung

Die interessantesten Teile der Tagung waren sicherlich die beiden Referate von Dick Boer und Kuno Füssel. Dick Boer begann seinen Vortrag über „*Offenbarung und Politik - ein gescheitertes Verhältnis*“ mit einem Rückblick auf seine Erfahrungen mit den niederländischen Cfs, bei denen die dominierende Richtung (die „alle anderen herausgeekelt“ hatte) ein vom Tambacher Vortrag ausgehender Linksbarthianismus war, der den Sozialismus ohne religiöse Zutaten als ein Gleichnis und als vollständig autonom verstand. Dementsprechend sahen sie sich im Gegensatz sowohl zum orthodoxen Barthianismus wie zu den religiösen Sozialisten, „wie wir sie damals verstanden“ (einer der interessantesten Nebensätze der Tagung!). Dieser Ansatz war nicht problemlos, da er den „Sitz im Leben“ des Tambacher Vortrags übersah, der unter dem Eindruck des totalen Versagens der sozialistischen Bewegung im Vorfeld des ersten Weltkriegs entstand.

Nach dem Scheitern des „Sozialismus“ befinden wir uns heute wieder in einer ähnlichen Situation wie Barth. Die momentane Weltlage mit der alt-neuen Weltordnung, der

Ohnmacht der Unterdrückten und dem Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie erweist sich als hoffnungslos. Hier müssen wir uns mit Barth auf den Ort der totalen Niederlage konzentrieren, an dem mit der Auferstehung das „Nein“ Gottes gegen jede Spekulation über ein Ende der Geschichte gesprochen wird. Die Kirche hat bisher im Interesse der Herrschenden die Leidenden gepflegt, und auch im Sozialismus kommen die Unterdrückten nicht vor. Deshalb führt der Weg in Marginalität, Leid und die Unterdrückung der „geschundenen Körper“; es ist kein Makel, wenn man der Gegenbewegung ihre Ärmlichkeit ansieht. Den beiden „vernünftigen“ Möglichkeiten, mit der hoffnungslosen Situation umzugehen: zu versuchen, sich selbst nach oben zu kämpfen, oder zu resignieren, stellt die Offenbarung eine dritte entgegen: es unten auszuhalten.

Strategien, die Wirklichkeit zu verändern

Der Ausgangspunkt von Kuno Füssels „Nachdenklichen Ausblicken eines Christen für den Sozialismus“ war die Feststellung, daß zur Zeit eine Wirklichkeitsveränderung nicht auf der Tagesordnung steht und daß jetzt „Perspektiven des Widerstands“ gefragt sind.

Da zu dem herrschenden wirtschaftlichen und politischen System keine Alternative sichtbar ist, bietet sich realistisch nur der Bereich

der Zivilgesellschaft, der kulturelle und ideologische Bereich an, in dem es Möglichkeiten des Widerstandes gibt. Das Ziel muß dann sein, auf eine Delegitimierung des herrschenden Systems hinzuwirken.

Darauf folgte eine Analyse der „Krise der Linken“ als Teil einer allgemeinen Krise der intellektuellen Führung, die sich in einem Bedeutungsverlust der Soziologie als „Konsenswissenschaft“ zeigt, die sich mit Konflikten befaßt, die nicht mehr durch reine Herrschaftsausübung gelöst werden können, die sich aber wieder zunehmend in Konkurrenz zu (älteren) Mechanismen des „harten“ Krisenmanagements (wie etwa den polizeilichen Strategien) findet. Die Situation kann mit dem Schlagwort umschrieben werden: „Artisten in der Zirkuskuppel ratlos“.

Um in dieser Situation weiterzuarbeiten, gibt es vier Schwerpunkte:

1) *Befreiendes Handeln im Alltag*: Dies scheitert leicht an der eigenen Bequemlichkeit, jedoch können auch kleine Projekte und alltägliche Erfolge eine Verhaltensänderung bewirken.

2) *Aufklärungsarbeit*: Es ist dringend nötig, vorhandene Initiativen weiterzuführen und die Bildungsarbeit gekonnt wiederzubeleben, um der von den bürgerlichen Medien betriebenen Desinformation etwas entgegenzusetzen.

3) *Arbeit in Organisationen*: Hier sind der Phantasie keine Grenzen

gesetzt. Wer meint, in Parteien und Kirchen etwas bewegen zu können, soll das tun.

4) *Befreiendes Handeln in der Theorie*: Das heißt zunächst: Marxistische Analyse! Wenn die ganze (bürgerliche) Welt sagt, daß das vorbei sei, dann ist das für uns nicht relevant.

Das mündet in eine Strategie, um die Negativität der herrschenden Kultur abzubauen:

- Treue zum Widerspruch und zur eigenen Widersprüchlichkeit bewahren.
- Eine offene Selbstdarstellung der eigenen Spiritualität. Wir müssen wieder die Begriffe besetzen.
- Wir brauchen ein Umpolen der Sprachregelung, eine Revolution der Symbole. Wir dürfen das Kreuz nicht den Konservativen und den Masochisten überlassen.

Abschluß und Ausblick

Bei der abschließenden Diskussion wurde noch einmal die etwas seltsame Atmosphäre beklagt, eine gewisse emotionale Härte im Umgang miteinander und die unausgesprochen im Raum stehenden Vorbehalte untereinander. Als z. B. die Rede auf den Brief der ReSos (an Cfs betr. möglicher Fusion) kam, wurde von einem der vorbereitenden Münsteraner Cfs aggressiv festgestellt, daß „eine Fusion definitiv nicht das Thema der Tagung“ sei. Dabei wurde dann aber deutlich, daß diese Position innerhalb der Cfs nicht

unumstritten ist und andere Regionalgruppen weniger Angst vor einer irgendwie gearteten Zusammenarbeit zu haben scheinen.

Eine bedenkenswerte Anmerkung, die in diesem Zusammenhang fiel, war, die linken Gruppen hätten möglicherweise deshalb eine derartige Angst davor, von anderen vereinnahmt zu werden, weil sie selbst in ihrer Geschichte zu viele andere vereinnahmt haben.

Positiv bewertet wurde vor allem, daß es überhaupt diese Möglichkeit zu einem Treffen gab, sowie die beiden Referate.

Bei der Diskussion über eine mögliche weitere Zusammenarbeit hatte der Vertreter der ICL „die historische Situation richtig erkannt“, als er anbot, daß die ICL im nächsten Frühjahr zu einer Tagung im Tarifgebiet der Deutschen Reichsbahn einladen kann.

Einige persönliche Anmerkungen

Und was soll das Ganze jetzt?

Die mit Abstand interessanteste Perspektive ist das ICL-Seminar im nächsten Frühjahr, von dem ich mir durchaus einiges verspreche. Was hingegen eine Zusammenarbeit mit den Cfs angeht, wage ich keine Prognose, zumal sie momentan gut mit internen Problemen beschäftigt zu sein scheinen. Es gibt durchaus hoffnungsvolle Ansätze. Wenn sich jedoch das, was ich als „Münsteraner Linie“ wahrgenommen habe, als

Mehrheitsposition erweist, kommen mir doch Zweifel. Dabei sind es weniger die Positionen selbst (die ich oft nicht teile, aber durchaus akzeptieren kann), als vielmehr die Andersdenkenden gegenüber oft verletzend Art, in der sie vertreten werden, die zu denken gibt.

Ich verstehe auch nicht so ganz, warum jemand auf die Bemerkung, es sollte doch möglich sein, als Christen gemeinsam einen Gottesdienst zu feiern, reagiert, als hätte man ihn persönlich beleidigt. Hier scheint es sich wirklich als problematisch zu erweisen, daß für einen Teil der Cfs das Christentum „nur noch ein Problem der eigenen

Vergangenheit (ist), dessen sie sich aus mannigfachen Gründen noch nicht (haben) entledigen können“ (U. Brockhoff-Ferda: Die Entwicklung der Christen für den Sozialismus in der BRD und Berlin-West bis 1979, in: ChristInnen für den Sozialismus: Geschichte, Theorie, Praxisberichte. Münster 1992⁵, S. 45). Dann wiederholen wir bei dem letzten Punkt auf anderer Ebene einen Konflikt, der bereits in der Gründungsphase der Cfs aktuell war und nie wirklich geklärt wurde, aber auch nicht zur Spaltung führte.

Es bleibt zumindest noch einiges zu tun ...

Jahrestagung 1992 des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands

Vom 30.10. bis zum 1.11.1992 trafen sich im hessischen Bad Hersfeld 25 Vertreterinnen und Vertreter aus den Gruppen und Regionen des BRSD. Vertreten waren Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Thüringen. Es hatten sich noch mehr Mitglieder angemeldet, konnten aber aufgrund des fehlenden Platzes in der Bildungsstätte nicht teilnehmen. Im nächsten Jahr werden deswegen mehr Plätze reserviert. Allein schon die Tatsache, daß die Anmeldungen zahlreicher waren als die Unterbringungsmöglichkeiten, war erfreulich. Immer-

hin gab es auf dieser Tagung keine Referentinnen bzw. Referenten, die allein durch ihren „großen Namen“ für regen Besuch sorgen. Es war eine Tagung, auf der BRSD-Vertreterinnen und Vertreter die Arbeit der letzten drei Jahre diskutieren, eine neue Bundesleitung wählen und die Arbeit der nächsten Zeit besprechen und planen wollten.

Die zurückliegenden drei Jahren waren für den Bund eine wichtige Etappe. In dieser Zeit hat sich die Aktivität des Bundes und seiner Gruppen verstärkt und die Zahl der Aktiven hat sich sehr vergrößert. Gerade in einer gesellschaftlichen „Wendezeit“ ist dies

beachtlich. Die Zeitschrift „Christ und Sozialist“ konnte erhalten werden, allerdings bemerken wir auch den Klimawechsel. Viele Institutionen haben ihr Abo gekündigt, wogegen bei den Neubos Einzelpersonen überwiegen. Thomas Bassler wurde für die ehrenamtliche Übernahme von Satz und Lay-Out in den letzten Jahren gedankt. Diese Einsparung hat zur finanziellen Konsolidierung wesentlich beigetragen. Karin Bassler konnte in ihrem Kassenbericht auf geordnete Verhältnisse hinweisen. Unsere Mitglieder haben uns durch eine gute Beitragsmoral und ein überraschend gutes Spendenaufkommen in die Lage versetzt, die notwendige Arbeit in den Gruppen und Regionen auch finanzieren zu können. Gerade unseren Mitgliedern, die aufgrund regionaler Vereinzelung und aus anderen Gründen nicht an der aktiven Bundesarbeit teilnehmen können, diese aber ideell und materiell fördern, sei an dieser Stelle gedankt.

Der Bund hat sich in den letzten Jahren wesentlich verjüngt. Auffällig ist auch, daß diese neuen Mitglieder zu einem guten Teil aus nicht-akademischen Berufen kommen. Auch der katholische Anteil im Bund nimmt zu. Erstmals nahm an dieser Tagung ein Muslim aus unserer Frankfurter Gruppe teil.

Die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen und Gruppen hat sich intensiviert. Unsere Initiative aus dem Vorjahr, an Cfs ein Fusions-Angebot zu richten, ist allerdings ein Jahr später kaum vorangekommen. (Hierzu Udo Fleiges Bericht auf S. 65) Demgegenüber ist es mit der „Initiative christliche Linke (ICL)“ aus den neuen Ländern zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit gekommen.

In der anschließenden Diskussion wurde diese Analyse diskutiert und die Bestandsaufnahme wurde von den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern akzeptiert. Der BRSD hat sich seit 1989 konsolidiert und kann nach einer Phase qualitativen Wachstums und der Entwicklung einer „Bundes-Kultur“ jetzt wieder quantitativ und in die Breite wachsen.

Der bisherige Vorstand, Karin Bassler (Tübingen), Erhard Griesse (Willich/Rheinland), Udo Fleige (Tübingen) und Ulrich Peter (Berlin), wurde einstimmig entlastet. Vor der Wahl einer neuen Leitung ging es um die Arbeitsplanung für die nächsten Jahre. Ein wichtiges Thema war ein Schreiben, das die ICL an die Jahrestagung des BRSD gerichtet hatte, in dem es unter anderem hieß:

„Als Resultat des Mainzer Seminars hat der vorläufige Sprecherrat der ‚Initiative Christliche Linke‘ beschlossen, dem Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands e. V. ein Angebot auf intensivere Zusammenarbeit bis zur Fusion der beiden Gruppierungen zu unterbreiten“.

Die Jahrestagung beschloß, dieses Angebot anzunehmen und mit der ICL die bisherige Zusammenarbeit zu intensivieren. BRSD und ICL werden 1993 beim Münchner und Potsdamer Kirchentag kooperieren, zusammen Tagungen veranstalten und auch die gemeinsame Außenarbeit (z.B. Votum zum Rechtsradikalismus, in diesem Heft auf S. 44) fortsetzen.

Da BRSD und ICL unterschiedlich organisiert und strukturiert sind, wird sich die perspektivische neue Organisation durchaus von der bisherigen BRSD-Organisation unterscheiden. Aus diesem Grunde verzichtete die Jahres-

tagung auf geplante organisatorische Veränderungen und bat den bisherigen Sprecher und den Bundessekretär, eine weitere Amtszeit im Vorstand zu verbleiben, um so auch die Kontinuität im Zusammenwachsen BRSD/ICL zu gewährleisten. Da es gleichzeitig gelang, bisherige Aufgaben der Bundesebene auf Regionen und Gruppen zu verlagern, wurde dies akzeptiert. Als Bundesprecher wurde der ev. Theologe und Pädagoge Ulrich Peter (Berlin) gewählt, zum Bundessekretär der Tübinger Lehrer Udo Fleige und als Bundeskassierer der Frankfurter Bauingenieur Rudi Laeger. Verantwortlich für „Christ und Sozialist“ ist künftig Reinhard Gaede, evangelischer Pfarrer im ostwestfälischen Herford. Die neue Redaktion setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern fast aller Regionen.

Die Jahrestagung faßte darüberhinaus eine Reihe Beschlüsse zur Organisation und zur inhaltlichen Positionsbestimmung des Bundes. Zu nennen ist hier

1.) die Resolution zum Blauhelm- bzw. Bundeswehr-Einsatz:

„Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) lehnt jede Erweiterung des Einsatzgebietes und Auftrags der Bundeswehr ab, sei es als Blauhelm- oder Kampfeinsatz. Die gestiegene Verantwortung des vereinten Deutschlands sollte sich vielmehr zeigen in staatlicher Kontrolle von Waffenindustrie und Banken, in der Aufnahme von Flüchtlingen und in einer neuen Wirtschaftspolitik. Der Kampf gegen Armut und Ausbeutung und die Unterstützung aller Bestrebungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die das wirtschaftliche und soziale Gefälle in der Welt beendet, hat die Praxis einer

Politik zu sein, die ‚verantwortlich‘ genannt werden will. Der BRSD wirbt für eine neue, verantwortungsvolle - also sozialistische Außen- und Wirtschaftspolitik. Eine erweiterte militärische Präsenz in der Welt hat mit ‚Verantwortung‘ nichts gemein.“

2.) die Resolution „Von Rostock nach Sachsenhausen“ (S. 44), die zusammen mit der ICL erstellt und nach der Tagung bundesweit als Flugblatt verteilt wurde.

3.) eine Stellungnahme zu Billy Grahams Agitationsveranstaltung „Pro Christ 93“. Der BRSD unterstützt den „Offenen Brief Stuttgarter Lehrerinnen und Lehrer“ (JUNGE KIRCHE 10/92, S.582) an die württembergische Kirche und wendet sich gegen die Finanzierung dieser Veranstaltung aus Mitteln der Kirche. Auch wir „glauben an Jesus, der beim Einzug in Jerusalem die Chance einer Großevangelisation bewußt verstreichen ließ, der stattdessen den falschen Gottesdienst störte und ans Kreuz ging. Nur im Widerspruch zu diesem Glauben können wir die Mission Billy Grahams unterstützen.“

4.) Der BRSD unterstützt die anti-rassistische Demonstration am 14.11.1992 in Bonn und unterzeichnet den Aufruf. Die Mitglieder und Gruppen des BRSD werden zu dieser Demonstration mobilisieren.

5.) Die Jahrestagung beschloß die Kampagne „Öl für Kuba“ (Aufruf S. 69) zu unterstützen und 500,- DM hierfür zu spenden.

Ein weiterer Antrag, der von der Hamburger Gruppe gestellt und nach einer intensiven Diskussion einstimmig verabschiedet wurde, betraf die Sprache des BRSD. Die „klassische“ Bezeichnung lautet „Bund der religiösen Sozialisten“. An dieser „männlichen

Verkürzung“ haben Frauen, aber auch Männer in den letzten Jahren verstärkt berechtigte Kritik geübt. Die Gruppen haben diese Kritik schon länger aufgenommen. Künftig wird der „BRSD“ auch in der Bezeichnung ein „Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten“ sein. Die alten Werbematerialien werden noch aufgebraucht, alle neuen Materialien werden die neue „herrschaftsfreie Bezeichnung haben. Dies bedeutet auch, daß „Christ und Sozialist“ entsprechend verändert wird. Sobald der bisherige Vorrat an vorgedruckten Umschlägen aufgebraucht ist, wird „C&S“ einen neuen Namen brau-

chen. Wir bitten jetzt schon um Vorschläge.

Als wir am Sonntagmorgen nach einer von unserer Hamburger Gruppe ausgezeichnet vorbereiteten Andacht das Resümee unserer Tagung zogen, waren wir uns einig, daß es uns auch mit dieser Tagung gelungen war, ein weiteres Stück voranzukommen. Es war schön, die Bundesgenossinnen und -genossen wiederzutreffen und zusammen zu reden und zu feiern. Bis zum nächsten Jahr beim Kirchentag in München und bei der Jahrestagung 1993 in Gelsenkirchen!

Ulrich Peter

Udo Fleige

Fusion von CfS und ReSos? (Teil III) oder: Der Korb der Braut

Man könnte es so kurz zusammenfassen: der BRSD hat den CHRISTINNEN FÜR DEN SOZIALISMUS (CfS) einen Antrag gemacht. Doch die Braut CfS zierte sich, um nicht zu sagen: sie gab den ReSos (Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten) einen Korb. Und nun möchten diese sich nicht länger anbieten wie sauer Bier.

Allerdings kam aus Darmstadt neuerdings noch ein anderes Signal.

Das Angebot

Der erste Teil der Geschichte erschien in Heft 4/91 von *CHRIST UND SOZIALIST* (C&S). Dort ist der Brief unserer Mitgliederversammlung 1991 an die CfS dokumentiert, in dem wir anbieten, Gespräche zu führen, um die Möglich-

keit der Gründung einer gemeinsamen neuen Organisation zu prüfen. Es heißt in dem Brief, daß wir „unsererseits alles dafür tun [wollen], daß ein positiver Prozeß des Zusammenwachsens [beider Organisationen] in Gang kommt“. Der BRSD hat auf seiner Mitgliederversammlung im Oktober 1991 fünf Personen benannt, die mit Vertreterinnen und Vertretern der CfS Vorschläge für dieses Zusammenwachsen erarbeiten sollten.

In Heft 2/92 von C&S wurde in einem Zwischenbericht der weitere Gang der Dinge dargestellt: wie die CfS auf diesen Vorschlag zunächst gar nicht reagierte und nach einer erneuten Anfrage den Vorschlag ablehnte und statt dessen „einen anderen Weg“ vorschlug, „ein Netzwerk oder auch eine

Koordination“. Dem BRSD ging dieser Vorschlag nicht weit genug, er hielt sein Angebot aufrecht.

Verschwundene Post

Ein Brief des BRSD vom 30.3.92 ging dann offenbar im damaligen Cfs-Büro in Tübingen verloren, zumindest wurde er nie beantwortet und offensichtlich auch innerhalb von Cfs nicht weitergeleitet. Der Cfs-Hauptamtliche schrieb uns dazu am 21.9.92: *„Ein Brief des B.R.S.D. vom 30.03.92 liegt uns nicht vor, so daß wir keine Veranlassung sahen, irgendeine Antwort zu schreiben“*. Wir haben Cfs inzwischen den Brief ein zweites Mal zugesandt.

Verboten

Obwohl dem BRSD der von Cfs vorgeschlagene Weg eines Netzwerkes nicht weit genug ging, beteiligte er sich an dem von Cfs vorgeschlagenen Weg: Anfang Juli 1992 lud Cfs verschiedene linkschristliche Gruppen zu einem Seminar nach Mainz ein. Der BRSD beteiligte sich mit vier Delegierten an dieser Zusammenkunft, um so das Interesse an einer intensiveren Zusammenarbeit auch auf diese Art zu bekunden und um unseren Vorschlag nochmals einem breiteren Kreis zu erläutern. Auf dem Seminar wurde dem BRSD jedoch vom Versammlungsleiter der Cfs *ausdrücklich verboten*, für den Vorschlag einer organisatorischen Zusammenarbeit zu werben. Das Seminar sei *„nicht dazu angelegt, Fragen der Fusion zu diskutieren“*. Diese Frage sei nur *„ein regionales Problem von einigen Leuten“*. Die Veranstaltung sei ein Seminar von Cfs, und diese habe deshalb auch die Themen zu bestimmen. Erst in der

Schlußrunde der Tagung erhielten die Delegierten des BRSD kurz Gelegenheit, das Anliegen darzustellen - das auch nur deshalb, weil ein Kollege der CFK endlich wissen wollte, was es mit dem Vorschlag des BRSD denn nun eigentlich für eine Bewandnis habe.

Nicht kompatibel?

Für uns stellt sich die Angelegenheit nun so dar, daß Cfs offensichtlich leider an einer verstärkten organisatorischen Zusammenarbeit nicht interessiert ist. Unsere Argumente scheinen nicht überzeugt zu haben. Der Hauptamtliche von Cfs bestätigte dieses Desinteresse in seinem o. g. Brief nochmals ausdrücklich: *„Diese Kommission [für Vorgespräche mit dem BRSD] ist mangels Interesse nicht zustandegekommen.“* Er bat auch darum, es endlich zu respektieren, daß es *„innerhalb der Cfs eine Dynamik [gibt], die mit der Dynamik des B.R.S.D. nicht kompatibel ist.“*

Neue Zeichen

Kurz vor unserer Mitgliederversammlung 1992 erreichte uns nun ein Brief der Cfs-Delegiertenkonferenz (DK) vom 11.10.92 in Darmstadt, der wieder etwas hoffen läßt. In diesem Brief heißt es, daß der o. g. Brief des Cfs-Hauptamtlichen *„bezüglich Form und Inhalt des Schreibens, sowie der an den Tag gelegten Verfahrensweise“* kontrovers diskutiert wurde. Die DK beauftragte das (neue) Cfs-Büro in Freiburg, einen neuen Brief an den BRSD zu verfassen. In diesem Brief neuen Brief von Ende Oktober (ohne Datum) heißt es: *„Die Cfs-Delegiertenkonferenz wünscht eine Zusammenarbeit mit dem BRSD. Der*

Vorschlag diesbezüglich eine gemeinsame Kommission einzusetzen, wird weiterhin als sinnvoll erachtet“. Diese eventuelle Wendung erfreute die Mitgliederversammlung des BRSD. Wir hoffen, wieder von Cfs zu hören, wenn diese Kommission ernannt wurde.

Ein Angebot an den BRSD

Die Mitgliederversammlung des BRSD erhielt nun ihrerseits ein Angebot:

Es erreichte uns ein erfreulicher Brief der „Initiative Christliche Linke“ (ICL) der Ex-DDR. Die ICL schreibt: *„Als Resultat des Mainzer Seminars hat*

der vorläufige Sprecherrat der INITIATIVE CHRISTLICHE LINKE beschlossen, dem Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands e.V. ein Angebot auf intensivere Zusammenarbeit bis zur Fusion der beiden Gruppierungen zu unterbreiten. Wir halten die Argumentationskette, die den BRSD bewogen hat, den „ChristInnen für den Sozialismus“ einen mehrjährigen Prozeß des Zusammenwachsens vorzuschlagen, für schlüssig.“

So bekam der Besuch des Mainzer Seminars vom Juli 1992 letztlich doch noch seinen Sinn.

Hinweise auf Bücher

Christl Wickert: Helene Stöcker. Bonn: Dietz-Verlag 1991.

Im April letzten Jahres erschien im Dietz-Verlag Bonn eine sehr lesenswerte Biographie über Helene Stöcker (1869-1943), Frauenrechtlerin, Sexualreformerin und Pazifistin. Autorin ist Christl Wickert, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichtswissenschaft der TU Berlin.

Dem Buch liegen Helene Stöckers unvollständig gebliebene Autobiographie sowie ihre zahlreichen Zeitschriftenartikel, Bücher, Berichte, Vorträge und Briefe zugrunde. Im Anhang finden sich eine Zeittafel und über 100 Kurzbiographien von Weg- und ZeitgenossInnen Helene Stöckers: eine wichtige Ergänzung zum Hauptteil des Buches und als Kurzlexikon davon unabhängig zu gebrauchen.

Es ist Christl Wickert gelungen, ein umfassendes Bild einer der wichtigsten

Vertreterinnen der ersten deutschen Frauenbewegung zu zeichnen. Nicht nur Helene Stöckers rastlose Tätigkeit in zahlreichen sozialen Vereinigungen, ihr öffentliches Wirken als Dozentin, Frauenrechtlerin und Kriegsgegnerin wird ausführlich dargestellt. Daneben wird viel von Helene Stöckers privatem Lebensweg sichtbar, z. B. ihre zwei schwierigen Beziehungen mit Männern, die erste mit dem Nietzsche-Spezialisten Alexander Tille, die zweite mit dem jüdischen Rechtsanwalt Bruno Springer. Deutlich wird hierbei, daß es Helene Stöcker selbst wohl nicht gelungen ist, ihre Vorstellung eines gleichberechtigten Miteinanders von Mann und Frau mit ihren Partnern umzusetzen.

Helene Stöcker war eine in der Weimarer Republik bekannte, geachtete und ebenso umstrittene Persönlichkeit. Sie kam aus einem stark religiös geprägten Elternhaus und fand früh Kontakt zur Frauen- und Friedens-

BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTINNEN UND SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS E.V.

B.R.S.D. e.V.
Postf. 2521
W- 7400 Tübingen

b.r.s.d. e.V., Postf. 2521, W-7400 Tübingen

An Cfs-Büro c/o
Richard Gertis
Rerthweg 30

7800 Freiburg

Liebe Cfs,

hiermit bestätigen wir Euch den Empfang des Briefes des Cfs-Büros (Regionalgruppe Freiburg) von Ende Oktober 1992 (ohne Datum, unterzeichnet von Klemens Maier).

In der Tat hatten wir,

- nachdem unser erster Brief vom Oktober 1991 erst nur zögerlich und dann in der Tendenz ablehnend beantwortet wurde,
- nachdem auf unseren Brief vom 30.3.92 gar nicht reagiert wurde, weil er offenbar im Tübinger Cfs-Büro verschollen ging,
- nachdem uns auf dem Mainzer Seminar Anfang Juli 1992 verboten wurde, vor den anderen Gruppen unseren Fusions-Vorschlag zu thematisieren,
- nachdem uns Michael Korbmacher als Hauptamtlicher von Cfs am 21.9.92 einen sehr unfreundlichen Brief schrieb, in dem er uns bat, endlich zu respektieren, daß bei Cfs kein Interesse an einem Schritt in Richtung Zusammenschluß besteht

die Akte "Fusions-Angebot an Cfs" vorläufig geschlossen - wir wollten uns auch nicht ständig anpreisen wie saures Bier.

Euer neuer Brief hat uns rechtzeitig vor unserer MV 1992 erreicht, wir haben ihn dort verlesen können, und es hat uns gefreut, das Eure DK in Darmstadt vom 11.10.92 nun eine Zusammenarbeit mit dem BRSD wünscht und eine Kommission einsetzen will!

Wir schlagen Euch nun vor, daß Ihr Euch bei uns wieder meldet, wenn diese Kommission sich gebildet hat (unsere steht seit Oktober 1991 bereit und war z.T. schon auf dem Mainzer Seminar anwesend (siehe oben). Ihr werdet verstehen, wenn wir von uns aus in dieser Angelegenheit nicht mehr aktiv auf Euch zugehen werden - und das ist wohl auch in Euerem Sinne. Dann - wenn Ihr Euch wieder gemeldet habt - könnten wir einen Termin vereinbaren. Von einem Treffen der "Christlichen Linke" im Januar 1992 (von dem Ihr schreibt, daß dort eine Terminabsprache stattfinden sollte) ist uns übrigens nichts bekannt.

Um die Zeit zu nutzen, wird unsere Kommission die Gespräche mit der ICL weiterführen. Die ICL hatte uns am 13.10.92 geschrieben: "Als Resultat des Mainzer Seminars hat der vorläufige Sprecherrat der INITIATIVE CHRISTLICHE LINKE beschlossen, dem Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands e.V. ein Angebot auf intensivere Zusammenarbeit bis zur Fusion der beiden Gruppierungen zu unterbreiten. Wir halten die Argumentationskette, die den BRSD bewogen hat, den "ChristInnen für den Sozialismus" einen mehrjährigen Prozeß des Zusammenwachsens vorzuschlagen, für schlüssig."

Nun wieder in der Hoffnung, von Euch zu hören,
verbleiben wir
mit solidarischen Grüßen,

Tübingen, den 13.11.92
im Auftrag
(gez. Bundessekretär)

Schaffen wir ein, zwei, drei ... viele Barrel Öl nach Cuba!

Weg mit der US-Blockade!

Die Lage in Cuba ist dramatisch. Die Verbindung von US-Blockade, die seit dreißig Jahren aufrecht erhalten wird und drastischem Rückgang des Handels mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Verschärfend wirkt, daß die Bundesrepublik die Verträge zwischen Cuba und der DDR nicht mehr fortführt.

Die Lieferung von Energie und Rohstoffen ist praktisch völlig zum Erliegen gekommen. Das Gespenst einer Krise gerade auch in den Bereichen der größten cubanischen Errungenschaften zeichnet sich immer deutlicher ab: Cubas Kinder konnten sich bisher - im Gegensatz zu Millionen verlassener, hungernder, als lebende Organbanken ausgebeuteter Kindern in Lateinamerika - gut genährt und medizinisch versorgt in einem allen zugänglichen Schulsystem entfalten. Das ist nun infragegestellt.

Wir haben unterschiedliche Positionen zum cubanischen Regierungssystem. Aber gemeinsam verurteilen wir den Versuch, eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen. Das Recht des cubanischen Volkes auf eine **eigene** Entwicklung muß gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden.

Deshalb fordern wir:

- die unverzügliche Aufhebung der US-Wirtschaftsblockade
- den Abzug aller US-Truppen aus Guantanamo
- keinerlei offene und verdeckte Militärationen der USA gegen Kuba
- die weitere Erfüllung oder Fortführung der Verträge zwischen Cuba und der ehemaligen DDR durch die Bundesrepublik
- statt Unterstützung der Bundesregierung für die US-Wirtschaftsblockade ihr Eintreten für deren Aufhebung in EG und UNO

Leisten wir darüber hinaus praktische Solidarität mit dem cubanischen Volk, nicht nur einmal sondern regelmäßig:

Schaffen wir eins, zwei, drei ... viele Barrel Öl nach Cuba!



UnterstützerInnen: Prof. Klaus Bätjer-Claassen (Physiker), Prof. Klaus Brake (Regional- und Stadtplaner), Prof. Dieter Bor-Is (Politikwissenschaftler), Jutta Brabant (MdB, PDS-LI), Christian Dehm (Studienleiter Dienste in Übersee), Jutta Dittfurth (Vorstand Deutsche Journalisten Union in der IG Medien), Prof. Ulrich Duchrow (Theologe), Prof. Martin Franzbach (Literaturwissenschaftler), Prof. Georg Fülberth (Politikwissenschaftler), Thomas Gebauer (medico international), Dr. Gregor Gysi (MdB, PDS-LI), Erich Hackl (Schriftsteller), Hannelore Heinrich (Journalistin), Hans-Jürgen Kröger (Gewerkschaftsausschuß HBV), Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur „metall“), Prof. Peter von Oertzen (SPD-Parteivorstand), Prof. Norman Poesch (Jurist), Dorothee Piermont (MdEP), Prof. Uta Ranka-Heinemann (Theologin), Inge Remmert-Fontes (Studienleiterin „Dienste in Übersee“), Prof. Schapour Ravasani (Politikwissenschaftler), Dr. Ulla Rovers (Lehrerin), Karl-Heinz Roth (Arzt und Historiker), Henning Scherf (Bürgermeister Bremen), Prof. Jens Scheer (Physiker), Prof. Gerhild Schwach (Medizinerin), Prof. Dorothee Sölle (Theologin), Gordian Troeller (Filmemacher), Prof. Marie Veit (Theologin), Ludger Volmer (Bundessprecher „Die Grünen“), Manfred Zieran (BundessprecherInnenrat „Ökologische Linke“), Prof. Jochen Zimmer (Sozialpädagoge), Arbeitskreis Internationalismus Karlsruhe, AutorInnenkollektiv CoCo-Piranhas, BundessprecherInnenkreis der Vereinigung Verfolger des Naziregimes, Kultur-Cooperation e.V., Deutsch-Cubanische Gesellschaft (DeCub), Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba, Informationsbüro Nicaragua e.V., Informationsstelle Lateinamerika (ila), Taller de la Solidaridad.

Spenden unter dem Stichwort: „Energie für Cuba“ auf das Konto Nr. 132 975 707 bei der Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, (Klaus Wardenbach)

Kontaktadresse:
Dorothee Piermont, Postfach 21 02 32, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/16 91 98

bewegung. 1892 gehörte sie zu den GründerInnen der „Deutschen Friedensgesellschaft“, 1921 gründete sie die „Internationale der Kriegsdienstgegner“, in den Vorständen der meisten Friedensorganisationen ihrer Zeit war sie aktiv. In der Ablehnung jeder Wehrpflicht sah sie den besten Weg zur Verhinderung von Kriegen. In Anlehnung an Ghandi und Tolstoi befürwortete sie gewaltfreie antimilitaristische Aktionen. Nur eine radikale Demokratie im sozialistischen Sinne, „vom Fluch des Kapitalismus befreit“, wie sie 1931 schrieb, schien ihr weitere Kriege verhindern zu können.

Auch innerhalb der Frauenbewegung waren Helene Stöckers Positionen nicht unumstritten. Frauen wie Helene Lange oder Gertrud Bäumer, die sich als ihre gemäßigten Vertreterinnen verstanden, kritisierten die Aktivitäten des „Bundes für Mutterschutz“, an dessen Aufbau Helene Stöcker maßgeblich beteiligt war. Die Forderungen des Bundes, z. B. nach Abschaffung des § 175, der homosexuelle Beziehungen unter Strafe stellte, oder für die gesetzliche Anerkennung und Gleichsetzung der „freien Ehe“, wurden auch innerhalb der Frauenbewegung zurückhaltend bis ablehnend aufgenommen. Wer für die soziale Anerkennung von unehelichen Müttern und ihren Kindern und gegen das Abtreibungsverbot zu Felde zog, lief Gefahr, sich ins gesellschaftliche Abseits zu bringen.

Anrührend ist auch der letzte Teil der Biographie, der Helene Stöckers Exil während der Nazi-Zeit zum Thema hat. Nach und nach hat diese Frau alles verloren, was ihre Identität und Selbständigkeit ausgemacht hatte. Die USA, Endstation ihrer Flucht vor den Nazis, erreicht sie einzig mit dem

Manuskript ihrer Autobiographie, alle andere persönliche Habe, selbst der Kleiderkoffer, ist verlorengegangen. „So verliert man ein Besitztum nach den anderen“, schreibt sie 2 Jahre vor ihrem Tod. „Häuslichkeit, Vaterland, die wichtigsten Daten und Bücher, und endlich auch noch die Kleidung. Man ist wie ein Schiffbrüchiger, der nur das nackte Leben rettet - das man am Ende ja auch drangeben muß“.

Ich hoffe, manch eine/r ist jetzt neugierig auf dieses Buch geworden. Christl Wickerts differenzierter Darstellung sind viele Leser und Leserinnen zu wünschen.

Christa Peter

Henriette Wottrich: Auguste Kirchhoff. Bremen: Donat-Verlag. 28.- DM.

Auguste Kirchhoff (1867-1940) war eine der Zeit- und Weggenossinnen Helene Stöckers. Auch über ihr Leben liegt nunmehr eine ausführliche Biographie vor, die von einer ihrer Enkelinnen verfaßt wurde und 1990 in der Reihe Geschichte und Frieden im Donat-Verlag Bremen erschien. Das Buch zum Preis von 28 DM sei allen Christ-und-Sozialist-LeserInnen wärmstens empfohlen.

Nicht nur Auguste Kirchhoff selbst wird in der Darstellung lebendig, sondern auch die Zeit um die Jahrhundertwende und die Jahre der Weimarer Republik, wie sie Auguste als Ehefrau des angesehenen liberalen Bremer Senators Heinrich Kirchhoff erlebte. Eine temperamentvolle, resolute, mit Geist und Witz begabte Ehefrau und Mutter von fünf Kindern, eine Künstlerin, die in Konzerten sang und Unterricht gab, eine Gastgeberin, deren Heim für seine Atmosphäre von Heiterkeit und Wär-

me, Liberalität und hohem geistigen Niveau bekannt war - das war Auguste Kirchhoff, aber sie war noch mehr.

Beeinflußt von dem den Ideen Nietzsches verpflichteten und wegen seiner sozialistischen Vorstellungen heftig angefeindeten Bremer Pastor Albert Kirchhoff begann sie, aus dem engen Kreis des Persönlichen herauszutreten und sich öffentlich mit an die Spitze der bürgerlichen Frauenbewegung, zu deren linkem Flügel sie zählte, zu stellen. Sie wurde eine der engagiertesten Verfechterinnen des Frauenstimmrechts, ohne sich von heftigen Protesten, Hohn und Spott - nicht nur von Männern im konservativen Bremen geäußert - beeinflussen zu lassen. Zeitlebens hielt sie es nach dem Motto: „Ein gerechter Kampf hat noch niemandem geschadet, er macht mutig und stark, er gibt Frische, Freude und inneren Halt.“ (S. 46) Ebenso wichtig wie der Kampf um das Frauenstimmrecht war ihr die Arbeit im Bund für Mutterschutz, bei der sie Helene Stöcker kennenlernte.

Der Ausbruch des 1. Weltkrieges erschütterte die Pazifistin Auguste Kirchhoff, deren Sohn Frido sich sofort freiwillig zum Kriegsdienst meldete. Es gehörte Mut dazu, sich Anfang 1915 mitten in der Kriegsbegeisterung mit der kleinen deutschen Abordnung auf den Weg nach Den Haag zum internationalen Frauenkongreß zu machen, der von den deutschen Frauenvereinen boykottiert wurde, weil man der Frauen der „Feinde“ nicht begegnen wollte. 1 200 Deligierte forderten, internationale Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen und endlich das politische Wahlrecht auch Frauen zuzugestehen. Eine Haßkampagne empfing die nach Bremen zurückgekehrte „Vaterlandsverräterin“. Es war und blieb Auguste Kirchhoffs

Überzeugung, daß besonders die Frau als Lebensspenderin sich gegen den Krieg als Lebenszerstörer empören müsse. Ein Leben wie das der bewußt unverheiratet gebliebenen Helene Stöcker muß Auguste Kirchhoff unverständlich gewesen sein, für sie war die Mutterschaft die „Erfüllung eines ganzen vollen Frauenschicksals“.

Bei all ihrer mit vollem Engagement ausgeführten politischen Tätigkeit, blieb die Familie immer der Mittelpunkt ihres Lebens. Als die Kinder aus dem Haus waren und ihr Mann, der sie immer unterstützt hatte, was bei seiner Stellung nicht immer leicht war, 1929 einem Herzinfarkt erlag, versank sie in Angst, Depression und Hilflosigkeit. Das Jahr 1931 widmete sie unter Aufbietung aller Kräfte dem Kampf gegen den aufkommenden Nationalsozialismus, dessen Gefahren sie deutlich erkannte und ebenso deutlich benannte. Dann aber nahmen ihre körperlichen und geistigen Kräfte zusehends ab, bis sie 1940 verstarb.

Christa Peter

Widerspruch aus Standhaftigkeit und Beweglichkeit

Willy Spieler: Zeichen der Zeit. Wider den Strom - Analysen und Positionen. Edition Exodus, St.-Karli-Quai 12, Pf. 52 66, CH-6000 Luzern 5. 282 Seiten, DM 33,80

Seit über 13 Jahren schreibt unser Freund Willy Spieler, Redakteur der 1906 begründeten „Neuen Wege“, unserer „großen Schwester“ aus der Schweiz, in seiner Monatszeitschrift Kommentare, in denen er sich mit den Problemen der Zeit kritisch auseinan-

dersetzt. Er hat damit einen Brauch wiederaufgenommen, der für die Gestaltung der Zeitschrift durch Leonhard Ragaz über Jahrzehnte wesentlich war. Der Begriff „Zeichen der Zeit“ aus Mt 16,1-4 ist dabei richtungweisend: Es geht nicht um ewige Normen, sondern um zeitbezogene Anwendung der maßgeblichen kritischen Erkenntnisse der Menschheit. So kristallisiert sich aus schweizerischer Widerborstigkeit eine Stimme heraus, die in Standhaftigkeit ebenso wie in dialogbereiter Beweglichkeit heilsamen Widerspruch erhebt gegen „das, was bloß geschieht“.

Die imperiale Politik der Weltreiche, das Kritisierenswerte an den Haltungen der Kirchen und Christen, die Auseinandersetzung mit Marxismus und Sozialismus aus dem Geiste von Leonhard Ragaz - und nicht zuletzt das Eintreten für die Schwachen und an den Rand Gedrängten sind die roten Fäden der Beiträge, mit denen Willy Spieler würdig das Vermächtnis von Ragaz antritt. Einige haben wir in den letzten Jahren für C&S übernommen. Die nun vorliegende Sammlung legt Rechenschaft ab über Denken und Sprechen eines religiös-sozialistischen Zeitzeugen der vergangenen 1 - 2 Jahrzehnte.

Manfred Züfle sagt von diesen Texten: „Sie waren und sind immer das erste, was ich lese in der von Leonhard Ragaz gegründeten Zeitschrift für Sozialismus und Christentum. Diese analytischen Fest-Stellungen wider den Strom dessen, was bloß geschieht, waren und sind mir wichtig, weil eine konsequent-kritische Zeitgenossenschaft sich anmeldet, sich klar und deutlich herausnimmt, die Geister zu unterscheiden, in dem, was geschieht, ein Zeichen zu sichten.“

Erhard Griesse

Einheit der Christen - Einheit der Menschheit

Gerd Ruppell: Die Einheit ist unteilbar. Die Menschheit und ihre Einheit als Thema in der ökumenischen Diskussion zwischen 1910 und 1983. Mit einem Geleitwort von Philip Potter. Rothenburg/T. 1992, 426 S., DM 39,80

Das Buch ist als erster Band der „Ökumenischen Studien“ des 1991 gegründeten Ernst Lange-Instituts für ökumenische Studien, Spitalgasse 30, 8803 Rothenburg/T. erschienen. Es ist die Arbeit unseres jetzt in Finnland tätigen Freundes Gert Ruppell (siehe C&S 1/90 „Umkehr zum Gottesrecht. Eine biblisch-theologische Kritik der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Entwicklungen in Westeuropa“), eine Bochumer Dissertation, von Konrad Raiser, dem neuen Generalsekretär des Weltrats der Kirchen begleitet und betreut.

Eine Doktorarbeit ist nicht immer leicht zu lesen. Diese empfiehlt sich jedoch, nicht nur weil die vielen Fußnoten interessante Einzelheiten und Einzelzitate enthalten, sondern vielmehr wegen des brisanten und bewegenden Themas. Es geht um nicht weniger als um die im Umkreis der Bemühungen der „Genfer Ökumene“ erarbeitete Einsicht, daß die Einheit der Kirche funktional für die Einheit der Menschheit ist. Dazu gehört die Erkenntnis, daß wir in unserem Jahrhundert an einem „qualitativen Bruch in der Weltgeschichte“ (Ekkehard Krippendorff) stehen, der die Frage nach dieser Einheit bzw. dem unausweichlich gemeinsamen Schicksal der Menschheit, ja der Erde insgesamt aktuell macht. Wer noch

dazu weiß, wie sehr gerade diese spezifische Ausrichtung ökumenischer Arbeit von Fundamentalisten und einem Großteil der Evangelikalen bekämpft und dämonisiert wird (so daß der Ehrenbegriff „Ökumeniker“ zum Gegenbegriff zu „evangelikal“ wurde), der ahnt die Aktualität und Spannung in diesem Thema.

Gert Ruppell dokumentiert präzise die vielfältigen Schritte und Äußerungen vor allem anläßlich und im Umkreis der großen ökumenischen Konferenzen zwischen 1910 und 1983. Der Aspekt der Ekklesiologie und der Kircheneinheit kommt dabei keineswegs zu kurz. Vielmehr gelingt m. E. der Nachweis, daß ekklesiologische Fragen und Antworten immer auch Stellungnahmen zur globalen Gemeinschaft der Menschen und Völker („Kirche als Zeichen einer kommenden Weltgemeinschaft“) sind wie auch umgekehrt.

Von Ragaz und anderen Gewährsleuten her ist diese Thematik religiösen Sozialisten wohlvertraut. Ich erinnere mich an die Begegnung der Vertreter des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten in Genf 1987 mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Weltrats der Kirchen - und dabei der Erwartungen und Hoffnungen, die diese in unsere Bewegung stecken. Die „Genfer Ökumene“ ist - das sei zu ihrer Ehre gesagt - weder eine Superkirche oder eine zentralistische Führungsspitze noch etwa eine Institution zum Zweck binnenkirchlicher Nabelschau; sie ist in ihrem Wesen eigentlich eine *Bewegung*, die die *Einheit und Erneuerung der Christenheit* (und ihrer Institutionen) im *Dienste der Menschheit* und der Erde sucht.

Gert Ruppells Dissertation ist eine Art Handbuch zu diesem zentralen

Thema geworden, und als solches ist es erstaunlich preiswert geraten. Dank sei dem Ernst-Lange-Institut, das (unter o. g. Adresse) gern über seine Arbeit informiert.

Erhard Griesse

Jüdische Theologie nach Auschwitz

Marc H. Ellis: Zwischen Hoffnung und Verrat. Schritte auf dem Weg einer jüdischen Theologie der Befreiung. Edition Exodus, Luzern 1992, 177 S., DM 36,50

Auch dieser Autor und vor allem sein Thema sind C&S-Lesern nicht unbekannt. Für Heft 4/88 und 1/89 hatte ich einen für mich nicht nur anregenden, sondern vielmehr erregenden Artikel von Marc H. Ellis aus dem Englischen übersetzt, der in etwa eine Kurzfassung seines nunmehr dank der Edition Exodus im Deutschen vorliegenden Werkes war. Ansätze zu einer jüdischen Befreiungstheologie, die sich als Theologie nach dem ungeheuren Bruch, der „universellen Krise“ in der Erfahrung der Shoah, als Theologie der Überlebenden („in slaughter and survival“ heißt es schier unübersetzbar im Original) darstellt, mit einer für Christen atemberaubenden, aber m. E. beispielhaften Sensibilität für so etwas wie Atheismus, Nichtglaubenkönnen, Verzweiflung und Resignation - das muß man in kleinen Schritten lesen. Dabei stellt Ellis, ehe er in sechs Punkten diese Ansätze systematisiert und als Hauptlinien einer jüdischen Befreiungstheologie charakterisiert (S. 122ff), zunächst nur durchaus unterschiedliche Ansätze dar, alle aber verbunden mit den leidvollen

Erfahrungen dieses Jahrhunderts, die bei manchen einen Rang nahe der Exodus-Erfahrung und dem Vermächtnis der großen Rabbiner erhalten. Bekannte Namen tauchen auf, wie der von Elie Wiesel, dann zunächst weniger bekannte amerikanische Juden, deren Namen und Denken mir seit jener Übersetzungsarbeit vertraut sind: Richard Rubenstein, Emil Fackenheim, Irving Greenberg, Earl Shorris, Arthur Waskow, nicht zuletzt Frauen wie Paula Hyman und Susan Weidman sowie Bewegungen wie Oz-we-Shalom und die „New Jewish Agenda National Platform“. Wer in Europa weiß etwas von dem Engagement jüdischer Menschen als „Witness for Peace“ im sandinistischen Nicaragua (S. 62f)? Oder von ihrer Auseinandersetzung mit schwarzafrikanischer, lateinamerikanischer oder asiatischer christlicher Befreiungstheologie? Wer könnte die hochdifferenzierten Positionen der wieder zum Glauben der Väter zurückgekehrten jüdischen Menschen des sakularisierten Nordamerika nachzeichnen, die aus den „linken“ Bürgerrechtsbewegungen kommen - und dem politisch-sozialkritischen Anliegen, nun aber mit ganz neuer Intensität, Tiefe und Konfliktbereitschaft, verbunden bleiben? Wer könnte sagen, wie das Lebensgefühl orthodox-jüdischer Feministinnen aussieht und wie sie ihre Herkunft, ihren Glauben und ihre emanzipatorischen Ziele beschreiben?

Allein um dieses hochdifferenzierte Bild von Bewegungen im heutigen Judentum zu gewinnen, lohnt sich das - wie gesagt: sorgfältig und in kleinen Einheiten zu lesende - Buch. Für dem religiösen Sozialismus nahestehende Zeitgenossen ist darüber hinaus die erregende Parallele zu christlichen Versu-

chen bedeutsam, biblische Geschichtsdeutung ins Heute weiterzuführen, „Theologie nach Auschwitz“ zu wagen, und die Erneuerung und Vertiefung im Glauben mit Offenheit für alle Menschen und kritischer politischer Arbeit zu verbinden.

Ich empfehle leidenschaftlich den Kauf des Buches.

Erhard Gries

Ein Evangelischer Sozialdemokrat

Rüdiger Reitz, Manfred Zabel (Hg.): Johannes Rau. Lebensbilder. 240 Seiten mit vielen Fotos und Faksimiles. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn 1992, DM 45.-

Ein Buch mit vielen Bildern, mit Texten von Johannes Rau und mit Texten über ihn, mit Zeitungsberichten, z. T. als Faksimiles, großformatig und ansprechend, so richtig zum Blättern und auswahlweisen Lesen - ein buntes Lebensbild des gerade genesenen langjährigen Ministerpräsidenten des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes, des Landesvaters und „Bruder Johannes“, gut gestaltet und für die aufwendige Ausstattung auch preiswert, so recht zum Schenken, auch zu Weihachten - und zum Ins-Regal-Stellen, damit der Besucher merkt, wohin der Buchbesitzer gehört. Dabei ist es äußerst informativ und interessant, vor allem den „frühen Johannes Rau“ in Foto und Wort kennenzulernen.

Als „bürgerliche Seiteneinsteiger“ werden da die bezeichnet, die 1957 von Gustav Heinemanns „Gesamtdeutscher Volkspartei“ in die SPD kamen wie Johannes Rau. Den „Stallgeruch der

Arbeiterbewegung“ hatten sie nicht - aber wer hat den schon in der SPD? Damit waren sie auf die Dauer ja nicht die einzigen. Und die da wie Rau aus einem weltoffenen Pietismus über evangelische Schüler- und Jugendarbeit zur Politik schließlich in der SPD kamen, waren wohl doch nicht immer die gemäßigten unter den Sozialdemokraten, die vom „rechten Flügel“, vielmehr da, wo es um neue Schritte, aber auch um faire Auseinandersetzung ging, unter den ersten.

In unserem wiedererstandenen Bund der Religiösen Sozialisten war dies freilich eine Position, die nur einigen als biblisch begründeter und motivierter Sozialismus ausreichte. Wo einerseits große Gruppen aus der evangelischen Jugendarbeit wie selbstverständlich politisch ihr Engagement in der Sozialdemokratie fanden, da erschien anderen, die „als Christen (und Christinnen) Sozialisten“ sein wollten, die Partei und Politik Helmut Schmidts als zu wenig konsequent in der Tradition des demokratischen Sozialismus und zu anpassungsbereit an bürgerliche, ja kapi-

talistische Positionen. Zudem bot das Aufkommen der „Grünen“ eine Alternative im linken Spektrum an.

Dennoch erinnert uns dieses Johannes-Rau-Buch an viele Gemeinsamkeiten und gibt auch die Frage mit auf den Weg, wie sich realistischere Sozialisten zur SPD künftig entwickeln sollte.

Erwähnt sei besonders: Raus Grußwort zur Festschrift für Johannes Harter von 1973 (S. 130f); „Einige Anmerkungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Sozialismus und Christentum“, Geleitwort zu Theodor Noa: Sozialismus und Christentum, von 1988 (S. 151-154) und - nicht zuletzt - sein Bericht (in der „Welt“ vom 3.3.1980!) über den rheinischen Synodenbeschluss „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980 („Judenmission widerspricht der Bibel“) und manch anderes zum Verhältnis der Christenheit zu ihrer jüdischen Wurzel aus der Feder des Ehrendoktors der Universität Haifa/Israel.

Erhard Gries

Abo und Geschenk-Abo „Christ und Sozialist“

Seit 42 Jahren erscheint die Vierteljahreszeitschrift der deutschen Religiösen SozialistInnen: **CHRIST UND SOZIALIST**.

Das Jahresabonnement kostet DM 20.- (Ausland DM 25.-) inkl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein „Förder-Abo“ gedeckt werden, um das wir LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30.-, DM 50.- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialisten beträgt z. Z. DM 70.- pro Jahr; darin ist das Abo für „Christ und Sozialist“ sowie der Mitglieder-Rundbrief enthalten. Beträge über DM 20.- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: B.R.S.D., Pf. 25 21, 74 Tübingen

- ☐ Ich interessiere mich für eine Mitgliedschaft im B.R.S.D.
☐ Hiermit abonniere ich „Christ und Sozialist“ ab Heft _____
☐ zum Bezugspreis von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr.
☐ zum Förderpreis von DM _____ im Jahr.
☐ Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von „Christ und Sozialist“ von Heft _____ bis Heft _____ / bis auf Widerruf* für

*Nichtzutreffendes streichen

Name: _____

Anschrift: _____

- ☐ zum Bezugspreis von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr.
☐ zum Förderpreis von DM _____ im Jahr.

Besteller: _____

Anschrift: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch „Alt-AbonnentInnen“).

Kontoinhaber: _____

Anschrift: _____

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialisten e.V. widerruflich

- ☐ eine einmalige Spende in Höhe von DM _____,
☐ die Abo-Gebühr für „Christ und Sozialist“ von DM 20.- (Ausland DM 25.-) im Jahr,
☐ die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM _____ im Jahr

von meinem Konto bei der (Kreditinstitut:) _____

BLZ _____ Konto-Nr. _____ einzuziehen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein ☐ Neu-Abo / ☐ Alt-Abo.

Jahrestagungen 1993 und 1994 des B.R.S.D.

Bereits jetzt sind die Termine für die B.R.S.D.-Jahrestagungen 1993 und 1994 festgelegt worden:

1993: 22. - 24. Oktober in Gelsenkirchen

1994: 21. - 23. Oktober in Bad Hersfeld

Bitte vormerken!

Der Vorstand

Impressum

Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Ulrich Peter (Berlin), Udo Fleige (Tübingen), Rudi Laeger (Frankfurt/M).

Erscheinungsweise vierteljährlich.

Bezugspreis z. Zt. jährlich DM 20.- (Ausland DM 25.-) incl. Porto.

Zahlungen zu Beginn des Kalenderjahres bitte selbständig an den Bund der Religiösen Sozialisten, Postgiro Dortmund 189 389-464 (BLZ 440 100 46). Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. **Förderabo** DM 30.- oder mehr. Beträge über DM 20.- sind als Spende steuerlich absetzbar.

„Christ und Sozialist“ kooperiert mit „Neue Wege“, Zürich.

Redaktion: Reinhard Gaede, Laarer Str. 297, W-4900 Herford (Schriftleitung); Lothar Bücken (Wetter), Erhard Griese (Willich), Rolf Köhler (Bad Schönborn), Ulrich Peter und Oliver Vogelsmeier (Berlin).

Abonnements und Retours: B.R.S.D., Postfach 2521, W-7400 Tübingen. Kündigungen zum Jahresende wirksam.

Layout: Thomas Bassler, Tübingen. **Druck:** Hephata-Werkstätten, Mönchengladbach.

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

Was wollen die Religiösen Sozialisten?

Das „edle Wort“ (H. Gollwitzer) Sozialismus ist in der Geschichte ebenso verdorben worden wie das „edle Wort“ Christentum. Beide verdienen es, gereinigt zu werden durch Rückführung auf das in ihnen ursprünglich Gemeinte.

Die Bibel der Juden und der Christen spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der „die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet“. Jesus von Nazareth hat das Reich Gottes für diese Erde verkündet.

Darum treten die Frauen und Männer im Bund der Religiösen Sozialisten für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gerechte und gleiche Lebensbedingungen antreffen. Wir tun das als Teil der ökumenischen Christenheit, verbunden mit dem Erbe der Arbeiterbewegung und solidarisch mit den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Schwarzafrikas.

Das bedeutet theologische Kritik des Kapitalismus, besonders des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des unmenschlichen kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs, dessen Folgen sich in der Verweigerung des Rechtes auf Arbeit wie in der Bedrohung der Schöpfung zeigen.

Dazu gehört eine ständig lebendig weiterzuentwickelnde sozialistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse.

Zur Geschichte: Am Anfang der religiös-sozialistischen Bewegung stehen Christoph Blumhardt und Leonhard Ragaz. Blumhardt trat 1899 an die Seite streikender Arbeiter und verlor sein Pfarramt, als er der SPD beitrug. Ragaz gründete 1906 die noch heute erscheinende Zeitschrift „Neue Wege“ (Zürich). Er gab 1921 seine Theologieprofessur auf und widmete sich der Arbeiterbildung.

In der Weimarer Zeit setzten sich Religiöse Sozialisten gegen Reaktion (Fürstenentschädigung) und Militarismus (Panzerkreuzerbau) ein. Wortführer des 1926 gegründeten „Bundes der religiösen Sozialisten“ und Schriftleiter des „Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes“ war Erwin Eckert, bis er 1931 amtsenthooben wurde und der KPD beitrug.

Der 1933 verbotene Bund wurde 1976 von einer Gruppe wiederbelebt, die aus der Studentenbewegung kam. So wurde auch der Anschluß an den Internationalen Bund Religiöser Sozialisten wiedergefunden, dessen stärkster Zweig die schwedische „Bruderschaftsbewegung“ ist. Auf seiner ersten Tagung außerhalb Europas, 1986 in Managua, wurde mit den „Cristianos en la Revolución“ Nicaraguas die partnerschaftliche Assoziierung beider Bewegungen beschlossen.

**Es gibt solange keine Freiheit,
wie es die Freiheit gibt, andere auszubeuten.**